



V 6458 E

31. 02

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

24. Jahrgang · Heft 11/12

November/Dezember 1972

Grafik des Monats: Bundestagswahl

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Aufsätze: Bundestagswahl
Erwerbstätigkeit (Teil 1)
X Krankenhäuser
Investitionen Industrie, Handwerk, Bau
Entwicklungen Landwirtschaft
Rindviehhaltung
Tiefbau der öffentlichen Hand

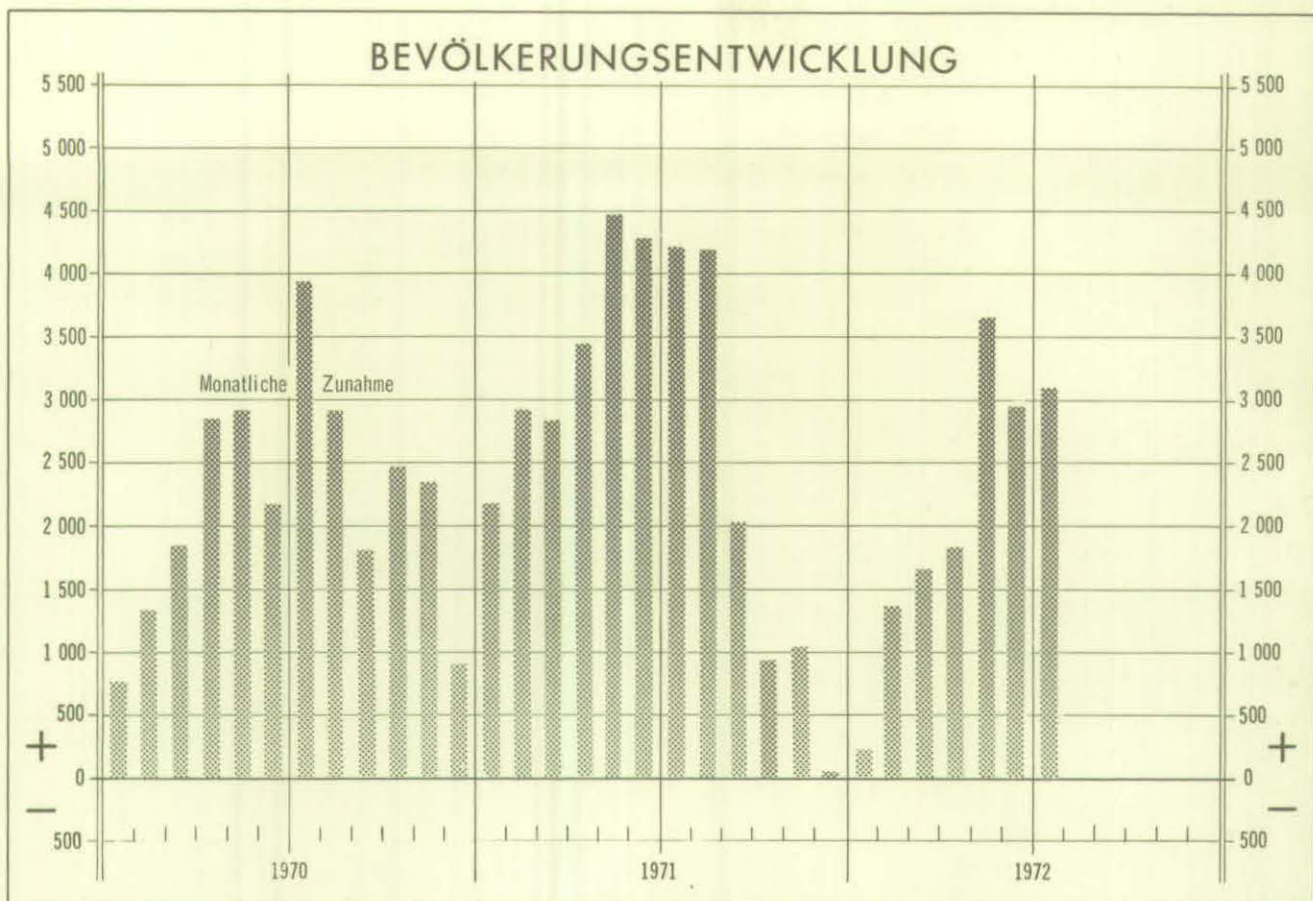
Beilage: Erweiterte Kreiszahlen



Herausgegeben vom

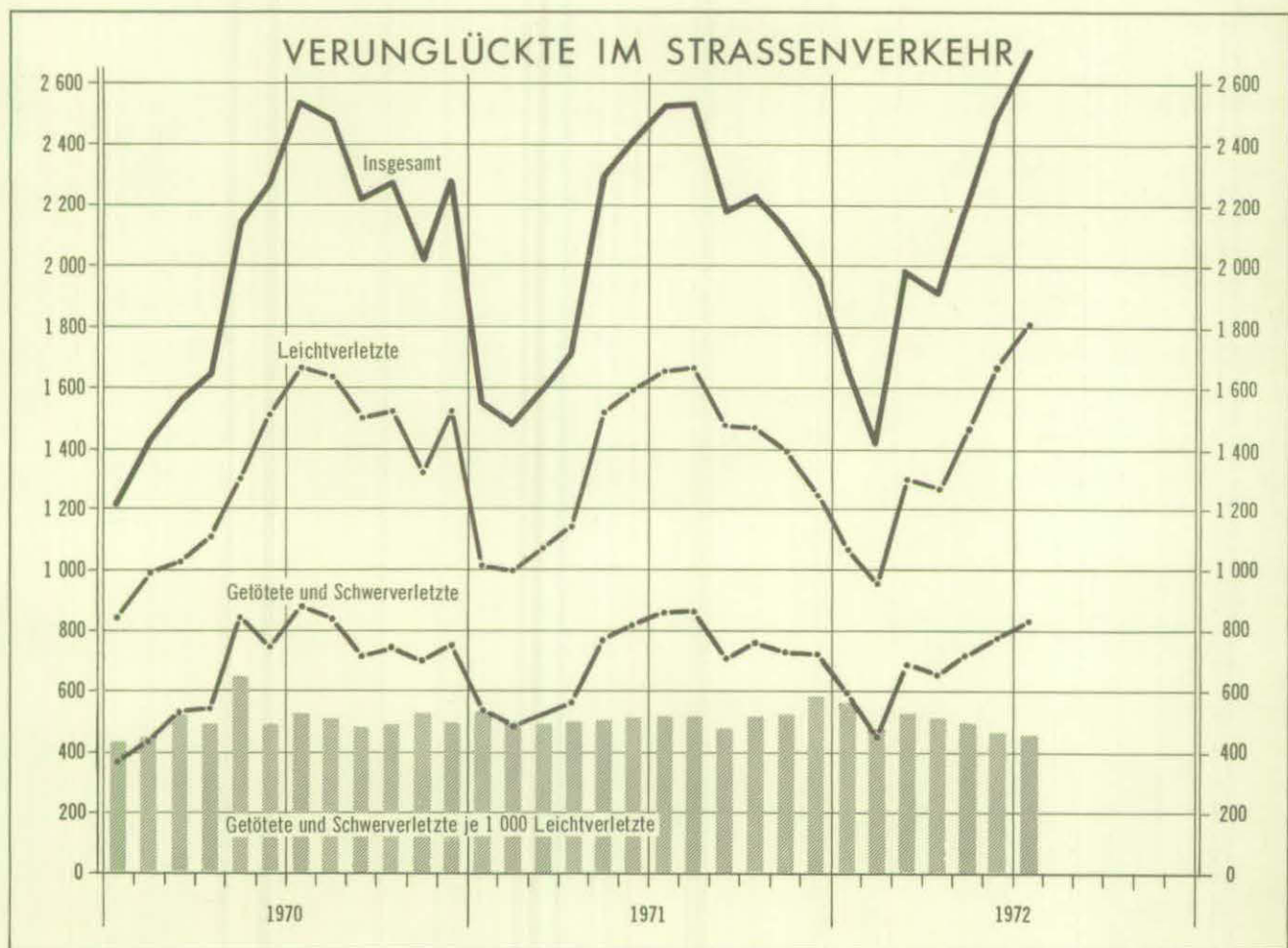
STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



D - 4331

VERUNGLÜCKTE IM STRASSENVERKEHR



INHALT 11/12-72

	Seite
Aktuelle Auslese	213—214
Aus dem Inhalt	214—215
Die Konjunktur in Schleswig-Holstein	216
Aufsätze	
Bundestagswahl am 19. 11. 1972 in Schleswig-Holstein	217—218
Erwerbstätigkeit in Schleswig-Holstein am 27. 5. 1970 (Teil 1)	218—224
Über das Krankenhauswesen am 31. 12. 1971	224—227
Investitionen im warenproduzierenden Gewerbe 1971	227—233
Entwicklungen in der Landwirtschaft 1964/65 bis 1970/71	234—237
Die Rindviehhaltung in Schleswig-Holstein 1971	237—240
Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1971	240—243
Grafik des Monats	228—229
Wirtschaftskurven A (allgemein)	244
Tabellenteil mit erweiterten Kreiszahlen	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie)	3. Umschlagseite

Inhalt dieses Jahrgangs
siehe 2. und 3. Halbseite

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Monaten

Heft 1 / 1972

Landwirtschaftliche Betriebe 1960 und 1971
Wohnungsmieten
Altersaufbau der Bevölkerung
Essen außer Haus
Bevölkerungsvorausschätzung (Teil 2)

Heft 2 / 1972

Bevölkerungsentwicklung (Volkszählungen)
Wohnungen in Land und Bund
Langlebige Gebrauchsgüter in den Haushalten

Heft 3 / 1972

Umsätze 1970
Personalstruktur öffentlicher Dienst (Teil 1)
Gemüseanbau

Heft 4 / 1972

Volkszählung und Fortschreibung
Vermögen der Haushalte
Schichtung der Einkommensteuerpflichtigen

Heft 5 / 1972

Religionszugehörigkeit der Bevölkerung
Personalstruktur öffentlicher Dienst (Teil 2)
Nord-Ostsee-Kanal 1971
Einkünfte in freien Berufen
Wohngeld 1970
Kapitalgesellschaften



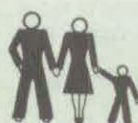
STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

24. Jahrgang · Heft 11/12

November/Dezember 1972

Aktuelle Auslese



Bevölkerungszunahme nur auf Wanderungsgewinn zurückzuführen

Ende Juni 1972 betrug die fortgeschriebene Wohnbevölkerung Schleswig-Holsteins 2 555 000 Personen, darunter 1 331 000 Frauen und Mädchen (52 %). Im ersten Halbjahr 1972 hat die Einwohnerzahl des Landes damit um rd. 11 700 Personen oder 0,5 % zugenommen.

Da in diesem Zeitraum 1 488 Menschen mehr starben als geboren wurden, ist die Bevölkerungszunahme allein auf Zuwanderungen zurückzuführen: 49 300 Zuzügen standen 36 100 Fortzüge gegenüber. Im ersten Halbjahr 1971 wurde noch ein Geburtenüberschuß von 1 600 Personen festgestellt.



Anhaltende Hochkonjunktur im Wohnungsbau

Von Januar bis September 1972 wurden über 10 500 Wohnungen fertiggestellt, das entspricht einer Zunahme von über 22 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Nach diesem günstigen Teilergebnis rückt im Wohnungsbau ein Rekordjahr 1972 in greifbare Nähe.

Auch der Bauwille ist anhaltend hoch und wächst trotz des bereits erreichten hohen Standes noch weiter. In den ersten neun Monaten des Jahres 1972 wurden Baugenehmigungen für 26 705 Wohnungen im Wohn- und Nichtwohnbau erteilt. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum bedeutet das eine Zunahme von 1 018 (4 %) Wohnungen. Die Zahl der geplanten Wohngebäude hat sich nicht verändert, während die Wohnfläche in Wohnbauten um knapp 4 % zugenommen hat.

Im Nichtwohnbau sind 4 % weniger Gebäude zum Bau freigegeben, wobei die Nutzfläche um 3 % zurückgegangen, der umbaute Raum aber unverändert geblieben ist.



Rund 36100 landwirtschaftliche Betriebe

Im Mai 1972 sind in Schleswig-Holstein rund 36 100 landwirtschaftliche Betriebe mit 2 und mehr ha landwirtschaftlich genutzter Fläche gezählt worden, das sind 1 500 weniger als ein Jahr zuvor. Im einzelnen standen Abnahmen bei den kleineren Betrieben Zunahmen bei den größeren gegenüber. Erstmalig reichten die Abnahmen bis zur Größenklasse von 30 bis 40 ha, in der rund 100 Betriebe weniger vorhanden waren, als im Vorjahr. Die stärksten Zunahmen gab es wieder in der Größenklasse 50 bis 75 ha. Es ist nicht auszuschließen, daß die Veränderungen noch etwas größer waren als hier ausgewiesen, da bei Befragungen im Fortschreibungsverfahren geringe Erfassungslücken nicht ausgeschlossen werden können.



666 000 Pkw zugelassen

Am 1. Juli 1972 waren rund 796 000 Kraftfahrzeuge, darunter 666 000 Pkw, zugelassen. Damit erhöhte sich im ersten Halbjahr 1972 der Bestand an zulassungspflichtigen Kraftfahrzeugen um rund 23 400 Fahrzeuge oder um 3 %. Gegenüber dem 1. Juli 1971 hat sich der Gesamtbestand um 6 % erhöht. Die Zahl der Pkw ist im gleichen Zeitraum ebenfalls um 6 % gestiegen. Der Bestand an Krafträdern (ohne Mopeds) hat sich dagegen weiter verringert. Am 1. Juli 1972 waren insgesamt rund 6 000 Krafträder zugelassen. Auf 1 000 Einwohner kommen jetzt 261 Personenkraftwagen oder anders ausgedrückt: auf 4 Einwohner kommt 1 Pkw.

Aus steuerlichen oder sonstigen Gründen waren am 1. Juli 1972 93 000 Kraftfahrzeuge, darunter 79 000 Personenkraftwagen, vorübergehend abgemeldet.

Über 5 300 Ärzte und Zahnärzte

Ende 1971 gab es 3 954 Ärzte in Schleswig-Holstein, das waren 128 oder 3,3 % mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Zunahme betraf fast ausschließlich die hauptamtlich in Krankenhäusern tätigen Ärzte, deren Zahl um 111 (+ 8,4 %) anstieg. Im Durchschnitt entfallen auf jeden Arzt 643 Einwohner.

Von den 1 378 Zahnärzten arbeiteten 88 % in freier Praxis. Im Durchschnitt entfielen auf einen Zahnarzt 1 846 Einwohner.

Ende 1971 gab es 419 öffentliche und 16 Krankenhausapotheken.

Unter den übrigen im Gesundheitswesen tätigen Personen bildeten die Krankenpflegepersonen (Krankenschwestern, -pfleger und Schwesternschülerinnen) mit 10 848 Personen die größte Gruppe.

12 % mehr Lohn in Jahresfrist

Gegenüber ihren Löhnen im Juli 1971 verdienten die Industriearbeiter im Juli 1972 mit 8,41 DM (Männer) und 5,47 DM (Frauen) in der Stunde je 12 % mehr. Während unter den Männern besonders die Bauarbeiter (+ 14 %) für diesen Anstieg sorgten, ragte bei den Frauen keine Branche besonders hervor. Die Angestellten verdienten im Mittel nur 8 % (Männer) und 10 % (Frauen) mehr als ein Jahr zuvor. Die Preise waren im gleichen Zeitraum um knapp 6 % gestiegen. Die reale Verbesserung des Lebensstandards (kon-

sumierbare Mengen) lag für diese Gruppen der abhängig Beschäftigten also zwischen 2 % und 6 %.

Landarbeiterlöhne holen auf

Die Landarbeiter verdienten im September 1972 gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat 8,5 % mehr, der Anstieg ist jedoch nicht so hoch wie bei den Industriearbeitern. Während dort alle Leistungsgruppen gleichermaßen aufstiegen, ist unter den landwirtschaftlichen Arbeitern (nur Männer im Stundenlohn in Betrieben über 50 ha) eine starke Nivellierungstendenz festzustellen: die angelernten Arbeiter konnten ihren Lohn um 20 % verbessern, die Landarbeiter um 11 %, die Facharbeiter lediglich um 1 %. Im Durchschnitt dieser drei Gruppen errechnen sich für den September dieses Jahres 5,09 DM als Stundenlohn.

4 200 steuerpflichtige Erbschaften im Jahre 1971

Nach dem Ergebnis der Erbschaftsteuerstatistik wurden im Jahre 1971 in Schleswig-Holstein rund 4 200 steuerpflichtige Erbschaften veranlagt. Der Wert des Erwerbs im ganzen betrug 172 Mill. DM. Hiervon waren 136 Mill. DM oder 79 % steuerpflichtig, 36 Mill. DM blieben steuerfrei. Die festgestellte Erbschaftsteuer belief sich auf 16,6 Mill. DM, was einer durchschnittlichen Steuerbelastung der Erbschaften von 9,6 % entspricht. Das Schwergewicht entfällt mit 86 % der Steuerfälle und 69 % des Erwerbswertes auf den Erwerb von Todes wegen. Der Rest sind Erbschaften durch Schenkung unter Lebenden. Ihr durchschnittlicher Wert des Erwerbs ist relativ hoch; er betrug je Schenkung etwa 91 000 DM. Beim Erwerb von Todes wegen gingen dagegen je Fall nur etwa 33 000 DM in das Eigentum des Erben über.

Aus dem Inhalt

Bundestagswahl

Seite 217

142 Kandidaten aus 5 Parteien bewarben sich in 11 Wahlkreisen bei 1,8 Mill. Wahlberechtigten, darunter 53,4 % Frauen und 13 % Erstwähler. Dank der ungewöhnlich hohen Wahlbeteiligung von 90,3 % wurden 1 653 200 gültige Zweitstimmen abgegeben, von denen die SPD 48,6 %, die CDU 42,0 % und die FDP 8,6 % für sich zählen konnte, so daß die Splitterparteien zusammen nur 0,8 % erreichten. Mit den Erststimmen errang die SPD in 9 Wahlkreisen das Direktmandat, die CDU in zweien. Von der Möglichkeit des Stimmteilens machten viele Wähler Gebrauch; hierdurch errang die FDP doppelt so viele Zweit- wie Erststimmen. 22 Abgeordnete werden in den Bundestag einziehen: 11 von der SPD, 9 von der CDU, 2 von der FDP.

Erwerbstätigkeit (Teil 1)

Seite 218

Das wichtige Maß der altersspezifischen Erwerbsquote, aus den Ergebnissen der Volkszählung gewonnen, ermöglicht Untersuchungen vielfältiger Art. Der Vergleich zwischen den Geschlechtern oder anders abgegrenzten Personengruppen, zwischen der letzten und der vorausgegangenen Volkszählung und zwischen verschiedenen Räumen des Landes kann zu wesentlichen Erkenntnissen führen und eine wichtige Komponente raumordnerischer Überlegungen sein. – Die allgemeine Erwerbsquote lag mit 41,4 % 1970 um 2,5 Punkte niedriger als 1961, die der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter mit 67,0 % um 0,3 Punkte höher, wobei diese Quote seit 1961 bei den Männern auf 92,1 % etwas sank, bei den Frauen dagegen auf

43,9 % etwas stieg. – Charakteristische Abweichungen der altersspezifischen Erwerbsquoten von 1961 und 1970 zeigen die Verlängerung der Schul- und Berufsausbildungsperiode im durchschnittlichen Lebensablauf an, andere, z. B. bei den Frauen, weisen auf langfristige tiefgreifende Wandlungen in der gesellschaftlichen Stellung der Berufstätigkeit hin. Der beispielhaft angeführte Vergleich zwischen Kiel und dem Kreis Schleswig macht deutlich, in welcher Weise die im wesentlichen schon aus anderen Quellen bekannten Strukturunterschiede zweier Regionen an diesem Indikator abzulesen sind.

Krankenhäuser

Seite 224

Ende 1971 standen in 118 Krankenhäusern über 25 000 "planmäßige" Betten. Unter ihnen gehören 28 zu den Sonderkrankenhäusern, z. B. für Psychiatrie, Tbk u. ä. In diesen standen fast 12 000 Betten. Als Träger dominieren das Land (für 8 000 Betten), die Kreise und kreisfreien Städte (6 000 Betten) und die Gemeinden (2 200), obwohl auch die Sozialversicherungsanstalt (1 300), die freigemeinnützigen Verbände (6 000) und die Privaten (1 300) nicht unerhebliche Anteile beitragen.

1971 wurden 288 000 Patienten in Abteilungen für Akutkranke und 47 000 in den anderen Abteilungen behandelt. Die durchschnittliche Zahl der Pfl egetage betrug im ersten Fall 15, im zweiten 46, wobei die Insassen von psychiatrischen und neurologischen Krankenhäusern nicht einbezogen sind. 1 740 Ärzte und 224 Medizinalassistenten bemühten sich um die Genesung der Patienten.

Seite 227

Investitionen Industrie, Handwerk, Bau

Seit 1968 haben sich die Investitionen der größeren Industrieunternehmen nicht nur dem Betrage nach, sondern auch als spezifische Ziffern deutlich erhöht: die Investitionen je Beschäftigten von 2 100 DM auf 3 700 DM und von 4,0 % auf 5,4 % des Umsatzes. An der Spitze der Branchen stand 1971 im Investitionsvolumen die Ernährungsindustrie, gefolgt vom Maschinenbau und Schiffbau. Je Beschäftigten gemessen wurde von den Meiereien mit 24 100 DM am weitaus meisten investiert. – Im produzierenden Handwerk investierten die größeren Unternehmen 6,5 % mehr als 1970, je Beschäftigten 2 300 DM gegenüber 1 400 DM im Jahre 1968. Mehr als die Hälfte der Investitionen 1971 entfiel auf bebaute und unbebaute Grundstücke. Eine hohe Investitionsneigung hatten mit 4 100 DM je Beschäftigten die Schlachtereien aufzuweisen. Dem Volumen nach lag der Schwerpunkt wieder im Straßenfahrzeugbau (einschließlich Reparatur). – Unter den Investitionen des Baugewerbes haben die Baumaschinen mit einem Anteil von vier Fünfteln das größte Gewicht. Je Beschäftigten gemessen stiegen die Investitionen seit 1968 von 1 600 DM auf 2 700 DM, worin natürlich auch eine Preiskomponente enthalten ist. Gegenüber 1970 machte das reale Investitionswachstum noch etwa 2 % aus (nominal + 7,4 %). Im Bauhauptgewerbe wurden 1971 6,2 % des Produktionswertes investiert, das ist weniger als in den zwei Jahren davor. Die einzelnen Zweige des Bauhaupt-

und Ausbaugewerbes zeigen in Stand und Entwicklung deutliche Unterschiede.

Entwicklungen Landwirtschaft

Seite 234

Von 1964/65 bis 1970/71 ist die Zahl der Betriebe ab 2 ha um 8 400, das ist ein Fünftel, zurückgegangen. Stärker noch waren jedoch die Bewegungen in den einzelnen Größenklassen. Viele Betriebe sind gewachsen, so daß es ab 30 ha sogar 2 200 Betriebe mehr wurden. Der Anteil von etwa 85 % der Betriebsinhaber, die die Landwirtschaft hauptberuflich betreiben, ist dabei gleich geblieben. Die Zahl der in den landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen hat sich erheblich vermindert. Nähere Aussagen bedürfen genauere Definition, weil das Erhebungskonzept bezüglich der Beschäftigung im Betrieb modifiziert wurde. Die Zahl der ständigen familienfremden Arbeitskräfte hat sogar um 11 000 abgenommen, es waren 1970/71 nur noch 17 000.

Rindviehhaltung

Seite 237

Die Bedeutung der Rindviehhaltung für die Landwirtschaft zeigt sich darin, daß 40 % des gesamten Produktionswertes auf Milch- und Rindfleischproduktion entfallen. Im Mai 1971 gab es 34 000 Betriebe mit Rindern, darunter 30 000 mit Milchkühen. Die zugehörigen Zahlen für die Tiere lauten 1,49 Mill. und 471 000. Seit 1960 ist die Zahl der kleineren Betriebe mit Rindern erheblich, die der kleineren Betriebe mit Milchkühen noch stärker zurückgegangen. Bei den größeren Betrieben sind die Bestände jedoch – wie auch insgesamt – gewachsen. Die kritische Betriebsgröße liegt bei etwa 30 ha. Zusammenhänge bestehen mit dem Anteil des Grünlandes an der landwirtschaftlich genutzten Fläche, der bei größeren Betrieben geringer wird, aber kleinere Betriebe oft zur Nutzung durch Milchkühe zwingt. Die regionalen Unterschiede der Rind- und Milchviehhaltung sind geringer als die zwischen den Betriebsgrößen.

Tiefbau der öffentlichen Hand

Seite 240

Die öffentliche Hand – Bund, Land, Gemeinden – hat 1971 Tiefbauaufträge für über eine halbe Milliarde DM vergeben. Diese Summe liegt um 24 % unter der des Vorjahres. Weniger Aufträge vergeben hat vor allem der Bund. Auch das Land und die Gemeinden verhielten sich antizyklisch. Die Gemeindeverbände, in erster Linie also die Kreise, steigerten dagegen ihr Auftragsvolumen von 1970 auf 1971 um 18 %, das sind immerhin 80 Mill. DM. – Größte Auftraggeber waren 1971 die Gemeinden mit 184 Mill. DM und der Bund mit 183 Mill. DM, das sind je ein reichliches Drittel der Gesamtsumme. Das Volumen des Auftraggebers Land mit 48 Mill. DM darf nicht mit dem finanziellen Einsatz des Landes als Geldgeber verwechselt werden. – Unter den Bauarten herrscht mit 45 % der Straßenbau vor, es folgt der wasserwirtschaftliche Tiefbau mit 24 %, der von den Bundeswasserstraßen (16 %) noch zu unterscheiden ist. – Die Hälfte aller Aufträge mit 11 % des Volumens fiel auf kleine Arbeiten unter 100 000 DM, 3 % der Aufträge mit Millionenwerten schluckten gut ein Drittel des Ganzen.

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1971	1972	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt Mai bis September ¹			
INDUSTRIE²					
Produktionsindex	1962 = 100	165	166	+	1
Beschäftigte	1 000	191	188	-	2
Umsatz ³	Mill. DM	1 161	1 264	+	9
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	22	22	-	3
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	9,8	9,0	-	8
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	3 184	3 465	+	9
HANDEL					
Ausfuhr	Mill. DM	211,5	240,0 ^a	+	13
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	169,0	198,1 ^a	+	17
VERKEHR					
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	8 602	8 653	+	1
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)					
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962 = 100	106,6	105,5	-	1
Grundstoffpreise ⁴	1962 = 100	105,5 ^a	108,5 ^a	+	3
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte ⁴	1962 = 100	112,8	116,1	+	3
landwirtschaftlicher Produkte ⁴	1961/63 = 100	99,7	113,1	+	13
Lebenshaltung ⁵					
insgesamt	1962 = 100	130,9	138,2	+	6
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	123,4	130,7	+	6
GELD UND KREDIT					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite ⁶	Mill. DM	3 872	4 297	+	11
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	13 517	14 872	+	10
Spareinlagen	Mill. DM	6 008	6 788	+	13
STEUERAUFKOMMEN					
Umsatzsteuer ⁸	Mill. DM	80	88	+	10
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	50	63	+	26
Lohnsteuer	Mill. DM	108	123	+	14
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	169	196	+	16

1) "Verkehr" u. "Geld u. Kredit": April-Aug. 2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 3) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer 4) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 5) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962 6) an die Nichtbankenkundschaft 7) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite 8) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer
a) Mai bis August

Bundestagswahl am 19. 11. 1972 in Schleswig-Holstein

Vorläufige Ergebnisse

Siehe hierzu auch die Grafik des Monats in der Mitte des Heftes.

In Schleswig-Holstein bewarben sich 5 Parteien direkt in allen 11 Bundestagswahlkreisen, und zwar die CDU, SPD, FDP, DKP und NPD. Die Europäische Föderalistische Partei (EFP) hat in 6 und die FSU nur in 4 Wahlkreisen Bewerber aufgestellt. Bis auf die FSU waren alle übrigen 6 Parteien auf Landeslisten zugelassen. Insgesamt bewarben sich 142 Kandidaten um ein Mandat, und zwar 65 in den Wahlkreisen und 124 auf der Liste. 47 Wahlkreiskandidaten waren gleichzeitig als Listenbewerber aufgestellt worden. 14 der Kandidaten waren bereits Mitglied des 6. Bundestages. Die Frauen sind mit insgesamt 14 gegenüber 1969 unverändert schwach vertreten. Relativ ging ihr Anteil sogar von 11,2% auf 9,9% im Jahre 1972 zurück. Die CDU hat mit 5 weiblichen Kandidaten zwei mehr als bei der letzten Bundestagswahl aufgestellt, während die SPD statt 2 nur noch einen weiblichen Kandidaten zur Wahl stellte.

Bemerkenswert ist, daß das Durchschnittsalter der Bewerber weiter stark gesunken ist. Es beträgt nunmehr nur noch 40 Jahre gegenüber 46 Jahre zur letzten Bundestagswahl oder 50 Jahre zum 5. Bundestag.

Die Kandidaten stellten sich 1 843 000 Wahlberechtigten zur Wahl, das sind 131 700 oder 7,7% mehr als bei der letzten Bundestagswahl, aber nur 35 400 oder 2,0% mehr als bei der Landtagswahl vor zwei Jahren. Knapp 7% der Wahlberechtigten sind zwischen 18 und 20 Jahre alt. Sie waren erstmalig, und zwar dank der kürzlich erfolgten Herabsetzung des Wahlalters, zu einer Bundestagswahl wahlberechtigt; weitere 3 Jahrgänge, die 21- bis einschließlich 23jährigen, - sie machen reichlich 6% der Wahlberechtigten aus - sind seit der letzten Bundestagswahl in das Wahlalter hineingewachsen. Der Anteil der Frauen ist mit etwa 53,4% aller Wahlberechtigten immer noch merklich höher als der der Männer, obwohl bereits in der Altersgruppe der 18- bis 44jährigen die Männer zahlenmäßig dominieren.

Das Wahlergebnis fiel in Schleswig-Holstein unerwartet ungünstig für die CDU und entsprechend gut für die SPD und FDP aus.

Bei einer Zunahme der gültigen Zweitstimmen um insgesamt 13,6% gewann die CDU 3,4% Wählerstimmen (22 800) gegenüber 1969; die SPD konnte dagegen 26,9% (170 500) und die FDP sogar 86,4% (65 500) hinzugewinnen. Bemerkenswert ist auch die bisher noch nie

	Bundestagswahl		Landtagswahl	
	1972 ^a	1969	1971	
Wahlbeteiligung	90,3	86,0	79,2	
Gültige Zweitstimmen in 1 000	1 653,2	1 454,8	1 421,0	
	Anzahl in 1 000	in %		
Von den gültigen Stimmen entfielen auf				
CDU	694,6	42,0	46,2	51,9
SPD	804,0	48,6	43,5	41,0
FDP	141,4	8,6	5,2	3,8
DKP	3,5	0,2	-	0,4
EFP	1,0	0,1	0,2	0,3
NPD	8,5	0,5	4,3	1,3
Übrige	-	-	0,5	1,4

a) vorläufiges Ergebnis

in dieser Höhe festgestellte Wahlbeteiligung von 90,3%. Es ist zu vermuten, daß insbesondere die Jungwähler sehr viel stärker als bisher von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben. Damit dürfte sich auch zu einem Teil der Stimmenzuwachs der SPD erklären, wenn angenommen wird, daß die Jungwähler sehr viel häufiger die SPD und FDP bevorzugten als es die über 24- oder über 50jährigen getan haben. Nachgewiesen werden kann das allerdings erst, wenn die repräsentativen Ergebnisse der Wahl nach Geschlecht und Altersgruppen vorliegen werden.

Bei den Erststimmen hat die SPD in 8 gegenüber einem Wahlkreis 1969 nunmehr die absolute Mehrheit gewonnen, während sie die relative Mehrheit in einem - 1969 in zwei erreichte. Die CDU konnte zur 7. Bundestagswahl keine absolute Mehrheit erringen, sie erreicht nur in 2 eine relative Mehrheit. Umgerechnet auf die jetzige Bundeswahlkreiseinteilung hatte sie 1969 die absolute Mehrheit in 3 und die relative in weiteren 5 Bundeswahlkreisen erreicht.

Der SPD gelang es bei den Zweitstimmen in insgesamt 3 Bundestagswahlkreisen die absolute Mehrheit zu erringen (Wahlkreis 1, 6 und 11). Im Wahlkreis 6 hatte sie bereits die absolute Mehrheit 1969 erreichen können, baute aber ihren damaligen Erfolg auf einen Anteil von 55,2% aus. Im Wahlkreis 1 und 11 wandelte sie die relative Mehrheit in eine absolute Mehrheit um. In keinem Wahlkreis liegt ihr Stimmenanteil unter 40%. In 6 weiteren Wahlkreisen gegenüber 3 Wahlkreisen im Jahre 1969 erzielte die SPD die relative Mehrheit. In

jedem der 11 Wahlkreise konnte sie sowohl absolut als auch anteilmäßig an Wählerstimmen hinzugewinnen, während die CDU in allen Wahlkreisen anteilmäßig an Stimmen einbüßte und in 8 Wahlkreisen lediglich absolut an Stimmen mehr oder weniger hinzugewinnen konnte. Ihren höchsten Anteil erzielte die CDU im Wahlkreis 4 mit 46,6%, ihren niedrigsten im Wahlkreis 6 (Kiel) mit 34,7%. Auch die FDP konnte ihr Ergebnis erheblich verbessern. Während sie noch 1969 in 5 Wahlkreisen einen Stimmenanteil von 5% nicht erreichen konnte, übersprang sie nunmehr in allen Wahlkreisen die 5%-Grenze. Im Wahlkreis 9 wurde sie sogar mit 10,4% aller gültigen Zweitstimmen gewählt.

Es läßt sich eine Aussage darüber treffen, ob das Werben der FDP bei potentiellen SPD- wie auch CDU-Wählern um Zweitstimmen Erfolg gehabt hat. Die FDP hatte bekanntlich darum geworben, wenn schon nicht mit der Erststimme, so doch mit der Zweitstimme für die FDP zu votieren. Allerdings sind die kleineren Parteien schon bei früheren Wahlen mit ihren Zweitstimmen erfolgreicher gewesen. Beim Vergleich der Zahlen in der nachstehenden Übersicht für die CDU und die SPD fällt eine Umkehrung des Verhältnisses von 1965 bis 1972 auf. Während 1965 der Abstand zwischen Erst- und Zweitstimmen bei der CDU größer war als bei der SPD, ist

	Es erhielten mehr (+)/weniger (-) Zweit- als Erststimmen			
	1965	1969	1972	1972
	in % der Erststimmen			absolut
CDU	- 4,5	- 1,6	- 1,5	- 10 776
SPD	- 0,3	- 1,4	- 6,3	- 53 711
FDP	+ 36,5	+ 29,7	+ 103,4	+ 71 897
NPD	+ 20,9	+ 21,9	.	.

es - nach einem Gleichstand 1969 - 1972 umgekehrt.

1972 liegt die SPD mit ihren Zweitstimmen erheblich stärker unter den Erststimmen als die CDU. Beachtlich ist dagegen der Stimmengewinn der FDP: mit 4,2% der Erststimmen erreicht sie nicht die 5%-Grenze, gewinnt jedoch mehr als das Doppelte (8,6%) an Zweitstimmen. Der "Koalitionseffekt" ist 1965 zwischen der CDU und FDP, die damals die Bundesregierung bildeten, klar meßbar; er prägt sich 1972 noch deutlicher zwischen den SPD- und FDP-Stimmen aus. Der Wahlkreis 11 (Lübeck) weist zwischen Erst- und Zweitstimmen die relativ höchsten Differenzen auf, dort liegt die FDP um 148% über, die SPD um 7,7% unter dem Zweitstimmenergebnis; ähnlich hoch sind die Unterschiede im Wahlkreis Plön (FDP + 138%, SPD - 6,6%) und Wahlkreis Kiel (FDP + 133%, SPD - 6,5%). Der mit Abstand niedrigste "Koalitionseffekt" ergibt sich im Wahlkreis 3 mit einem Zweitstimmenvorsprung der FDP um 29,8% (SPD - 3,0%).

Die Sitzverteilung zum 7. Bundestag spiegelt das Stimmenergebnis wider.

	Ins- gesamt	CDU	SPD	FDP
Zahl der in den Wahlkreisen gewählten Bewerber	11	2	9	-
Zahl der Sitze aus den Landeslisten	11	7	2	2
Sitze insgesamt	22	9	11	2
dagegen 1969	21	10	10	1

Nach dieser Übersicht stellt Schleswig-Holstein nunmehr einen Bundestagsabgeordneten mehr als 1969.

J. S.

Nähere Angaben enthalten die Statistischen Berichte B VII 1

Erwerbstätigkeit in Schleswig-Holstein am 27. 5. 1970

Teil 1: Erwerbsquote im Zeit- und Regionalvergleich

Im Zuge der Aufbereitung der Volkszählung 1970 sind im Mai dieses Jahres die sogenannten Gemeindetabellen erschienen, die u. a. auch differenzierte Daten über Erwerbstätigkeit enthalten. Durch den Nachweis der Wohnbevölkerung und der Erwerbstätigen nach Geburtsjahren für jede Gemeinde des Landes ist es möglich, altersspezifische Erwerbsquoten für beliebige Regionen zu errechnen, sofern sie nur aus ganzen Gemeinden bestehen.

Der folgende Beitrag befaßt sich mit den Erwerbsquoten für das Land und einige Kreise. Er geht auf die Veränderungen der Erwerbsquoten zwischen den letzten beiden Volkszählungstichtagen ein, nennt die wesentlichen Gründe für diese Veränderungen und stellt die Erwerbsquoten unterschiedlich strukturierter Kreise einander gegenüber. Abweichend von der sonst üblichen Definition "Anteil der Erwerbspersonen an der Wohn-

bevölkerung" ist hier als Erwerbsquote der Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung verwendet worden. Denn während in früheren Volkszählungen in der Erwerbsstatistik der Begriff der Erwerbspersonen - das sind Erwerbstätige plus Erwerbslose - im Mittelpunkt stand, ist es für 1970 wegen der gesunkenen Bedeutung der Arbeitslosigkeit der Begriff der Erwerbstätigen. Zu den Erwerbstätigen zählen alle Personen, die einer Erwerbstätigkeit - auch geringster Dauer - nachgehen. Dazu gehören auch die sogenannten mithelfenden Familienangehörigen und alle Soldaten. Für die Zuordnung nach Wirtschaftsbereichen ist die einzige oder überwiegende Tätigkeit ausschlaggebend. So gehört z. B. ein vollzeitarbeitender Fabrikarbeiter, der nebenbei noch seinen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb führt, zum Wirtschaftsbereich Produktion, während ein Rentner, der wenige Wochenstunden in der Landwirtschaft arbeitet, zum Bereich Land- und Forstwirtschaft gehört. Wie sich die Erwerbstätigen auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche verteilen, wird wesentlicher Gegenstand des zweiten Teils sein.

Zunächst seien einige Eckzahlen genannt: 1970 wurden 1 033 000 Erwerbstätige gezählt und damit 15 000 oder 1,5% mehr als 1961, während die Wohnbevölkerung im gleichen Zeitraum um 7,6% zugenommen hat. Dadurch sank die allgemeine Erwerbsquote von 43,9 auf 41,4%. Im gleichen Zeitraum wurde ein positiver Wanderungssaldo von 58 000 Menschen registriert und eine Zunahme der erwerbstätigen Ausländer um 12 000 Männer und 5 800 Frauen. Ohne den Gastarbeiterzustrom wäre trotz des noch verbleibenden Wanderungsgewinns die Zahl der männlichen Erwerbstätigen gleich geblieben und die der weiblichen um 3 400 gesunken. Bei einem Zuwachs der männlichen Bevölkerung um 8,6% und der weiblichen um 6,8% ergeben sich so Erwerbsquoten von 57,4% (Männer) und 26,8% (Frauen) und damit Rückgänge von 3,8 und 1,7 Prozentpunkten gegenüber dem 6. 6. 1961.

Da sich die Erwerbsquoten der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter - also die

Erwerbsquoten

	6. 6. 61	27. 5. 70	Veränderung
der Bevölkerung insgesamt			
männlich	61,2	57,4	- 3,8
weiblich	28,5	26,8	- 1,7
zusammen	43,9	41,4	- 2,5
der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter			
männlich	93,2	92,1	- 1,1
weiblich	43,1	43,9	+ 0,8
zusammen	66,7	67,0	+ 0,3

Relation Erwerbstätige zur Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren - nur geringfügig geändert haben, ist es hauptsächlich der veränderte Altersaufbau und hier besonders der der Frauen, der dazu geführt hat, daß die allgemeinen Erwerbsquoten gesunken sind. Seit 1961 ist besonders der Anteil der Kinder, aber auch der der alten Frauen an der Landesbevölkerung erheblich gestiegen mit der Konsequenz, daß sich der Anteil der 15- bis 64jährigen von 65,9 auf 61,7% ermäßigte.

Altersaufbau der Wohnbevölkerung

Gebiet	Anteil der Altersgruppe in %								
	0 bis 14			15 bis 64			65 und älter		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
6. 6. 1961									
Schleswig-Holstein	22,9	19,4	21,1	65,6	66,1	65,9	11,5	14,5	13,0
Bundesgebiet	23,6	20,0	21,7	66,9	67,4	67,2	9,4	12,6	11,1
27. 5. 1970									
Schleswig-Holstein	25,6	22,0	23,7	62,3	61,2	61,7	12,1	16,8	14,6
Bundesgebiet	25,0	21,6	23,2	64,3	63,0	63,6	10,7	15,4	13,2

Im Bundesvergleich weist Schleswig-Holstein 1970 einen deutlich höheren Anteil an alten Leuten und einen etwas höheren Anteil an Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahre auf. Seit 1961 sind rund 58 000 Personen netto nach Schleswig-Holstein zugewandert, die wesentlich dazu beigetragen haben, daß der Anteil der Kinder 1970 im Gegensatz zu 1961 höher als im Bundesdurchschnitt war und das Ausmaß der Überalterung in unserem Lande etwas zurückgegangen ist. Dennoch liegt der Anteil der Alten in Schleswig-Holstein immer noch um 1,4 Punkte über dem Bundesdurchschnitt. Auf die tieferen Ursachen für dieses Phänomen kann hier nicht eingegangen werden.

Altersspezifische Erwerbsquoten 1961 und 1970

Um festzustellen, in welchen Bevölkerungsgruppen sich die Erwerbsbeteiligung geändert hat, reicht es nicht aus, die Erwerbsquoten der Wohnbevölkerung zwischen 15 und 64 zu betrachten. Es ist vielmehr erforderlich, nach Altersgruppen und sogar - z. B. bei Untersuchung der Bevölkerung im Schulalter oder Rentenalter - nach einzelnen Altersjahren zu spezifizieren. Nur so kann man sehen, welche Faktoren außer der Verschiebung der Altersstruktur die Höhe der Erwerbsquoten beeinflusst haben.

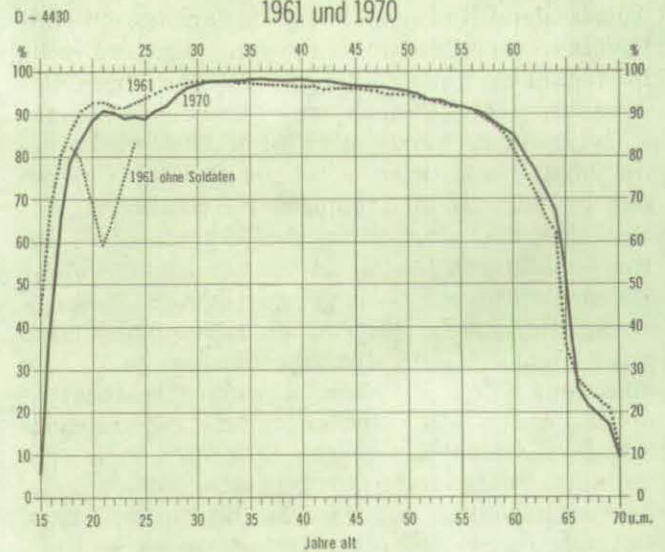
In dem ersten Bild werden die altersspezifischen männlichen Erwerbsquoten der beiden letzten Volkszählungstichtage miteinander verglichen.

Da für 1961 Erwerbstätige nur nach Altersjahren ausgewiesen wurden, 1970 dagegen bisher nur nach Geburtsjahren, mußten die Werte vergleichbar gemacht werden. Die Kurve für 1970 beginnt mit dem Jahrgang 1955. Am 27. 5. 1970 waren die 1955 Geborenen etwa 14½ bis 15½ Jahre alt. Nimmt man an, daß wegen der größeren Geburtenhäufigkeit im Frühjahr vom 1. 1. bis 27. 5. eines jeden Jahres etwa so viele Kinder geboren werden wie vom 28. 5. bis 31. 12., entspricht die Anzahl der 1955 Geborenen ziemlich genau der Anzahl derjenigen, die am 27. 5. 1970 15 Jahre alt waren, und die der 1954 Geborenen ziemlich genau der Anzahl derjenigen, die am 27. 5. 1970 16 Jahre alt waren usw. Es ist hier also vertretbar, für die Quoten des 27. 5. 1970 die Bezugsgröße Geburtsjahrgang durch Altersjahr zu ersetzen. Ferner soll darauf hingewiesen werden, daß die Erwerbsquoten der Angehörigen des jüngsten Jahrgangs keine echten altersspezifischen Quoten sind, da der Dividend eine offene Gruppe ist ("Erwerbstätige 1955 und früher geboren"), der Divisor (die Bevölkerung) dagegen exakt begrenzt ist.

In weiten Bereichen weichen beide Kurven nicht wesentlich voneinander ab. Die Erwerbsquoten der jungen Männer waren allerdings 1970 besonders bei den 15- bis 19jährigen deutlich geringer. Beide Kurven weisen für die 21jährigen ein erstes Maximum aus; hier findet sich auch der bisher kleinste Kurvenabstand. Im Gegensatz zu 1970 sind 1961 auch Erwerbstätige ohne Soldaten ausgewiesen worden. Das Kurventeilstück in der Grafik zeigt die Erwerbsquoten der damals 18 bis 24 Jahre alten männlichen Wohnbevölkerung, ohne daß die Soldaten bei den Erwerbstätigen berücksichtigt wurden. Das Minimum dieses Kurvenausschnitts liegt dort, wo beide Kurven ihr erstes Maximum haben. Demnach ist die Einberufung zur Bundeswehr und die damit verbundene vorübergehende "Erwerbstätigkeit" derjenigen, die ihre Ausbildung nach Ableistung des Wehrdienstes fortsetzen, offensichtlich maßgebend für die Entstehung des ersten Maximums, das aber auch durch diejenigen mitgeformt sein wird, die ihre theoretische Ausbildung für wenige Jahre unterbrochen haben, um ein Praktikum o. ä. abzuleisten, hauptsächlich Fachschüler, höhere Fachschüler und Studenten der Fachhochschule, deren Anzahl seit 1961 stark zugenommen hat. Nach Erreichen dieses ersten Maximums laufen beide Kurven - wegen der starken Zunahme der Studenten - wieder auseinander, nähern sich aber erneut und schneiden sich dann bei den 31jährigen.

1970 befanden sich mehr Schleswig-Holsteiner in Ausbildung als 1961. Die Ausbildungszeiten sind länger geworden, besonders im Hochschulbereich, und das durchschnittliche Ausbildungsniveau der Bevölkerung ist gestiegen. Das ist der Grund dafür, daß 1970 die relative Beteiligung der jüngeren Jahrgänge am

Altersspezifische Erwerbsquoten der Männer in Schleswig-Holstein 1961 und 1970



Erwerbsleben geringer war als 1961. In diesen 9 Jahren ist die Zahl der Schüler und Studenten um 51 200, die der männlichen um 34 300 gewachsen. Während 1961 37% der männlichen Wohnbevölkerung unter 25 Jahren sich in Schulausbildung befanden, waren es 1970 43%. Die Erwerbsbeteiligung wäre hier noch geringer gewesen, wenn nicht ausländische Arbeitnehmer dieser Altersgruppe zugewandert wären.

Abgesehen vom letzten Teilstück liegt die Kurve für 1970 meist geringfügig über der von 1961. Ursache dafür dürfte die schon erwähnte Zunahme der männlichen ausländischen Einwohner des Landes von 7 500 auf 22 300 in diesem Zeitraum sein; denn nur 57,1% der deutschen aber 75,1% der ausländischen männlichen Wohnbevölkerung in Schleswig-Holstein waren am Zählungstichtag 1970 erwerbstätig.

Konjunkturelle Gründe mögen maßgebend dafür gewesen sein, daß 1970 die Erwerbsquote der 60- bis 65jährigen, die sicher häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind als jüngere, trotz ansteigender Frühinvalidität deutlich höher als 1961 war. Dagegen dürften die niedrigeren Quoten der schon im Rentenalter stehenden Männer im wesentlichen auf die gesunkene Zahl der Selbständigen - besonders in der Landwirtschaft - zurückzuführen sein.

Einen ganz anderen Kurventyp bilden die altersspezifischen Erwerbsquoten der Frauen, die im zweiten Bild gegenübergestellt sind. Zunächst sollen die beiden oberen Kurven besprochen werden. Man sieht, daß die 18- und 19jährigen Frauen die höchste Beteiligung am Erwerbsleben aufweisen. Danach zwingen Heirat und Versorgung von Kindern immer mehr Frauen zur - wenn auch häufig vor-

übergehenden - Berufsaufgabe. Im Bereich zwischen diesem Maximum und dem folgenden Minimum kommt in beiden Kurven ein Wandel des Erwerbsverhaltens junger Frauen zum Ausdruck. Die Kurve für 1970 verläuft nämlich nicht parallel zu der für 1961, sondern sie fällt weniger steil und schneidet deshalb die 61-Kurve, und zwar beim Alter von 25 Jahren. Nach diesem Schnittpunkt liegen die Erwerbsquoten 1970 deutlich höher; vorher hat die auch bei den jungen Frauen gestiegene Ausbildungsdauer eine höhere Erwerbsquote verhindert. Da ein großer Teil dieser Frauen junge Mütter sind, ist das Ausmaß der Berufsunterbrechung in diesem Altersbereich offensichtlich geringer als 1961 gewesen: es werden mehr Frauen auf eine Berufsunterbrechung verzichtet haben, und bei den Frauen, die vorübergehend ihren Beruf nicht ausgeübt haben, wird die Unterbrechung durchschnittlich kürzer als 1961 gewesen sein.

Vom Minimum ausgehend steigen im nächsten Altersabschnitt beide Kurven noch einmal an: 1961 erreichten die Frauen von 38 Jahren mit einer Erwerbsquote von 41% ein zweites Maximum. Danach läuft die Kurve, ziemlich kontinuierlich der Abszisse zustrebend, aus. 1970 bildeten dagegen erst die Erwerbsquoten der 47jährigen Frauen mit 49% das zweite Maximum. Danach fällt die Kurve endgültig und vereinigt sich kurz vor ihrem Ende mit der anderen. Zwei Komponenten haben sich hier entscheidend ausgewirkt: im Unterschied zu 1961 sind einmal nur wenige Frauen unter 47 Jahren aus dem Berufsleben ausgeschieden, und zum anderen sind etliche Frauen zwischen 33 und 47 Jahren nach längerer Pause wieder erwerbstätig geworden.

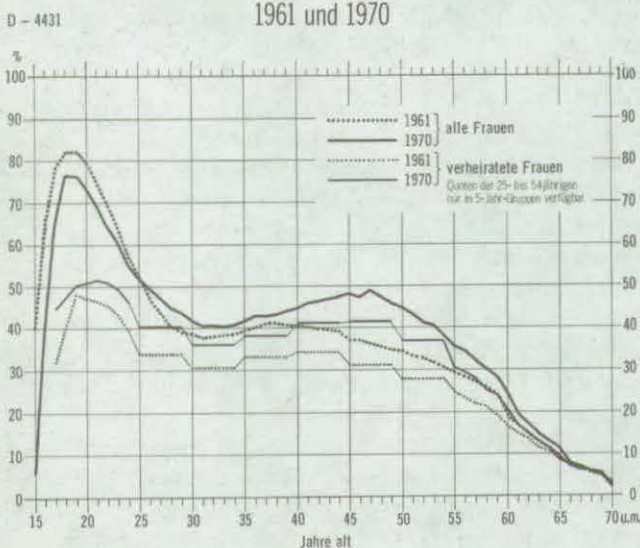
Dieser soeben beschriebene Kurvenbereich ist es, der 1970 die stärkste Abweichung gegen-

über der Vergleichskurve der Volkszählung 1961 zeigt; die Abweichung kann als weiteres deutliches Zeichen für eine gestiegene Bereitschaft der Frauen zur Berufstätigkeit angesehen werden. Auch 1961 bestanden vielfach schon ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten für weibliche Arbeitskräfte, doch wurden sie in geringerem Umfang genutzt. Bei gegebenen äußeren Bedingungen wie befriedigende Arbeitsmarktsituation, Vorhandensein von genügend Kindergartenplätzen, Ganztagschulen usw. wird diese Bereitschaft zur Berufstätigkeit wesentlich von den individuellen familiären Verhältnissen (Größe der Familie, Einkommen des Mannes u. ä.) und der Einstellung der Frau zu ihrer Erwerbstätigkeit abhängen. Gerade hinsichtlich dieser Einstellung dürfte sich der stärkste Wandel in den vergangenen Jahren vollzogen haben. Während früher die Erwerbstätigkeit besonders von Ehefrauen leitender Angestellter oder Beamten des gehobenen und höheren Dienstes von der Gesellschaft häufig mißbilligend zur Kenntnis genommen wurde und mit dem Makel "Die haben es wohl nötig" belegt wurde, ist man heute in weiten Kreisen aufgeschlossener und billigt der verheirateten Frau nicht nur einen Platz am Herd, sondern auch im Betrieb zu. Für immer mehr Frauen dürfte der Beruf eine immer wichtiger werdende Komponente ihres Lebens werden, da auf diese Weise Emanzipationsmöglichkeiten weiten Umfangs geschaffen werden. Das gilt vornehmlich für Frauen mit hochqualifizierter Berufsausbildung.

Im zweiten Bild sind auch die Erwerbsquoten der verheirateten Frauen eingetragen worden. Wie man sieht, sind bei ihnen auch die Erwerbsquoten der 18- bis 24jährigen 1970 größer als 1961, da hier der Faktor Schulausbildung nicht so bedeutungsvoll ist. Die 70er Kurve liegt fast ausnahmslos deutlich über der 61er Kurve - eine weitere Bestätigung für die schon erwähnte Entwicklung der weiblichen Berufstätigkeit, die wesentlich auf zwei Gruppen zurückzuführen ist, nämlich auf die jungen Mütter, die schneller als 1961 wieder ins Berufsleben eintreten, und auf die Frauen mittleren Alters, die nach langer Pause wieder erwerbstätig geworden sind.

Neben diesen beiden Gruppen der verheirateten Frauen beeinflußt noch eine dritte wichtige Gruppe die altersspezifischen Frauenerwerbsquoten. Es sind die als Folge des letzten Krieges nicht verheirateten Frauen, die in höherem Maße berufstätig sind und die bewirken, daß der Anteil der nicht verheirateten erwerbstätigen Frauen an allen erwerbstätigen Frauen innerhalb des hier interessierenden Altersbereichs von 24% der 43jährigen auf 32% der 51jährigen steigt.

Altersspezifische Erwerbsquoten der Frauen in Schleswig-Holstein
1961 und 1970



Gleichzeitig fallen zwar die Erwerbsquoten dieser ledigen, verwitweten und geschiedenen Frauen von 75% der 43jährigen zunächst langsam, dann schneller auf 57% der 51jährigen, aber dennoch gewinnen sie an Bedeutung und tragen wesentlich zur Bildung des Maximum im zweiten Bild bei, wie eine Gewichtung der beteiligten Gruppen ergeben hat. Ihre fallende Erwerbsbeteiligung ist auf eine massive Zunahme der Untergruppe der Witwen in diesem Altersbereich zurückzuführen, von denen offenbar eine größere Zahl ausreichende Renten erhält, so daß sie auf Erwerbstätigkeit verzichten.

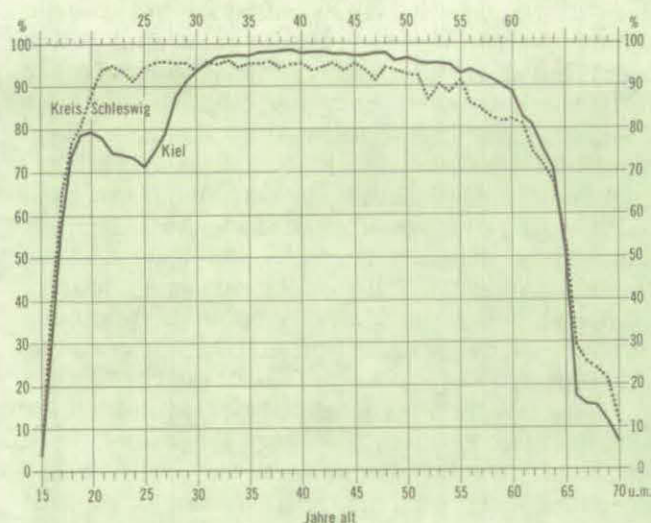
Altersspezifische Erwerbsquoten im Regionalvergleich

Regionale Unterschiede des Altersaufbaus, der Geschlechterproportion, der Wirtschaftsstruktur, der jeweiligen Arbeitsmarktlage und vieler anderer Faktoren haben natürlich auch unterschiedliche Erwerbsquoten zur Folge. Im folgenden soll veranschaulicht werden, wie und in welchem Ausmaß Erwerbsquoten regional differieren und welche Hauptursachen für diese Differenzen verantwortlich sind. Zu diesem Zweck sind die altersspezifischen Erwerbsquoten der Volkszählung 1970 für ausgesuchte Kreise und andere Regionen einander gegenübergestellt worden.

Das dritte Bild zeigt die Quoten für die männliche Bevölkerung der kreisfreien Stadt Kiel und des Kreises Schleswig. Diese beiden Kreise¹ wurden deswegen als Beispiel ausgewählt, weil sie vor allem hinsichtlich ihrer Wirtschaftsstruktur stark voneinander abweichen: Während im Kreis Schleswig der Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft mit 16% (männlich) und 22% (weiblich) weit über dem Landesdurchschnitt liegt (9% und 10%), sind in Kiel in den übrigen drei Wirtschaftsbereichen relativ mehr Erwerbstätige beschäftigt. So arbeiten in Kiel 41% der männlichen und 22% der weiblichen Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe, in Schleswig dagegen nur 33% und 17%. Die Anteile im Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr lauten für Kiel 19% und 28%, für Schleswig 14% und 21% in sonstigen Wirtschaftsbereichen 39% und 50% (Kiel) und 36% und 41% (Schleswig). Daneben bestehen zwischen beiden Kreisen noch gravierende Unterschiede im Bildungsangebot: Während in der Universitätsstadt Kiel etwa 6% der Bevölkerung Schüler und Studenten im erwerbsfähigen Alter sind, macht diese Gruppe in dem von der Landwirtschaft noch stark geprägten Kreis Schleswig nur 2% aus.

1) "Kreise" steht hier und im folgenden vereinfachend für "kreisfreie Städte" und "Kreise"

D - 4432 Altersspezifische Erwerbsquoten der Männer in Kiel und im Kreis Schleswig 1970



Daher verwundert es nicht, daß die Erwerbsquoten der 18- bis 29jährigen Schleswiger um rund 20 Prozentpunkte über denen der Kieler liegen obwohl in Kiel zehnmal so viele männliche erwerbstätige Ausländer wohnen wie im Kreis Schleswig. Neben dem abweichenden Bildungsangebot kommt als zweite Erklärung, da vermutlich sehr viele Soldaten dieser Altersgruppe angehören, der höhere Anteil an Bundeswehrgarnisonen im Kreis Schleswig hinzu.

Demgegenüber war die Erwerbsbeteiligung der 32- bis 64jährigen in Kiel deutlich höher. Hier fällt auch der sprunghaftere Verlauf der für den Kreis Schleswig geltenden Kurve auf, vermutlich ein Fehler der kleinen Zahl, da Kiel fast dreimal soviel Einwohner wie der Kreis Schleswig hat. Leider ist es noch nicht möglich, hinreichend den Einfluß zu quantifizieren, der auf das Konto des Strukturwandels in der Landwirtschaft geht. Etliche Landwirte haben ihre Betriebe vorzeitig aufgegeben, für die vermutlich eine Umschulung für einen außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplatz aus Alters- oder Qualifikationsgründen nicht in Frage gekommen ist. Der im Vergleich zum Kreis Schleswig hohe Anteil von männlichen Ausländern in Kiel - in Kiel sind 2,4% und in Schleswig 0,7% der männlichen Erwerbstätigen Ausländer - ist ein zweiter Grund für den höheren Erwerbstätigkeitsgrad in Kiel; denn Ausländer erhöhen mit ihrer Erwerbsquote von 75% jede Quote eines anderen Bevölkerungsteils, zu dem immer auch Arbeitsunfähige gehören. Daß auch sogar örtliche Besonderheiten auf differenzierte Kreisergebnisse durchschlagen, kann man am Beispiel der psychiatrischen Anstalten der Stadt Schleswig sehen, die maßgeblich dazu beigetragen haben, daß der Anteil der Anstalts-

bevölkerung an der Wohnbevölkerung insgesamt im Kreis Schleswig mit 6% weit über dem Kiels (3%) lag. Bei einer Besetzung von einigen hundert männlichen Einwohnern pro Jahrgang im Kreis Schleswig kann die Gruppe der Anstaltspatienten durchaus deutlich altersspezifische Erwerbsquoten beeinflussen. Dieses Beispiel zeigt, wie sehr die Aussagefähigkeit sachlich oder regional tief gegliederten Materials beschränkt sein kann, wenn die lokalen und regionalen Besonderheiten bei der Analyse nicht bekannt sind.

Die 65jährigen haben in beiden Kreisen wieder eine gleich hohe Erwerbsbeteiligung. Im nachfolgenden Teilstück macht sich der hohe Anteil der Landwirte im Kreis Schleswig bemerkbar, denn Selbständige sind häufiger als Unselbständige im Rentenalter noch erwerbstätig; auch wenn der Hof schon dem Erben übergeben worden ist, arbeiten viele Landwirte noch als Mithelfende.

Abgesehen von vermutlich einigermaßen gleichmäßigem Einfluß der männlichen Anstaltsbevölkerung im Kreis Schleswig auf die altersspezifischen Erwerbsquoten, bleiben in drei Kurvenbereichen größere Abweichungen: Erstens die wesentliche höhere Erwerbsbeteiligung der jungen Schleswiger aus den schon genannten Gründen; zweitens die Lücke bei den 50- bis 60jährigen, für die wahrscheinlich der Strukturwandel in der Landwirtschaft verantwortlich ist, denn für die aus der Landwirtschaft Ausgeschiedenen gibt es in diesem Alter kaum Beschäftigungsalternativen; und drittens die höhere Erwerbsquote der 65- bis 70jährigen, auf deren Ursache ebenfalls schon hingewiesen wurde.

Vergleicht man die altersspezifischen Erwerbsquoten der Frauen in unterschiedlich strukturierten Kreisen miteinander, so zeigen sich weitgehende Übereinstimmungen. Nur bei der Gruppe der alten Frauen erhöhen die Mithelfenden die Quoten in landwirtschaftlich geprägten Kreisen. Das hat seine Ursache in einem kompensatorischen Wirken unterschiedlicher Faktoren. Während bei jungen Frauen in wirtschaftlich besser entwickelten Gebieten sich einerseits ein höherer Anteil als in agrarisch geprägten Gebieten in Ausbildung befindet, gibt es andererseits dort günstigere Bedingungen (z. B. Kindergärten) für die Berufstätigkeit junger Mütter als auf dem Lande. Ähnlich ist es mit Frauen mittleren Alters: Auf dem Lande stellen die mithelfenden Ehefrauen einen erheblichen Anteil der weiblichen Erwerbstätigen, während in den Wirtschaftszentren die eigenständige Berufstätigkeit der Frauen die größere Rolle spielt.

Bekanntlich weist Schleswig-Holstein im Landesteil Schleswig eine ungünstige, und

vor allem in den an Hamburg angrenzenden Kreisen eine günstigere Wirtschaftsstruktur auf. Um die Gefahr von Zufallsfehlern, die bei zu klein gewählten regionalen Einheiten auftreten können, auszuschalten, und um tendenzielle Unterschiede der Erwerbsquoten zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Gebieten zu erhalten, sind für Altersgruppen die Erwerbsquoten des Landesteils Schleswig¹ - hier die Kreise Nordfriesland, Schleswig, Flensburg-Land und die kreisfreie Stadt Flensburg - und der vier Hamburg-Randkreise Herzogtum Lauenburg, Stormarn, Segeberg und Pinneberg einander gegenübergestellt worden. Bei Betrachtung der Tabelle fallen im Gegensatz zu den Kreisvergleichen die ziemlich geringen Unterschiede auf. Diese sind aber - wie schon erwähnt wurde - darauf zurückzuführen, daß größere Raumeinheiten und Altersgruppen anstatt einzelner Jahrgänge gebildet worden sind, um Zufälligkeiten zu eliminieren. Der Preis dafür sind weniger krasse Unterschiede, weil es sowohl landwirtschaftlich geprägte Gebiete im Hamburger Umland als auch industrielle Schwerpunkte im Landesteil Schleswig gibt.

Die Zahlen der Tabelle bestätigen die bisherigen Ergebnisse: Im Hamburger Umland niedrigere Erwerbsquoten der jüngeren männlichen Jahrgänge (Ausbildung, mehr Bundeswehrgarnisonen im Landesteil Schleswig) trotz einer weit höheren Ausländerzahl, und höhere Quoten für Männer im Alter von 30 - 64 (höherer Ausländeranteil, bessere Arbeitsmarktsituation). Die Quoten für weibliche Einwohner in beiden Räumen weichen stärker voneinander ab: Die 20 - 49 Jahre alten Frauen haben im Hamburger Umland z. T. um fast 8 Punkte höhere Erwerbsquoten (Aus-

Alter	Erwerbsquoten für Männer			Erwerbsquoten für Frauen		
	Landesteil Schleswig ¹	Hamburg-Randkreise	Differenz	Landesteil Schleswig ¹	Hamburg-Randkreise	Differenz
15 - 19 Jahre	54,2	54,6	+ 0,4	51,3	52,1	+ 0,8
20 - 24 "	93,5	91,0	- 2,5	60,6	68,4	+ 7,8
25 - 29 "	95,1	94,9	- 0,2	43,2	50,4	+ 7,2
30 - 34 "	} 96,9	97,6	+ 0,7	39,3	43,1	+ 3,8
35 - 49 "				45,6	46,9	+ 1,3
50 - 54 "	93,0	94,6	+ 1,6	} 37,4	37,3	- 0,1
55 - 59 "	87,8	89,8	+ 2,0			
60 - 64 "	75,9	76,7	+ 0,8	20,0	18,2	- 1,8
Insgesamt	88,3	90,0	+ 1,7	42,4	44,7	+ 2,3

¹⁾ zum Landesteil Schleswig - das ist das Gebiet nördlich von Eider u. Nord-Ostsee-Kanal - gehört außerdem noch ein Teil des Kreises Rendsburg-Eckernförde, der hier aber nicht berücksichtigt wurde

länderinnen, größere Erwerbsbereitschaft der städtisch orientierten Frauen). Ältere Frauen sind wiederum häufiger im Landesteil Schleswig erwerbstätig, vornehmlich bedingt durch die vielen Mithelfenden in der Landwirtschaft.

Abschließend soll noch einmal darauf hingewiesen werden, daß Erwerbsquoten auch in spezifizierter Form allein nicht ausreichen, um fundierte Aussagen über den wirtschaftlichen Charakter einer Region zu machen. Dazu sind vielmehr zusätzliche Informationen

erforderlich (Ausmaß der Teilzeitbeschäftigung, Berücksichtigung der Pendlerströme u. a.). Erst in Verbindung mit diesen Daten wird die Erwerbsquote zu einem wirksamen Instrument der ökonomischen Analyse. Betrachtet man Erwerbsquoten für sich, wie es in diesem Beitrag nur geschehen konnte, kann man nur bestimmte Ausschnitte der wirtschaftlichen Situation beleuchten und hier nur die groben Konturen nachzeichnen.

Jörg Rüdel

Über das Krankenhauswesen am 31. 12. 1971

Ende 1971 gab es in Schleswig-Holstein 118 Krankenhäuser, 12 weniger als vor 10 Jahren. Der Bestand an Betten, die bestimmten Voraussetzungen entsprechen, in der Verwaltungssprache "planmäßige Betten" genannt, hat sich in diesen 10 Jahren kaum verändert. Er beläuft sich zur Zeit auf 25 600 Betten, wovon 3 500 Patienten aus anderen Bundesländern vorbehalten sind.

Die Krankenhäuser pflegt man in zwei Gruppen einzuteilen, in die Häuser für Akutkranke und in die Sonderkrankenhäuser. Die Wortwahl ist nicht besonders glücklich, da in den Häusern für Akutkranke auch chronische Leiden behandelt werden. Die 90 Krankenhäuser für Akutkranke mit 14 000 Betten gliedern sich in:

15 Allgemeine K. ohne Fachabteilungen	mit	859 Betten
39 Allgemeine K. mit Fachabteilungen	"	11 364 "
1 K. für Inneres	"	524 "
22 K. für Chirurgie, Orthopädie und Urologie	"	990 "
10 K. für Gynäkologie und Geburtshilfe	"	185 "
3 K. für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten	"	41 "

Im Durchschnitt hatte jedes Krankenhaus für Akutkranke 155 Betten.

In den 28 Sonderkrankenhäusern standen Ende 1971 11 700 Betten. Über die Hälfte gehört zu den 7 Häusern für Psychiatrie und Neurologie und den 3 Heil- und Pflegeanstalten. Es wurden betrieben:

7 K. für Psychiatrie und Neurologie	mit	6 945 Betten
3 Heil- und Pflegeanstalten	"	1 699 "
8 Tbk-Krankenhäuser	"	1 489 "
6 Kurkrankenhäuser	"	782 "
1 Rheumakrankenhaus	"	663 "
1 Rehabilitationskrankenhaus	"	43 "
1 Versehrtenkrankenhaus	"	63 "
1 K. für Suchtkranke	"	45 "

Die meisten Krankenhäuser gehören der öffentlichen Hand, an zweiter Stelle folgen die privaten Häuser, und den Schluß bilden die Häuser freigemeinnütziger Organisationen. Nach Betten gerechnet, stehen die privaten Häuser an letzter Stelle.

Das Land betreibt die Universitätskliniken Kiel, die 3 Landeskrankenhäuser und ist überwiegend an dem Tuberkuloseforschungsinstitut Borstel beteiligt. Die Kreise, Gemeinden und kommunalen Zweckverbände stellen 36 der 54 allgemeinen Krankenhäuser, 3 chirurgische und je ein Haus für Inneres, Tuberkulose und Rehabilitation. Die Sozialversicherung ist der Träger von 4 Tuberkulosehäusern und 3 Kurkrankenhäusern.

Der katholische Caritasverband betreibt in Schleswig-Holstein 5 allgemeine Kranken-

Krankenhäuser nach dem Kostenträger

Kostenträger	Häuser für Akutkranke		Sonderkrankenhäuser	
	Anzahl	planmäßige Betten	Anzahl	planmäßige Betten
Öffentliche Krankenhäuser				
Land Schleswig-Holstein	1	1 522	4	6 325
Kreise	16	3 084	1	75
Kreisfreie Städte	5	2 873	-	-
Kreisangehörige Gemeinden	11	2 130	1	43
Zweckverbände	8	905	-	-
Sozialversicherung	-	-	7	1 309
Land Berlin	-	-	1	150
X Freigemeinnützige Krankenhäuser				
Caritasverband	5	866	-	-
Deutsches Rotes Kreuz	4	469	2	216
Evangelische Organisationen	1	390	4	1 711
Sonstige Organisationen	5	659	5	1 692
K Private Krankenhäuser				
	34	1 065	3	208
Insgesamt	90	13 963	28	11 729

häuser, das Deutsche Rote Kreuz 3 allgemeine, ein chirurgisches, ein Kur- und ein Tuberkulosekrankenhaus. Evangelische Organisationen stellen ein allgemeines Krankenhaus, ein Haus für Suchtkrankheiten, zwei für Psychiatrie und Neurologie und eine Heil- und Pflegeanstalt.

Sonstige Organisationen, wozu private Stiftungen, eingetragene Vereine, die Arbeiterwohlfahrt usw. rechnen, sind die Träger 5 allgemeiner Krankenhäuser, eines Tuberkulosekrankenhauses, einer Heil- und Pflegeanstalt, eines Versehrtenkrankenhauses, eines Hauses für Psychiatrie und eines Rheumakrankenhauses.

Sämtliche 10 gynäkologisch-geburtshilflichen Häuser werden gewerblich betrieben, ebenfalls alle drei Häuser für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten und die beiden Häuser für Orthopädie. Von den 20 Häusern für Chirurgie und Urologie sind mehr als drei Viertel private. Dazu kommen bei den privaten Häusern noch 3 allgemeine Krankenhäuser sowie 2 Kurkrankenhäuser und eine Heil- und Pflegeanstalt.

Krankenhäuser nach der Bettenzahl

Bettenzahl	Häuser für Akutranke		Sonderkrankenhäuser	
	Anzahl	planmäßige Betten	Anzahl	planmäßige Betten
unter 25	22	333	-	-
25 - 50	15	561	4	171
50 - 100	16	1 017	6	442
100 - 150	8	922	2	247
150 - 200	7	1 221	4	726
200 - 300	8	1 879	3	654
300 - 400	6	2 183	2	626
400 - 500	4	1 746	2	873
500 - 600	2	1 090	-	-
600 - 800	-	-	1	663
800 - 1 000	-	-	-	-
1 000 und mehr	2	3 011	4	7 327
Insgesamt	90	13 963	28	11 729

Die öffentlichen Krankenhäuser sind im Durchschnitt größer als die der freigemeinnützigen Organisationen und erheblich größer als die der privaten Träger. Bei den Akutkrankenhäusern lauten die Proportionen 256 : 159 : 31 Betten, bei den Sonderkrankenhäusern 564 : 329 : 69 Betten. Ordnet man die Häuser nach aufsteigender Bettenzahl, so zeigt sich eine merkliche Konzentration der Betten auf die größeren Häuser.

Manche Krankenhäuser für Akutranke besitzen Abteilungen für Patienten, die ansonsten in Sonderkrankenhäuser aufgenommen werden. Manche Sonderkrankenhäuser wiederum besitzen Abteilungen für Akutranke. Es ist daher besser, das Bettenangebot nach den

Planmäßige Betten nach der Zweckbestimmung am 31. 12. 1971

Fachabteilung oder Fachklinik	Betten		
	Anzahl	in %	
Einrichtungen für Akutranke	13 565	52,8	100
Innere Krankheiten	3 803	14,8	28,0
Infektionskrankheiten	511	2,0	3,8
Säuglings- und Kinderkrankheiten	982	3,8	7,2
Chirurgie	4 414	17,2	32,5
Orthopädie	222	0,9	1,6
Gynäkologie und Geburtshilfe	1 717	6,7	12,7
Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten	393	1,5	2,9
Augenkrankheiten	226	0,9	1,7
Haut- und Geschlechtskrankheiten	189	0,7	1,4
Röntgen- und Strahlenheilkunde	31	0,1	0,2
Sonstige Abteilungen	218	0,8	1,6
Allgemeines Krankenhaus ohne abgegrenzte Fachabteilungen	859	3,3	6,3
Einrichtungen für Nicht-Akutranke	12 127	47,2	.
Tuberkulose	1 104	4,3	.
Psychiatrie und Neurologie	8 568	33,3	.
Sonstige Fachrichtungen	2 455	9,6	.
Insgesamt	25 692	100	.

Verhältnissen zu beurteilen, wie es sich in der Gliederung nach Fachabteilungen und Fachkliniken darbietet.

Fast fünf Achtel aller Betten für Akutranke stehen in Abteilungen für Inneres und Chirurgie, ein Achtel in Abteilungen für Gynäkologie und Geburtshilfe. 6% gehören zu Allgemeinkrankenhäusern ohne abgegrenzte Fachabteilungen. 47% aller Betten sind Nicht-Akutbetten. Es sind überwiegend Betten für psychiatrische und neurologische Fälle. Die Zahl der Betten in Tuberkuloseabteilungen ist seit 1960 auf 1 100 und damit auf weniger als ein Drittel der Ausgangszahl gefallen.

Die Patienten

Zwar gibt es fast eben so viele Betten in Sonderkrankenhäusern und -abteilungen wie in Einrichtungen für Akutranke, doch der durchschnittliche Aufenthalt der Patienten in den Sondereinrichtungen dauert erheblich länger als der der übrigen Patienten. Daraus erklärt sich, daß 1971 288 000 Personen in Abteilungen für Akutranke, aber nur 47 000 in Abteilungen für Nicht-Akutranke stationär behandelt wurden.

91 000 Patienten lagen in chirurgischen Abteilungen, 73 000 in Abteilungen für Inneres und 56 000 in gynäkologisch-geburtshilflichen Abteilungen. Die durchschnittliche Verweildauer schwankt zwischen 7 Tagen in Abteilungen für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten und 28 Tagen in Abteilungen für Haut- und Geschlechtskrankheiten. Aus den Einrichtungen für Nicht-Akutranke werden die Patienten erst nach erheblich längerer Zeit entlassen.

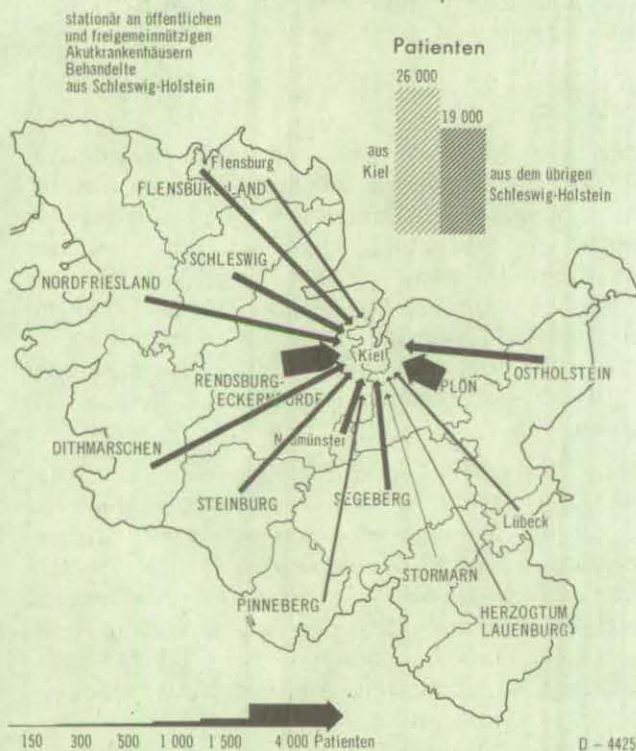
Stationär Behandelte
nach der Dauer des Krankenhausaufenthalts 1971

Fachabteilung oder Fachklinik	Stationär Behandelte ¹⁾	Pflegetage	
		Anzahl	je Behandelten
Einrichtungen für Akutranke	287 727	4 171 988	14,9
Innere Krankheiten	73 480	1 249 101	17,7
Infektionskrankheiten	3 160	70 456	23,4
Säuglings- und Kinderkrankheiten	15 526	279 071	18,7
Chirurgie	90 559	1 433 461	16,3
Orthopädie	2 798	63 910	23,7
Gynäkologie und Geburtshilfe	55 635	525 837	9,6
Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten	14 411	103 912	7,3
Augenkrankheiten	3 985	56 051	14,3
Haut- und Geschlechtskrankheiten	2 140	57 774	28,1
Sonstige Abteilungen	5 884	74 472	12,9
Allgemeines Krankenhaus ohne abgegrenzte Fachabteilungen	20 149	257 943	13,0
Einrichtungen für Nicht-Akutranke	47 489	4 012 995	45,8^{a)}
Tuberkulose	4 837	365 531	91,1
Psychiatrie und Neurologie	20 241	2 872 832	
Kurkrankenhaus	9 114	302 136	35,2
Sonstiges	13 297	472 496	38,5
Insgesamt	335 216	8 184 983	17,4^{a)}

1) bei Verlegungen innerhalb der Krankenhäuser Mehrfachzählungen
a) ohne Psychiatrie und Neurologie

Krankenhäuser haben mehr oder minder überörtliche Bedeutung. Das gilt besonders für die Universitätskliniken. Am folgenden Bild ist abzusehen, wie weit der Einzugsbereich

Die Herkunft der Kieler Krankenhauspatienten 1971



der Kieler Krankenhäuser einschließlich der Universitätskliniken reicht. Von 46 000 Patienten kommen 26 000 aus Kiel und 19 000 aus dem übrigen schleswig-holsteinischen Gebiet.

Das Pflegepersonal

Die 335 000 Patienten des Jahres 1971 wurden von 1 740 Ärzten und 224 Medizinalassistenten behandelt. 96 von ihnen waren Ausländer.

In den Krankenhäusern ist naturgemäß die Zahl der Fachärzte ohne die der Allgemeinmedizin besonders hoch. Von den 1 740 Krankenhausärzten beträgt der Anteil dieser Spezialisten 51%. Von allen Ärzten in Schleswig-Holstein sind dagegen 40% Fachärzte.

Wie erwähnt, lagen in den Abteilungen und Kliniken der Chirurgie und der inneren Krankheiten besonders viele Patienten. Dementsprechend sind 167 der 891 Fachärzte als Chirurgen tätig und 153 als Internisten. An dritter Stelle folgen die 117 Frauenärzte. Zahlreich sind auch die Fachärzte für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten und für Nerven- und Gemütskrankheiten.

Unter den 238 Belegärzten, die in den Krankenhäusern in eigener Verantwortung und auf eigene Rechnung freiberuflich tätig sind, dominieren die 59 Fachärzte für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten und die 56 Fachärzte für Frauenkrankheiten und Geburtshilfe.

264 der 1 740 Ärzte sind Frauen, nicht mehr als 15%. Von den Medizinalassistenten ist

Krankenhausärzte am 31. 12. 1971

Fachgebiet	Ärzte insgesamt	darunter		
		Leitende Ärzte	Oberärzte	Belegärzte
Als Facharzt tätig	891	223	243	229
Allgemeinarzt	26	1	4	3
Anästhesist	23	10	6	3
Augenarzt	47	3	4	29
Chirurg	167	59	50	34
Frauenarzt	117	30	18	56
Hals-, Nasen-, Ohrenarzt	82	6	5	59
Hautarzt	31	3	4	7
Internist	153	48	63	14
Kinderarzt	49	12	20	1
Lungenarzt	21	9	6	1
Mund- und Kieferchirurg	10	2	4	-
Neurologe und Psychiater	75	16	25	3
Orthopäde	21	6	6	6
Radiologe	26	8	13	2
Urologe	19	3	3	11
Sonstige Fachgebiete	24	7	12	-
Andere Ärzte	849	2	7	9
Medizinalassistenten	224	.	.	.
Insgesamt	1 964	225	250	238

dagegen fast jeder vierte eine Frau. Besonders niedrig ist, ähnlich der Lage in anderen Berufen, der Anteil der Frauen in leitender Stellung. Von 250 Oberärzten sind nur 23 Frauen.

Die Ärzte und Medizinalassistenten werden von 19 731 Kräften unterstützt. 9 916 gehören krankenpflegerischen Berufen an, 7 592 sind mit Verwaltung und Wirtschaftsführung beschäftigt.

Abschließende Bemerkungen

Es ist in diesem Aufsatz bewußt darauf verzichtet worden, Vergleiche mit den anderen Bundesländern oder gar mit dem Ausland anzustellen. Denn es ist nicht unproblematisch, die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung an der Zahl der Krankenhäuser, der Krankbetten und dem durchschnittlichen Krankenhausaufenthalt zu messen. Da wäre zunächst die Tatsache, daß Schleswig-Holstein wie jedes andere Bundesland keine Insel im weiten Ozean ist, sondern an andere Länder angrenzt. Da der Kranke in der Wahl seines Krankenhauses grundsätzlich frei ist, suchen Schleswig-Holsteiner auch Krankenhäuser in anderen Bundesländern auf, wie auch andererseits Hamburger, Niedersachsen usw. hiesige Gesundheitseinrichtungen in Anspruch nehmen.

Die vielerorts geübte Errechnung der Bettenzahl je Einwohner scheint aus dieser Sicht mehr als fragwürdig. Es darf auch nicht vergessen werden, daß bestimmte landschaftliche Reize auch bestimmte Krankenhausarten anziehen. Kurkrankenhäuser z. B. findet man nicht von ungefähr nur in den Flächenstaaten. Die von Jahr zu Jahr sinkende Dauer des durchschnittlichen Krankenhausaufenthaltes weist auf eine weitere Problematik hin. Diese Größe scheint äußerst flexibel. Vor 10 Jahren, als 51 000 Patienten weniger stationär behandelt wurden, lagen die Patienten im Durchschnitt sechseinhalb Tage länger im Krankenhaus. Bei steigender Zahl der Patienten und bei nahezu konstanter Zahl an Betten fiel die Aufenthaltsdauer kontinuierlich. Gleichzeitig fiel der Bettenausnutzungsgrad. Es ist kein Grund zu sehen, warum diese Entwicklung sich nicht fortsetzen sollte. Aus der Variabilität der Größen Krankenhausaufenthalt und Bettenausnutzung folgt, daß Vergleiche mit den entsprechenden Größen anderer Länder keinen Aufschluß auf eine bessere oder schlechtere ärztliche Versorgung erlauben.

Gustav Thissen

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht A IV 2 enthalten. Vergleiche auch: "Die Krankenhäuser und ihr Personal 1966" in dieser Zeitschrift 1968, S. 55 (März)

Investitionen im warenproduzierenden Gewerbe 1971

Die als "Investition" ausgewiesenen Beträge verstehen sich immer einschließlich der Investitionssteuer. Es handelt sich um die Bruttozugänge auf Anlagekonten. - Die Investitionsart "Maschinen" enthält auch Betriebs- und Geschäftsausstattung, geringwertige Wirtschaftsgüter und Fahrzeuge.

eine merkliche Steigerung der Investitionsintensität und der Investitionsquote festzustellen, wie aus der nachstehenden Übersicht zu entnehmen ist:

Investitionen der Industrieunternehmen 1968 bis 1971
50 und mehr Beschäftigte

Industrie

Vorläufige Ergebnisse

Die größeren Industrieunternehmen (50 und mehr Beschäftigte) haben im vergangenen Jahr für 591 Mill. DM Anlagegüter angeschafft. Der gesamte Investitionsbetrag war um 64 Mill. DM oder 12,2% höher als 1970. Die Investitionsintensität erhöhte sich auf fast 3 700 DM je Beschäftigten gegenüber 3 260 DM im Jahre 1970. Die Investitionsquote erreichte 5,4% des Umsatzes (ohne Umsatzsteuer) und war damit etwas höher als 1970 mit 5,3%. Seit 1968 ist

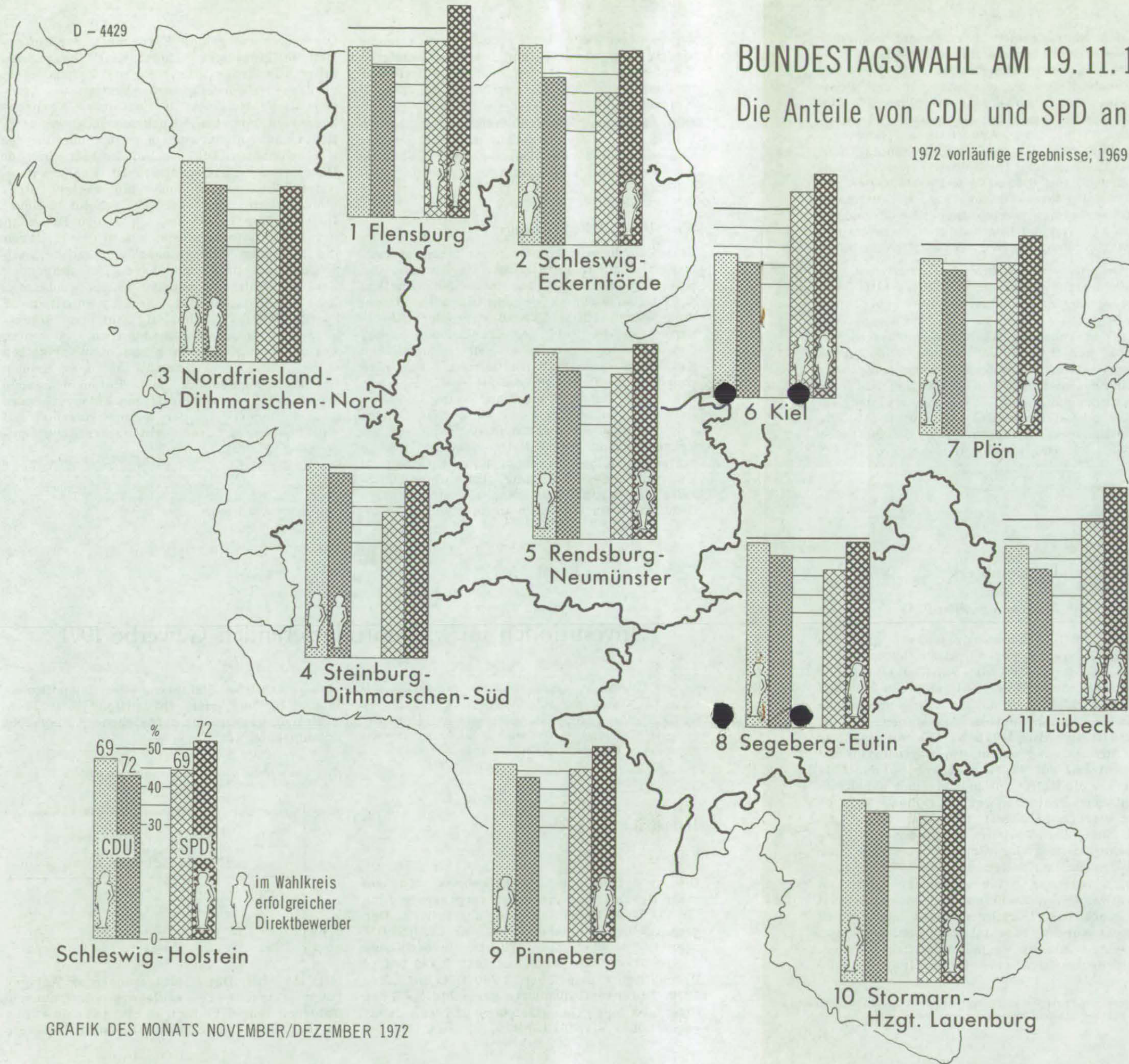
	Unternehmen	Beschäftigte Ende September	Investitionen insgesamt Mill. DM	Investitionen je Beschäftigten DM	Investitionen in % des Umsatzes
1968	546	153 013	317,8	2 077	4,0
1969	540	157 939	415,1	2 628	4,4
1970	543	161 488	526,8	3 262	5,3
1971	554	159 737	590,8	3 698	5,4

Mit 138 Mill. DM Bruttozugängen an Anlagegütern stehen die schleswig-holsteinischen Unternehmen der Ernährungsindustrie an der Spitze der Investitionstätigkeit. Sie

BUNDESTAGSWAHL AM 19.11.1972 IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Die Anteile von CDU und SPD an den Erststimmen 1969 und 1972

1972 vorläufige Ergebnisse; 1969 umgerechnet auf Wahlkreise 1972



Von den 1,6 Mill. gültigen Erststimmen erhielten die CDU 706 000 oder 42,9 % und die SPD 858 000 oder 52,1 %. Die CDU erhielt damit zwar 23 000 Erststimmen mehr als 1969, ihr Anteil ging aber wegen der höheren Anzahl von Wahlberechtigten und der höheren Wahlbeteiligung um 4,4 Punkte zurück. Die SPD konnte demgegenüber sowohl die Anzahl ihrer Erststimmen steigern (+ 215 000), als auch ihren Anteil um 7,6 Punkte erhöhen.

Die CDU gewann in zwei Wahlkreisen das Direktmandat gegenüber acht im Jahre 1969 und die SPD in neun gegenüber drei. Die Wahlkreissieger gewannen ihre Mandate mit Stimmenanteilen zwischen 46,5 % und 59,4 %. Diese beiden Extremwerte gelten für den CDU-Kandidaten im Wahlkreis 3 (Nordfriesland-Dithmarschen-Nord) und den SPD-Kandidaten im Wahlkreis 6 (Kiel). Die beiden CDU-Sieger erhielten nicht die absolute Mehrheit der Erststimmen, während es bei den SPD-Siegern bis auf den Wahlkreis 8 der Fall war. Der Abstand zwischen dem Wahlkreissieger und dem Zweiten ist im Wahlkreis Kiel mit 23,7 Punkten am größten und im Wahlkreis Nordfriesland-Dithmarschen-Nord mit 0,4 Punkten am geringsten. Einen Wechsel gab es in den Wahlkreisen Schleswig-Eckernförde, Rendsburg-Neumünster, Plön, Segeberg-Eutin, Pinneberg und Stormarn-Hzgt. Lauenburg. Hier nahm die SPD der CDU die Direktmandate ab.



hatten Ende September 1971 fast 21 000 Beschäftigte, ihr Jahresumsatz 1971 machte nahezu 2,8 Mrd. DM aus. Die Investitionsintensität lag mit 6 580 DM je Beschäftigten erheblich über dem Durchschnitt. Wegen des relativ hohen Umsatzes - 132 000 DM je Beschäftigten - betrug die Investitionsquote nur 5% des Umsatzes und blieb damit leicht unter dem Durchschnitt der gesamten Industrie.

An zweiter Stelle - am Investitionsvolumen gemessen - folgte der Maschinenbau. Er hat zwar 4 000 Beschäftigte mehr als die Ernährungsindustrie, seine Investitionen erreichten aber nur knapp 98 Mill. DM, das sind 3 900 DM je Beschäftigten und 6,7% des Umsatzes. Die Schiffbauunternehmen mit Sitz in Schleswig-Holstein rangieren mit etwa 59 Mill. DM Investitionen an dritter Stelle. Ihre Investitionsintensität bleibt mit 2 000 DM je Beschäftigten deutlich unter dem Durchschnittswert von 3 700 DM. Auch die Investitionsquote von 4% des Umsatzes liegt unter dem Durchschnitt. Bei der Beurteilung der Daten ist zu beachten, daß es sich um Unternehmensergebnisse handelt. Sie enthalten also auch Investitionen, die in Betrieben außerhalb Schleswig-Holsteins verwirklicht wurden, während die Investitionen in schleswig-holsteinischen Betrieben, die zu einem Unternehmen mit Sitz außerhalb des Landes gehören, hier nicht enthalten sind. Unter regionalen Gesichtspunkten sind daher die Unternehmensergebnisse nur bedingt verwendbar. Die Differenzierungen in der Investitionsintensität und der Investitionsquote der einzelnen Branchen werden dagegen hinreichend sicher wiedergegeben.

Wie bereits in den vorhergehenden Jahren¹ ist auch 1971 die Investitionsintensität in den Molkereien und Käsereien außerordentlich hoch, in der Bekleidungsindustrie sehr niedrig gewesen. Von den fünf Industriezweigen mit sehr hoher Investitionstätigkeit (mehr als 10 000 DM je Beschäftigten) gehörten vier zum Nahrungs- und Genußmittelsektor, wie aus der folgenden Aufstellung hervorgeht:

	Investitionen	
	in DM je Beschäftigten	in % vom Umsatz
Molkereien und Käsereien	24 103	8,8
Spirituosenindustrie	14 070	4,2
Mineralbrunnen, Limonadenherstellung	13 174	13,3
Eisenschaffende Industrie	12 269	15,3
Brauereien	10 414	12,5

¹) vergleiche "Investitionen im warenproduzierenden Gewerbe 1967 bis 1970" in dieser Zeitschrift 1972, S. 167 ff. (August)

Aus dem Nahrungsmittelbereich sind außerdem noch die Brotindustrie mit 6 769 DM und die fleischverarbeitende Industrie mit 4 904 DM je Beschäftigten zu erwähnen. In der Brotindustrie lag auch die Investitionsquote mit 12,5% des Umsatzes bei mehr als dem Doppelten des Mittelwertes. Außerhalb des Nahrungsmittelbereichs ist auf die beständig hohe Investitionsneigung im Industriezweig "Steine und Erden" mit 9 052 DM je Beschäftigten und 9,1% des Umsatzes hinzuweisen. In der Kunststoffverarbeitung war die Investitionsintensität mit 5 847 DM je Beschäftigten, wie in den Vorjahren auch, überdurchschnittlich hoch.

Zu den investitionsschwachen Branchen gehörten die Unternehmen der Holzschliff- und papiererzeugenden Industrie mit 589 DM je Beschäftigten und 0,5% des Umsatzes und die schon genannte Bekleidungsindustrie mit 864 DM und 2,9% des Umsatzes. Die Textilindustrie hatte demgegenüber eine recht hohe Investitionsintensität von 4 700 DM und eine Investitionsquote von 9,5% aufzuweisen. Im Stahl- und Leichtmetallbau blieb auch 1971 die Investitionsneigung schwach, je Beschäftigten wurden 1 871 DM investiert.

Produzierendes Handwerk

Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Mit 31,7 Mill. DM investierten die größeren Unternehmen des warenproduzierenden Handwerks 6,5% mehr als im Vorjahr. Die Investitionsintensität erhöhte sich von 2 169 DM auf 2 322 DM je Beschäftigten. In den vorhergehenden Jahren hatten Maschinen immer mehr als die Hälfte (1970: 52,4%) der gesamten Investitionen ausgemacht. Im Berichtsjahr ist dieser Anteil auf 48,7% gesunken, so daß 1971 mehr als die Hälfte auf bebaute und unbebaute Grundstücke entfallen ist. Für diese Anlagegüter wurden 1971 mit 16,3 Mill. DM 14,7% mehr als im Vorjahr aufgewendet. Unter Berücksichtigung der Preissteigerungen, die nach dem Index für Gebäude von 1970 auf 1971 + 10,6% betragen², ist ein reales Wachstum von etwa 4% anzunehmen. Bei Maschinen ist der Wert des Vorjahres nicht mehr ganz erreicht worden; hier ist also real um etwa 8% weniger als im Vorjahr investiert worden. Damit deutet sich eine Entwicklung an, die

²) Es wurde der Preisindex für gemischt genutzte Gebäude verwendet, da im Handwerk Wohnung und Werkstatt noch häufig unter einem Dach sind

bedenkliche Folgen haben muß, wenn sie länger anhalten sollte.

Die Beschränkung der Erhebung auf den Firmenkreis mit 20 und mehr Beschäftigten hat einmal zur Folge, daß nur der kleinere Teil des warenproduzierenden Handwerks (aus der Wirtschaftsabteilung 2 "Verarbeitendes Gewerbe") dargestellt wird. Zum anderen handelt es sich um einen schrumpfenden Berichtskreis, da die Abgänge zwar notwendig ausfallen, Neuzugänge aber nicht erfaßt werden³. Der in die jährlichen Investitions-erhebungen einbezogene Firmenkreis repräsentiert ungefähr ein Fünftel der überhaupt vorhandenen Beschäftigten im warenproduzierenden Handwerk (Dienstleistungshandwerke wie Friseure, Fotografen, Schornsteinfeger u. a. gehören nicht zur Wirtschaftsabteilung 2). Nach den Ergebnissen der Handwerkszählung 1968 entfielen auf die größeren produzierenden Handwerksunternehmen etwa ein Drittel der überhaupt ermittelten Investitionen.

Investitionen im produzierenden Handwerk 1968 bis 1971

Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

	Unternehmen	Beschäftigte Ende September	Investitionen insgesamt 1 000 DM	Investitionen je Beschäftigten DM
1968	376	14 230	19 714	1 385
1969	361	13 735	23 968	1 745
1970	359	13 725	29 765	2 169
1971	349	13 649	31 690	2 322

Auch 1971 hatten die Schlachtereien mit 4 124 DM je Beschäftigten eine hohe Investitionsintensität aufzuweisen; die Investitionsneigung ist jedoch schwächer als im Vorjahr, als über 5 500 DM je Beschäftigten für die Anschaffung von Anlagegütern aufgewendet wurden. Ein Vergleich mit der Investitionstätigkeit der Industrie zeigt deutlich, daß die großen warenproduzierenden Handwerksunternehmen im Schnitt erheblich weniger investieren als die größeren industriellen Unternehmen (50 und mehr Beschäftigte); die handwerkliche Investitionsintensität erreichte 1971 nur 63% der industriellen. Die Spannweite ist in der Industrie auch größer als im Handwerk, was besonders hervortritt, wenn man die außerordentlich hohe Investitionsintensität von über 24 000 DM in den industriellen Molkereien und Käseereien der in den handwerklichen Schlachtereien von 4 124 DM je Beschäftigten gegenüberstellt.

Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit lag auch 1971 im Straßenfahrzeugbau (einschließlich

Reparatur), wo mit 12 Mill. DM mehr als ein Drittel der gesamten hier dargestellten Investitionen getätigt wurde; die Investitionsintensität ist zwar gegenüber dem Vorjahr von 1 740 DM auf 2 282 DM angestiegen, blieb aber leicht unterdurchschnittlich, was auf die beschäftigungsintensiven Kraftfahrzeug-Reparaturwerkstätten zurückzuführen ist. Zusammen mit den Investitionen im Maschinenbau von 4 Mill. DM ist die Hälfte der Investitionen dargestellt. Im Maschinenbau hat sich die Investitionsintensität kräftig von 3 000 DM auf 4 000 DM erhöht. Noch etwas stärker war die Steigerung in der Gummi- und Asbestverarbeitung, und zwar von 1 728 DM auf 4 051 DM. Weitere Einzelheiten enthält die nachstehende Tabelle.

Investitionen in ausgewählten Wirtschaftszweigen
des Handwerks 1970 und 1971

	1971		dagegen 1970		
	Be- schäf- tigte Ende Sep- tember	Investi- tionen ins- ge- samt 1 000 DM	je Be- schäf- tigten DM	Investi- tionen ins- ge- samt 1 000 DM	je Be- schäf- tigten DM
Warenproduzierendes Handwerk	13 649	31 690	2 322	29 765	2 169
darunter					
Gummi- u. Asbestverarbeitung	157	636	4 051	261	1 728
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	193	487	2 523	571	3 053
Schlosserei, Schweißerei, Schleiferei, Schmiederei	660	1 359	2 059	1 027	1 517
Stahl- u. Leichtmetallbau	1 470	1 809	1 231	2 181	1 418
Maschinenbau	1 006	4 033	4 009	3 045	2 994
Straßenfahrzeugbau	5 240	11 956	2 282	8 937	1 740
Schiffbau (Bootsbau)	410	833	2 032	1 460	3 792
Elektrotechnik	377	223	592	200	506
Feinmechanik und Optik, Herst. u. Rep. von Uhren	601	1 840	3 062	770	1 358
Holzverarbeitung ¹	886	1 304	1 472	1 138	1 251
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe ²	323	167	517	274	870
Herstellung von Backwaren	831	1 366	1 644	1 226	1 441
Schlachtereien und Fleischverarbeitung	1 232	5 081	4 124	7 329	5 527

1) einschließlich Möbelpolsterei
2) ohne Möbelpolsterei

Mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr liegt die Investitionsintensität in der Feinmechanik und Optik, im Bootsbau ist sie merklich zurückgegangen, weit unter dem Durchschnitt und dazu noch rückläufig ist sie im Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe. Diese wenigen Hinweise machen deutlich, wie schnell und

3) siehe in dieser Zeitschrift 1972, S. 173 ff. (August)

wie stark sich die Investitionsneigung im Zeitablauf ändern kann.

Abschließend ist noch zu vermerken, daß für 460 000 DM, daß sind etwa 1,5% der gesamten Investitionen, selbsterstellte Anlagen nachgewiesen wurden. Aus dem Verkauf von unbrauchbar, unmodern oder überzählig gewordenen Anlagen sind 1,2 Mill. DM Erlöst worden. Für gebrauchte Gebäude - also keine echten Neuzugänge - wurde eine Million DM ausgegeben. Im Bauhauptgewerbe waren es vergleichsweise 0,9 Mill. DM.

Baugewerbe

Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. Das "Baugewerbe" im Sinne der folgenden Aussagen enthält die Wirtschaftsunterabteilungen 30 "Bauhauptgewerbe" und 31 "Ausbau- und Bauhilfsgewerbe".

Im schleswig-holsteinischen Baugewerbe wurden 1971 nahezu 150 Mill. DM in Maschinen, Grundstücke und Gebäude investiert. In den vier Jahren von 1968 bis 1971 betrug die Investitionssumme mehr als eine halbe Milliarde DM. Dabei haben die Anschaffungen von Baumaschinen mit einem Anteil von etwa vier Fünfteln der gesamten Investitionsaufwendungen die größte Bedeutung. Die hier dargestellten Investitionen der größeren Bauunternehmen dürften ungefähr 80% des gesamten Investitionsvolumens im Baugewerbe repräsentieren. Der Beschäftigtenanteil dieses Firmenkreises liegt bei etwa 65%. Diese unterschiedlichen Anteile beruhen darauf, daß in den größeren Unternehmen verhältnismäßig mehr als in den kleineren investiert wird⁴. Da die Investitionen zu jeweiligen Marktpreisen ermittelt werden,

Investitionen im Baugewerbe 1968 bis 1971

Unternehmen	Beschäftigte Ende September	Investitionen	Investitionen
		insgesamt Mill. DM	je Beschäftigten DM
1968	858	86,9	1 618
1969	875	128,6	2 385
1970	840	138,9	2 562
1971	869	149,3	2 736

4) siehe in dieser Zeitschrift 1972, S. 178 (August)

ist in den Investitionsbeträgen die Preiskomponente enthalten, was bei Zeitvergleichen zu beachten ist. So stiegen die Erzeugerpreise für Baumaschinen von 1970 auf 1971 um 5,4%, die wertmäßige Steigerung der Investitionen machte 7,4% aus, so daß ein reales Investitionswachstum von lediglich 2% verwirklicht wurde.

Bauhauptgewerbe

Das Investitionsvolumen der größeren Unternehmen des Bauhauptgewerbes in Schleswig-Holstein belief sich 1971 auf 142 Mill. DM, was einer Zunahme des Wertes um etwa 6% entspricht. Der reale Zuwachs hat jedoch weniger als 1% betragen, da die Erzeugerpreise für Baumaschinen von 1970 auf 1971 um 5,4% gestiegen sind.

Die Investitionsintensität nahm von 2 761 DM auf 2 910 DM je Beschäftigten, das sind + 5,4%, zu. Der Anteil der Investitionen am Bruttoproduktionswert (das ist der Wert der Jahresbauleistung, der selbsterstellten Anlagen und des sonstigen Umsatzes) ist von 7,2% auf 6,2% zurückgegangen. In den vier Jahren seit 1968 sind für insgesamt 476 Mill. DM Anlagegüter angeschafft worden. Die zeitliche Entwicklung geht aus der folgenden Übersicht hervor:

Investitionen im Bauhauptgewerbe 1968 bis 1971

	Unternehmen	Beschäftigte Ende September	Investitionen		
			insgesamt Mill. DM	je Beschäftigten DM	in % vom Brutto- produktionswert
1968	694	47 567	79,4	1 669	5,8
1969	717	48 088	120,6	2 508	7,5
1970	682	48 469	133,8	2 761	7,2
1971	713	48 803	142,0	2 910	6,2

Von 1968 bis 1970 war der jeweils größte Investitionsbetrag auf den Straßenbau entfallen; sein Anteil machte etwa ein Drittel aus. Im Jahre 1971 ist nunmehr der Hochbau mit über 50 Mill. DM Investitionen an die erste Stelle gerückt. Hinsichtlich der Investitionsintensität nimmt jedoch nach wie vor der Straßenbau mit 3 800 DM je Beschäftigten den ersten Platz ein. Die Investitionsintensität liegt allerdings deutlich niedriger als im Vorjahr, wo sie 4 377 DM betrug. Mit 1 700 DM je Beschäftigten wurde 1971 in den Zimmerei- und Ingenieurholzbauunternehmen verhältnismäßig wenig investiert, im Vorjahr waren es noch über 2 400 DM gewesen. Kräftig zugenommen hat die Investitionsneigung im Dachdeckergewerbe; das wertmäßige Investitionsvolumen war etwa viermal so groß wie 1970, und damit erhöhte sich die Investitionsintensität von 646 DM (1970) auf über 2 600 DM je Beschäftigten.

Investitionen in den Wirtschaftszweigen
des Bauhauptgewerbes 1970 und 1971

	1971			dagegen 1970	
	Be- schäf- tigte	Investitionen		Investitionen	
		ins- gesamt Mill. DM	je Beschäf- tigten DM	ins- gesamt Mill. DM	je Beschäf- tigten DM
Hoch- und Ingenieurhochbau	22 611	50,1	2 217	34,2	1 529
Tief- und Ingenieur Tiefbau	6 579	24,0	3 645	28,5	4 302
Straßenbau	10 091	38,3	3 794	44,4	4 377
Hoch-, Tief- und Ingenieurbau ¹	7 258	25,0	3 445	23,2	3 176
Zimmerei und Ingenieurholzbau	872	1,5	1 690	1,7	2 412
Dachdeckerei	596	1,6	2 628	0,4	646
Sonstiges Bauhauptgewerbe	796	1,6	2 005	1,5	1 936
Insgesamt	48 803	142,0	2 910	133,8	2 761

1) ohne ausgeprägten Schwerpunkt

In der Investitionsstruktur sind keine gravierenden Änderungen eingetreten. Die Anschaffung von Baumaschinen und -geräten stand wiederum eindeutig im Vordergrund der Investitionstätigkeit. Alle Baugewerbe mit Ausnahme der Dachdeckerei wandten vier Fünftel und mehr der Investitionsausgaben für Maschinen und maschinelle Anlagen auf. Im Tiefbau erreichte diese Investitionsart über 94% der hier überhaupt getätigten Aufwendungen. Der leichte Rückgang des Anteils der Maschinen von 88,7% (1970) auf 86,6% im Jahre 1971 führte zu einem leicht erhöhten Anteil der bebauten Grundstücke von 9,0% (1970) auf 11,8% im Berichtsjahr.

Ausbaugewerbe

Von den großen Unternehmen des Ausbaugewerbes wurden 1971 für 7,2 Mill. DM Anlagegüter angeschafft, was einem nominalen Zuwachs von über 40% entspricht. Unterstellt man die gleiche Preissteigerungsrate von 5,4% wie bei den Investitionen im Bauhauptgewerbe, dann ergibt sich ein mengenmäßig um mehr als ein Drittel größeres Investitionsvolumen als im Vorjahr. Hier ist der Anteil der Maschinen mit etwa 50% nicht so hoch wie im Bauhauptgewerbe, wo er knapp 87% beträgt. Über 40% der Investitionen gehen in bebaute Grundstücke, während es im Bauhauptgewerbe nur 12% sind. Die Aussagefähigkeit der Investitionsdaten ist hier erheblich stärker eingeschränkt als im Bauhauptgewerbe, weil die einbezogenen Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten nur etwa ein Viertel der

Beschäftigtenzahl des gesamten Ausbaugewerbes ausmachen.

Die Investitionsintensität, 1 257 DM je Beschäftigten, ist weniger als halb so groß wie im Bauhauptgewerbe. Über die Entwicklung von 1968 bis 1971 gibt die folgende Tabelle Auskunft.

Investitionen im Ausbaugewerbe 1968 bis 1971

	Unternehmen	Investitionen		
		Beschäftigte insgesamt Ende September	insgesamt 1 000 DM	je Beschäftigten DM
1968	164	6 121	7 488	1 223
1969	158	5 837	7 988	1 369
1970	158	5 758	5 071	881
1971	156	5 751	7 227	1 257

Zu bemerken ist noch, daß nicht alle erfaßten 156 Unternehmen im Berichtsjahr 1971 auch Investitionen vorgenommen haben, 24 meldeten keine Investitionen. Für 255 000 DM, das sind etwa 4% der gesamten Investitionen, sind Anlagegüter für den eigenen Bedarf, also in den Werkstätten selbst, hergestellt worden. Aus dem Verkauf von aktivierten Anlagegütern wurden 493 000 DM Erlöst.

Investitionen in den Wirtschaftszweigen des Ausbaugewerbes 1970 und 1971

	1971			dagegen 1970	
	Be- schäf- tigte	Investitionen		Investitionen	
		ins- gesamt 1 000 DM	je Beschäf- tigten DM	ins- gesamt 1 000 DM	je Beschäf- tigten DM
Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation	1 133	1 337	1 180	947	816
Elektroinstallation	2 346	2 752	1 173	1 568	689
Glaser- u. Malergewerbe, Tapetenkleberei	1 556	2 053	1 319	1 980	1 242
Fußboden-, Fliesen- u. Plattenlegerei, Ofen- und Herdsetzerei	716	1 085	1 515	576	790
Insgesamt	5 751	7 227	1 257	5 071	881

Die Schwankungsbreite der Investitionsintensität ist beträchtlich geringer als im Bauhauptgewerbe. Sie bewegt sich 1971 zwischen 1 173 DM in der Elektroinstallation und 1 515 DM bei den Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegern etc. Anders ausgedrückt: die niedrigste Investitionsintensität liegt um 6,7% unter, die höchste um 20,5% über dem Mittelwert. Im Bauhauptgewerbe lauten die entsprechenden Werte - 41,9% und + 30,4%.

Stegfried Schwarz

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht E I 6/E II 2/F 12 enthalten

Entwicklungen in der Landwirtschaft 1964/65 bis 1970/71

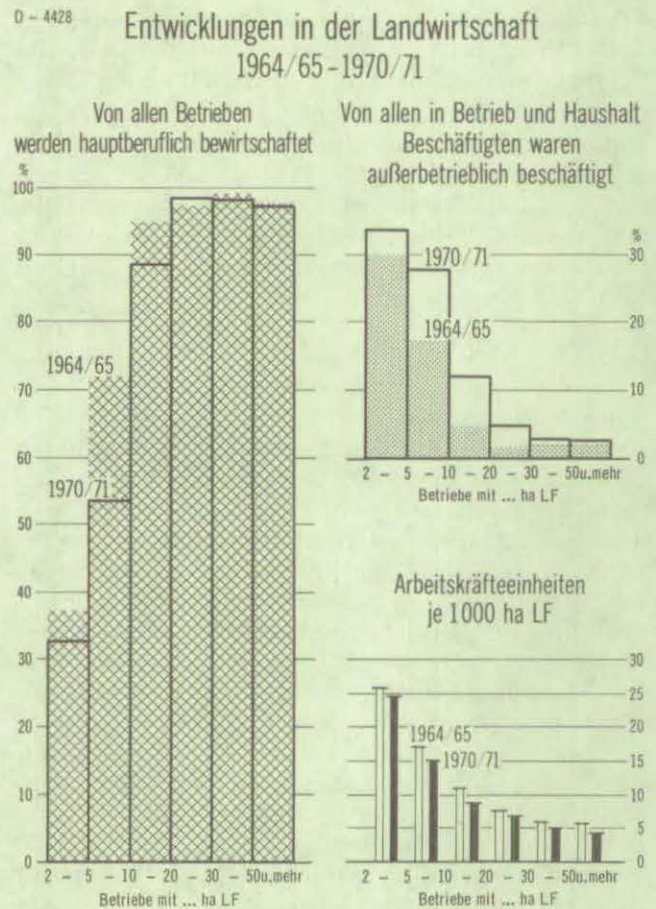
In der zweiten Hälfte der 60er Jahre haben sich in der Landwirtschaft bekanntlich außerordentlich starke strukturelle Veränderungen vollzogen. Unsere Tabelle enthält eine Auswahl von Betriebs- und Beschäftigtenzahlen, die beispielhaft zeigen, wie stark sich dieser Wirtschaftszweig in den sechs Jahren von 1964/65 bis 1970/71 gewandelt hat.

Die Zahl der Betriebe ab 2 ha ging in dieser Zeit um 8 400 Einheiten auf 37 600 und damit um fast 1/5 zurück. Aber die eigentlichen Bewegungen waren noch viel stärker: Viele Betriebe sind gewachsen, so daß es am Ende des Zeitraumes sogar 2 200 Betriebe ab 30 ha mehr gab als zu Beginn, dafür aber 10 600 weniger in der Größe bis 30 ha. Inzwischen wissen wir, daß neuerdings im Landesmittel die Betriebe der Größenklasse zwischen 30 und 40 ha bereits abnehmen und daß der Hauptzuwachs bei den Betrieben zwischen 50 und 75 ha Größe liegt. Sehr spürbar werden diese Verschiebungen nun auch bei der Verteilung der landwirtschaftlichen genutzten Fläche (LF): Ihr Gesamtumfang hat sich zwar kaum geändert, aber der Anteil der Betriebe über 30 ha Größe stieg in diesen sechs Jahren von 57% auf 68%.

Die Zahl der von ihren Inhabern hauptberuflich bewirtschafteten Betriebe hat etwa im gleichen Maße abgenommen wie die der nebenberuflich bewirtschafteten Betriebe, so daß nach wie vor für 85% der Betriebsinhaber die Landwirtschaft das alleinige oder überwiegende Betätigungsfeld ist. Manchen mag das überraschen, denn in den letzten Jahren ist viel davon gesprochen worden, daß die Bauern ihr Einkommen durch außerbetriebliche Tätigkeiten verbessern können. Daß heute relativ mehr in der Landwirtschaft Beschäftigte solche Möglichkeiten nutzen, wird noch gezeigt werden. Angesichts der Betriebsgrößenentwicklung wird aber verständlich, daß die Landwirtschaft bisher jedenfalls in den meisten Fällen im Vordergrund bleibt. Zwei Anmerkungen müssen in diesem Zusammenhang allerdings zu den Zahlen gemacht werden: Einmal gehörten keineswegs alle heute als nebenberuflich bewirtschaftet ausgewiesenen Betriebe auch 1964/65 zur selben Kategorie. Vielmehr besteht eine gewisse Fluktuation zwischen diesen Gruppen, und zwar meist in der Weise, daß von der hauptberuflichen zur nebenberuflichen Tätigkeit übergewechselt wird. Als nächste Stufe folgt dann nicht selten die völlige Aufgabe der Landwirtschaft. Zum anderen lassen sich sehr wohl Veränderungen in der Zusammensetzung von haupt- und nebenberuflich bewirtschafteten Betrieben

nachweisen, wenn man nach Größenklassen differenziert. So wurden z. B. 1964/65 noch über 70% der Betriebe zwischen 5 und 10 ha nach Meinung ihrer Inhaber hauptberuflich bewirtschaftet, während es 1970/71 in dieser Größenklasse nur noch etwas über 50% waren. Zwischen 2 und 5 ha Größe sank der Anteil von 38% auf 33% und zwischen 10 und 20 ha von 95% auf 89%. Da der Anteil dieser Betriebsgrößenklassen an der Gesamtzahl der Betriebe jedoch immer geringer wird, beeinflussen sie den Gesamtdurchschnitt weniger. Weitere Einzelheiten zeigt das Bild.

In den landwirtschaftlichen Betrieben lebten 1970/71 ohne die familienfremden Arbeitskräfte rund 157 000 Personen, davon waren ein Viertel Kinder unter 14 Jahre alt. Die Gesamtzahl hat sich in den 6 Jahren naturgemäß etwa in gleichem Maße verändert wie die der Betriebe. Durchschnittlich lebten in einem Haushalt 4,2 Personen, das ist im Schnitt fast eine Person mehr als im Durchschnitt aller Mehrpersonenhaushalte des Landes Schleswig-Holstein (3,3). Dieser Unterschied erklärt sich in erster Linie daraus, daß die landwirtschaftlichen Haushalte auch heute noch in stärkerem



Maße Lebens- und Arbeitsgemeinschaft mehrerer Generationen sind, als das in anderen Haushalten der Fall ist.

Wenn man von "Beschäftigten in der Landwirtschaft" spricht, so muß man dem heute stets erst einige Erklärungen über deren Tätigkeitsbereich voranstellen. Früher gab es dafür nur eine Definition: Es war die Tätigkeit in Feld, Stall, Haus und Hof. Da die Frauen vielfach im Tagesablauf zwischen Hausarbeit und produktionseigentümlich landwirtschaftlicher Tätigkeit hin- und herpendeln, sah man alles als eine Einheit an. Bei bestimmten Betrachtungsweisen führt das jedoch zu Schwierigkeiten; denn so werden z. B. auch viele "Nur-Hausfrauen" - und deren gibt es selbst in den hier erfaßten landwirtschaftlichen Betrieben eine ganze Menge - zu "Vollbeschäftigten" in der Landwirtschaft. Wegen dieser Schwierigkeiten hat man begonnen, Landwirtschaft und Hauswirtschaft bei der Befragung zu trennen; zunächst durch Anteilsschätzungen - später durch Aufteilung der Arbeitsstunden. Selbst wenn manche Ungenauigkeiten, vielleicht auch Verzerrungen, in Kauf genommen werden müssen: die Information wurde verbessert. Neben der alten Zahlenreihe über die Beschäftigten in der Landwirtschaft - nämlich in Betrieb und Haushalt - entstand eine neue, die allerdings erst kurz ist: die Reihe über die mit betrieblichen Arbeiten beschäftigten Personen. Beide haben ihre Berechtigung, denn keine von ihnen kann wegen der Verzahnung der Tätigkeitsbereiche allein den Informationsanforderungen voll gerecht werden.

Zunächst soll hier die alte Reihe im größeren zeitlichen Zusammenhang kurz gesondert dargestellt werden, da die Vorstellungen über die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten in der Vergangenheit besonders durch sie geprägt wurden.

Jahr	Vollbeschäftigte in landwirtschaftlichen Betrieben (einschl. Haushalt) mit 2 ha und mehr LN/LF		
	insgesamt	darunter Männer	
		zusammen	darunter Familienmitglieder
1949	247 500	138 500	69 900
1956	178 500	98 400	58 500
1960	149 600	81 100	51 900
1964/65	124 500	68 600	47 300
1970/71	89 100	49 400	36 200

Demnach war die Zahl der Vollbeschäftigten im Wirtschaftsjahr 1970/71 bei 89 100 Personen angelangt. Sie ist damit in reichlich 2 Jahr-

zehnten um fast 2/3 geschrumpft. In den hier besonders interessierenden Jahren seit 1964/65 betrug die Abnahme 28%. Weit überdurchschnittlich ging die Zahl der Lohnarbeitskräfte zurück: um 85% in den 2 Jahrzehnten, um rund 40% zwischen 1964/65 und 1970/71.

Wenn heute eine Person in einem Beschäftigungsbereich weniger als 45 Wochenstunden tätig ist, so gilt sie dort nicht mehr als voll- sondern als teilbeschäftigt. Früher entschied dagegen der Betriebsinhaber bei der Befragung nach seinen Vorstellungen, wer voll- und wer teilbeschäftigt war. Trotz dieser Methodenänderung ist die Tabellenaussage gültig, nämlich daß sich die Zahl der männlichen teilbeschäftigten Familienarbeitskräfte in den letzten Jahren im Gegensatz zu den Vollbeschäftigten praktisch nicht geändert hat. Das ist besonders bemerkenswert, da die Zahl der Betriebe gerade in dem Größenbereich, in welchem traditionell relativ viel Teilbeschäftigte vorkommen, stark abgenommen hat. Der Grund ist offensichtlich: auch größere Betriebe stellen sich um. Früher betrieb man dort vielseitige Landwirtschaft, um - innerbetrieblich - zum Risikoausgleich auf mehreren Beinen zu stehen. Mit der Technisierung wurde innerbetrieblich vereinfacht und dafür, wenn es ging, "ein Bein" in einen außerbetrieblichen Bereich gestellt. Deutlich wird das an den Zahlen der auch außerbetrieblich erwerbstätigen Personen. Sie haben sich bei den Männern kaum verändert und bei den Frauen zeigt sich eine beachtliche Zunahme. Dabei ist auch hier wieder daran zu erinnern, daß gerade die Betriebe, in denen man eine Kombination von betrieblichen mit außerbetrieblichen Tätigkeiten nach bisherigen Maßstäben für am einfachsten hielt - nämlich die Betriebe bis etwa 30 ha Größe -, um über 10 000 Einheiten abgenommen haben. Über die Verhältnisse in den einzelnen Betriebsgrößenklassen gibt das Bild Auskunft.

Zur Verflechtung mit außerlandwirtschaftlichen Tätigkeiten läßt sich noch eine wesentliche Ergänzung machen: auch die Zahl der Personen, die in den Betrieben leben, aber weder betrieblich noch hauswirtschaftlich tätig sind, dafür aber einem außerbetrieblichen Erwerb nachgehen, ist deutlich angewachsen. Die landwirtschaftlichen Haushalte gewährten zuletzt über 9 000 erwerbstätigen Personen Unterkunft - und wohl weitgehend auch sonstigen Unterhalt -, ohne von diesen Personen eine Arbeitsleistung zu empfangen. Man darf annehmen, daß es sich dabei vorwiegend um junge Menschen handelt, also um die Kinder oder Enkelkinder der Betriebsinhaber, und hieran läßt sich vorsichtig die Vermutung knüpfen, daß sich der Nachwuchs weiterhin

Ausgewählte Daten über Betriebe und Beschäftigte
in der Landwirtschaft 1964/65 und 1970/71
Betriebe mit 2 und mehr ha LF

Merkmal	1964/65 1970/71		Ver- änderung %
	Anzahl		
Betriebe mit 2 und mehr ha LF	46 020	37 600	- 18
darunter			
bis 30 ha LF	33 982	23 340	- 31
30 ha LF und mehr	12 038	14 260	+ 18
Landwirtsch. genutzte Fläche (LF) in ha	1 125 000	1 116 000	- 1
Hauptberuflich bewirtsch. Betriebe	ca. 39 200	ca. 32 100	- 18
Nebenberuflich bewirtsch. Betriebe	ca. 6 800	ca. 5 500	- 19
In den Betrieben lebende Personen insgesamt	185 624	157 436	- 15
a) unter 14 Jahre alt	42 246	39 273	- 7
b) 14 Jahre und älter			
männlich	72 640	61 233	- 16
weiblich	70 738	56 930	- 20
Im Betrieb einschließlich Haushalt beschäftigte Personen ¹			
a) vollbeschäftigt			
männlich	47 282	36 177	- 23
weiblich	49 605	36 420	- 27
b) teilbeschäftigt			
männlich	14 529	14 104	- 3
weiblich	8 588	9 841	+ 15
darunter			
auch außerbetrieblich erwerbstätig			
männlich	7 890	7 653	- 3
weiblich	1 360	2 110	+ 55
Mit betrieblichen Arbeiten beschäftigte Personen ¹			
a) vollbeschäftigt			
männlich	46 866	35 822	- 24
weiblich	2 433	2 109	- 13
b) teilbeschäftigt			
männlich	14 772	14 263	- 3
weiblich	38 716	26 937	- 30
darunter			
auch außerbetrieblich erwerbstätig			
männlich	.	7 628	.
weiblich	.	689	.
In den Betrieben lebende, aber nur außerbetrieblich erwerbstätige Personen ¹			
männlich	4 075	5 292	+ 30
weiblich	3 647	3 913	+ 7
Ständige familienfremde Arbeitskräfte			
männlich	21 304	13 190	- 38
weiblich	6 318	3 349	- 47
Betrieblicher Arbeitsaufwand in AK-Einheiten ²			
geleistet von Männern	71 037	51 927	- 27
Frauen	19 507	14 232	- 27
zusammen	90 544	66 159	- 27
je 100 ha LF	8,0	6,0	- 25

1) Betriebsinhaber und ihre in den Betrieben lebenden Familienangehörigen und Verwandten

2) geleistet von Familienangehörigen sowie ständigen und nichtständigen familienfremden Arbeitskräften

verstärkt außerlandwirtschaftlichen Berufen zuwendet¹.

Und nun zur neuen Reihe über die mit betrieblichen Arbeiten beschäftigten Personen. Sie unterscheidet sich bei den Männern natur-

1) siehe in dieser Zeitschrift 1970 (September)

gemäß - weil sie so gut wie nicht im Haushalt arbeiten - kaum von den bisher bekannten Zahlen. Soweit Abweichungen bestehen, dürften sie wesentlich durch das bei der Erhebung verwendete Stichprobenverfahren verursacht sein. Ganz anders sieht es bei den Frauen aus. Im Beschäftigungsbereich "Betrieb" gab es - Voll- und Teilbeschäftigte zusammengenommen - in beiden Jahren jeweils 17 000 Frauen weniger als im Beschäftigungsbereich "Betrieb und Haushalt". Mit anderen Worten, 17 000 Frauen sind nur hauswirtschaftlich tätig. Von den 36 400 Frauen, die 1970/71 im Betrieb und Haushalt voll beschäftigt waren, sind mit betrieblichen Tätigkeiten nur 2 100 vollbeschäftigt gewesen, ein großer Teil von ihnen erscheint jedoch unter den mit betrieblichen Arbeiten beschäftigten Personen als Teilbeschäftigte wieder.

Wertet man hier, wie wir es auch bei der alten Reihe gemacht haben, einmal alle ständigen familienfremden Arbeitskräfte als voll betrieblich beschäftigt, so ergibt sich eine Gesamtzahl der betrieblich Vollbeschäftigten von 54 500 Personen gegenüber 89 100 Vollbeschäftigten in "Betrieb einschließlich Haushalt". Damit gewinnt die Zahl der betrieblich Teilbeschäftigten eine wesentliche Bedeutung. Im "Betrieb einschließlich Haushalt" gab es 1970/71 nur knapp 24 000 Teilbeschäftigte, und zwar mehr Männer als Frauen; "betrieblich" teilbeschäftigt waren dagegen 41 200 Personen, darunter fast 27 000 Frauen. Letztere sind gegenüber 1964/65 sehr viel weniger geworden. Das mag daran liegen, daß die Frauen in den verbliebenen nunmehr größeren Betrieben gewisse früher ausgeübte landwirtschaftliche Tätigkeiten aufgeben konnten. Vielfach dürfte das mit unverkennbaren Spezialisierungsvorgängen einhergegangen sein, z. B. wenn ein Betrieb die Milchkuhbestände abgeschafft oder die Mastschweinehaltung zu Größenordnungen aufgestockt hat, die nicht mehr "vom Haus aus" miterledigt werden können.

Da die Arbeitsleistung der Teilbeschäftigten sehr verschieden sein kann - nämlich von den wenigen Stunden in der Woche bis hart an die Schwelle der Vollbeschäftigung heran -, ist eine Rechengröße für den betrieblichen Arbeitsaufwand entwickelt worden, die sogenannte Arbeitskräfteeinheit, kurz AK-Einheit. Eine voll mit betrieblichen Arbeiten beschäftigte Person im Alter zwischen 16 und 65 Jahren entspricht einer solchen AK-Einheit. Für jüngere und ältere Personen werden Abschläge gemacht, teilbeschäftigte Personen werden gemäß dem Verhältnis der von ihnen nachgewiesenen Stunden zu den von Vollbeschäftigten durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden auf AK-Einheiten umgerechnet.

Was dabei herauskommt, sind weder Vollbeschäftigte im üblichen Sinne, noch sonst irgendein an physische Personen zu knüpfender Begriff. Es sind Rechengrößen, die gewisse Zusammenhänge und Entwicklungen verdeutlichen sollen. Man sollte das stets bedenken, und nicht jede beliebige Beziehung zu ihnen herstellen, denn man könnte sonst leicht zu Fehlinterpretationen gelangen. Was die AK-Einheiten uns sagen können, ist dieses:

Vom gesamten landwirtschaftlich-betrieblichen Arbeitsaufwand wurden 1970/71 reichlich vier Fünftel von mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten Personen erbracht. Fast 80% der gesamten Arbeitserledigung entfiel auf Männerarbeit, gut 20% auf Frauenarbeit. Diese Relation hat sich seit 1964/65 kaum geändert. Das verwundert zunächst, da wir gesehen hatten, daß die Zahl der betrieblich teilbeschäftigten Frauen stark abgenommen hat. Wie aus der Tabelle ersichtlich, ging aber auch die Zahl der vollbeschäftigten Männer nicht unerheblich zurück. Schließlich verbleibt die wesentliche Feststellung, daß die gesamte betriebliche Arbeitszeitleistung in der Landwirtschaft in nur 6 Jahren um ein Viertel von 8 auf 6 AK-Einheiten je 100 ha LF gesenkt wurde. In den großen Betrieben wird der Durchschnittssatz unterschritten, in den kleinen liegt er erheblich höher, wie unser Bild zeigt. In diesen Zahlen ist der gesamte zum Teil noch recht handarbeitsaufwendige Gartenbaubereich mitberücksichtigt. Da die Produktionsleistung der Landwirtschaft in diesem Zeitraum weiter gestiegen ist, findet im Vergleich dieser Zahlen eine enorme Rationalisierungsleistung der Landwirtschaft sichtbaren Ausdruck. Der Vollständigkeit halber sei allerdings erwähnt, daß ein Teil spezieller Arbeitserledigung auf landwirtschaftliche Lohnunternehmer übertragen wurde und damit in den besprochenen Zahlen nicht mehr zum Ausdruck kommt.

Ein Bericht über die in der Landwirtschaft tätigen Menschen wäre unvollständig, würde

man ihr Alter übergehen. Hier kann jedoch nur mit wenigen Sätzen darauf eingegangen werden; ausführliche Unterlagen wird es im nächsten Jahr aus der Landwirtschaftszählung geben.

Noch in den 50er Jahren waren die in der Landwirtschaft Beschäftigten überaltert. In den 60er Jahren hatte sich das geändert, weil einerseits viele alte Menschen ausgeschieden waren und andererseits viele junge Menschen, die ihre Berufswahl unter den wirtschaftlichen Verhältnissen der unmittelbaren Nachkriegszeit getroffen hatten, an ihre Stelle getreten waren. Nunmehr rücken diese allmählich in höhere Jahrgänge auf, und da der Nachwuchs heute weit geringer ist als früher, dürfte mit der Zeit wieder eine Verschiebung zu den älter als 45jährigen - diese Schwelle ist bei Kurzbetrachtungen üblich - eintreten. Diese Verhältnisse gelten für die Vollbeschäftigten. Sie werden modifiziert durch Abwanderung, Überwecheln in Teilbeschäftigung mit Aufnahme außerbetrieblicher Tätigkeit und weitere Faktoren. 1964/65 waren 60% aller Vollbeschäftigten (Betrieb und Haushalt) unter 45 Jahre alt, 1970/71 waren es 58%. Der Unterschied ist gering, aber der Anteil der Jungen wird vermutlich kleiner werden. Bei den Teilbeschäftigten hat sich der Anteil der unter 45jährigen von 34% auf 40% erhöht. Außer den nebenberuflichen Landwirten waren früher viele ältere Bauern in dieser Gruppe, die einen Sohn mit im Betrieb hatten und dann das Ausmaß der betrieblichen Mitarbeit langsam senkten. Heute sind es vermehrt jüngere Menschen, die versuchen, ihr Einkommen durch außerbetriebliche Tätigkeiten zu verbessern.

Dr. Dieter Mohr

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht C IV 1 - 64/65 bis 70/71 (in Vorbereitung) enthalten. Vergleiche auch: "Arbeitskräfte in der Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1970/71" in Wirtschaft und Statistik 1971, S. 745 (Dezember)

Die Rindviehhaltung in Schleswig-Holstein 1971

Bedeutendster Betriebszweig der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft ist die Rindviehhaltung. Vom Produktionswert der Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1970/71 entfielen über 40% auf die Rindviehhaltung und zwar 26% auf die Milchproduktion und 15% auf die Rindfleischproduktion. Der gesamte Produktionswert der schleswig-holsteinischen

Rindviehhaltung machte im Wirtschaftsjahr 1970/71 nach Berechnungen des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1,3 Milliarden DM aus, das ist etwa das Vierfache des Wertes der Getreideproduktion.

Wie die gesamte Landwirtschaft ist auch der Betriebszweig Rindviehhaltung, oder besser:

Futterbau - Rindviehhaltung, dem ständigen Strukturwandel unterworfen, der vor allem durch die Konzentration der Produktion auf weniger und größere Produktionsstätten und durch die damit angestrebte Produktivitätssteigerung je tierischer Einheit und je Arbeitskraft gekennzeichnet ist.

Interessante Einblicke in die Struktur der Rindviehhaltung und Vergleiche mit Ergebnissen früherer Jahre ermöglichen die Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1971.

Im Mai 1971 gab es insgesamt gut 34 000 landwirtschaftliche Betriebe mit Rindviehhaltung, darunter 30 000 Betriebe mit Milchkühen. 4 400 Betriebe hatten demnach nur Mastvieh, Jungvieh und Kälber.

Die Rindviehhaltung 1971

Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	43 376	-
darunter Betriebe mit landw. genutzter Fläche	42 601	1 121 713 ha LF
Betriebe mit Dauergrünland	36 944	456 838 ha Dauergrünland
und zwar Betriebe mit Rindvieh	34 230	1 488 341 Tiere
Betriebe mit Kälbern (unter 3 Monate)	25 048	179 258 "
Betriebe mit Jungvieh (3 Monate bis unter 1 Jahr)	28 083	288 741 "
Betriebe mit männlichem Jungvieh (1 bis 2 Jahre alt)	15 080	134 263 "
Betriebe mit weiblichem Jungvieh (1 bis 2 Jahre alt)	27 671	236 708 "
Betriebe mit Färsen, Starke	19 185	126 937 "
Betriebe mit Milchkühen	29 849	470 959 "
Betriebe mit Ammen- und Mutterkühen	436	5 954 "
Betriebe mit übrigen Rindern	5 521	45 521 "

Von allen 42 600 landwirtschaftlichen Betrieben mit landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) hielten 1971 rund 80% Rindvieh, das sind weniger als Betriebe mit Dauergrünland, d. h. es gab noch eine Reihe von Betrieben, die zwar Grünland, aber kein Rindvieh hatten. Hierunter fallen beispielsweise Betriebe, die ausschließlich Schafe, Pferde oder Pensionsvieh hielten. Andererseits ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ohne Rindvieh mit fast 8 400 beträchtlich. Hierbei handelt es sich außer den vorgenannten Betrieben vor allem um reine Ackerbaubetriebe, Gartenbaubetriebe einschließlich Baumschulen, reine Schweinemastbetriebe und spezielle Geflügelhaltungen.

Aus der vorstehenden Übersicht geht weiterhin hervor, daß die Mehrzahl der Betriebe mit Milchkühen auch Kälber, Jungvieh unter 1 Jahr und weibliches Jungvieh 1 - 2 Jahre alt, d. h. eigene Nachzucht hat. Färsen und

Starke gab es im Mai 1971 allerdings nur bei 64% aller Milchkühhalter. Insbesondere kleinere milchkühhaltende Betriebe hatten sehr häufig keine Färsen und Starke. Dieses mag seinen Grund darin haben, daß in den Kleinhaltungen zufällig an einem Stichtag häufiger keine Färsen anzutreffen sind, weil hier die Bestandszusammensetzung von Betrieb zu Betrieb nicht so ausgeglichen ist wie in größeren Beständen. Kleinere Betriebe könnten auch zu einem höheren Anteil tragende Färsen zur Ergänzung der Milchviehherde zukaufen. Im übrigen dürften viele kleine Milchkühaltungen bereits keinen Nachschub mehr aufstellen, da die Betriebe in Kürze gänzlich aufgegeben werden sollen.

Den rapiden Rückgang der Zahl kleinerer Betriebe mit Rindvieh- und mit Milchkühaltung während der vergangenen elf Jahre zeigen die folgenden zwei Übersichten.

Größenklasse noch der LF in ha	Landw. (1960: u. forstw.) Betriebe mit Rindvieh (einschl. Kälber)				Durchschnittsgröße der Haltung	
	Betriebe		Rindvieh in 1 000			
	1960	1971	1960	1971	1960	1971
0 - 10	15 930	6 589	105	60	7	9
10 - 20	12 903	6 327	259	168	20	26
20 - 30	9 719	8 020	306	337	31	42
30 - 50	7 881	9 028	360	538	46	60
50 - 100	3 038	3 698	205	305	67	82
100 und mehr	558	568	86	81	155	142
Insgesamt	50 029	34 230	1 321	1 488	26	43

Während die Gesamtzahl der Rinder von 1960 bis 1971 um 13% anwuchs, blieben von den 50 000 Rindviehhaltungen des Jahres 1960 nur noch gut 34 000 - fast ein Drittel weniger! Im Durchschnitt aller Betriebe wurden 1971 bereits 43 Stück Rindvieh gehalten gegenüber 26 Stück vor elf Jahren.

Ausgeschieden aus der Rindviehhaltung sind vor allem Betriebe unter 30 ha LF, wenn sie nicht ihre Fläche und ihre Rinderbestände vergrößert haben und damit 1971 in Größenklassen über 30 ha LF nachgewiesen wurden.

Noch etwas stärker als in der Rindviehhaltung allgemein waren die strukturellen Veränderungen, war die Konzentration in der Milchkühaltung. Von den gut 48 000 Milchproduzenten des Jahres 1960 gaben bis 1971 über 18 000 (38%) diesen Betriebszweig (und häufig die landwirtschaftliche Produktion überhaupt) auf. Gleichzeitig nahm die Zahl der Milchkühe im Lande noch um fast 17 000 zu, so daß sich der Durchschnittskuhbestand von 9 auf 16 erhöhte.

Größenklasse nach der LF in ha	Betriebe mit Milchkühen				Durchschnitts- größe der Haltung	
	Betriebe		Milchkühe in 1 000		1960	1971
	1960	1971	1960	1971		
0 - 10	14 543	4 752	46	19	3	4
10 - 20	12 601	5 648	97	59	8	10
20 - 30	9 599	7 530	103	116	11	15
30 - 50	7 794	8 410	112	171	14	20
50 - 100	2 970	3 117	63	84	21	27
100 und mehr	551	392	33	22	60	55
Insgesamt	48 058	29 849	454	471	9	16

Größenklasse nach der LF in ha	Land- wirt- schaftliche Betriebe mit LF	darunter Betriebe mit		Land- wirt- schaftlich genutzte Fläche insgesamt	darunter Dauer- grün- land
		Dauer- grün- land	Milch- kühen		
		Anzahl	%		
0 - 10	13 075	70,3	36,3	46 104	56,0
10 - 20	6 890	93,0	82,0	105 790	50,5
20 - 30	8 376	94,1	89,9	208 738	46,9
30 - 50	9 440	95,0	89,1	360 309	43,6
50 - 100	4 086	93,8	76,3	263 971	35,8
100 und mehr	734	90,5	53,4	136 801	20,5
Insgesamt	42 601	86,7	70,1	1 121 713	40,7

Die dargestellte Differenzierung nach Betriebsgrößenklassen zeigt, daß in Betrieben ab 30 ha LF die durchschnittlichen Bestandsgrößen bereits heute durchaus eine kostengünstige Milcherzeugung die etwa bei Beständen ab 20 Milchkühen beginnt, zulassen, wenn alle übrigen Voraussetzungen vom Betrieb her und von der Betriebsorganisation her gegeben sind. Die Bestandsgrößen in den Betrieben unter 20 ha LF reichen für eine rentable Milchproduktion wohl nur ausnahmsweise aus. Da in den Betrieben dieser Größenordnung nur selten die ökonomischen Voraussetzungen für eine Aufstockung der Flächen und Milchkuhbestände gegeben sein dürften, wird die Zahl dieser Haltungen voraussichtlich weiter stark abnehmen.

haltung angewiesen, wie kleinere Betriebe; auf der anderen Seite besitzen kleinere Betriebe, wenn keine Sonderkulturen oder ein anderer Intensivbetriebszweig vorhanden sind, mit ihrem relativ hohen Dauergrünlandanteil nicht nur gute Voraussetzungen zur Milchviehhaltung, sondern sie sind aus betriebswirtschaftlichen Gründen sogar auf sie angewiesen, um ein genügend großes Familieneinkommen erwirtschaften zu können - wenn auch oft mit großem Arbeitsaufwand der bäuerlichen Familie.

Der geringe Anteil milchviehhaltender Betriebe (36%) in der Betriebsgrößenklasse unter 10 ha LF ist durch die größere Zahl von Spezialbetrieben (Gärtnereien, Baumschulen, Obstbaubetriebe) sowie von Nebenerwerbsbetrieben mit extensiver Betriebsorganisation zu erklären. Der Anteil der Betriebe mit Dauergrünland ist hier ebenfalls verhältnismäßig niedrig. Andererseits ist der Dauergrünlandanteil an der LF im Durchschnitt aller Kleinbetriebe sehr hoch. Das heißt, Betriebe, die überhaupt Dauergrünland haben, haben oft ausschließlich oder überwiegend Dauergrünland. Diese Feststellungen und der geringe Anteil von Betrieben mit Milchkühen deuten darauf hin, daß es unter den Kleinbetrieben besonders viele Gräserbetriebe mit eigenen Mastrindern, häufig aber auch mit Pensionsvieh im Sommer gibt. Hinzu kommt eine Reihe von Betrieben mit ausschließlich Pferde- und Ponyhaltung.

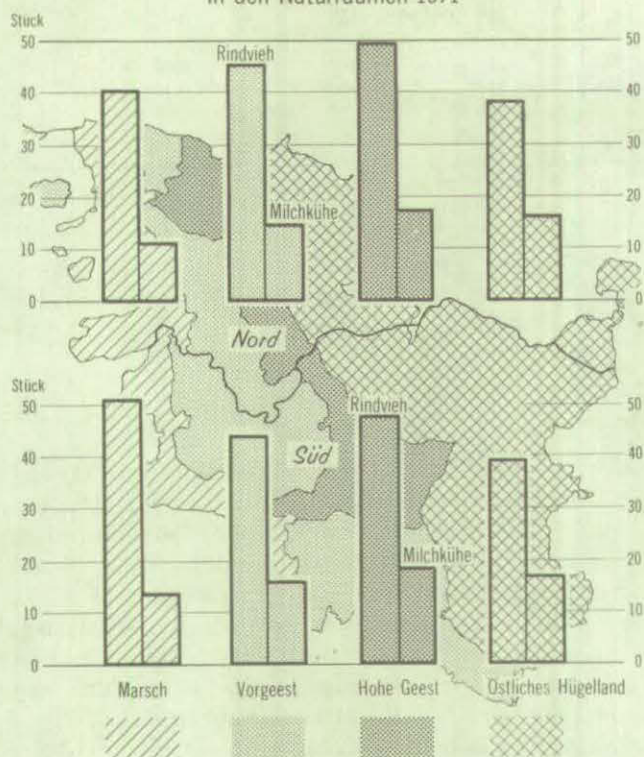
Die letzte Übersicht zeigt, daß die Unterschiede in der Verbreitung der Milchviehhaltung zwischen den acht Regionen des Landes nicht so stark sind, wie zwischen den Betriebsgrößenklassen im Landesdurchschnitt.

Allgemein nimmt die Verbreitung der Milchviehhaltung von Norden nach Süden ab. Fast 80% aller landwirtschaftlichen Betriebe in der nördlichen Marsch und auf der nördlichen Geest halten Milchkühe. Im südlichen Teil des Hügellandes dagegen hatten nur 65% der Betriebe Milchkühe.

Bemerkenswert ist schließlich, daß die Zahl der Milchkuhhaltungen mit 100 und mehr ha LF nur wenig zugenommen hat und die durchschnittliche Kuhzahl hier sogar rückläufig war. Diese Entwicklung ist so zu erklären, daß zwar eine Reihe von Betrieben mit Milchkuhhaltung von 1960 bis 1971 ihre landwirtschaftlich genutzte Fläche von weniger als 100 ha auf mehr als 100 ha vergrößert hat und damit in der obersten Betriebsgrößenklasse mitgezählt wird, daß andererseits eine Reihe von Großbetrieben (zumeist Betriebe in Ostholstein mit wenig absolutem Grünland) ihre teilweise beachtlich großen Milchkuhbestände aus ökonomischen Gründen oder auch wegen Mangel an guten Melkern abgeschafft und sich auf reine Ackerwirtschaft umgestellt haben. Von allen Betrieben mit 100 und mehr ha LF hielt 1971 nur noch gut die Hälfte Milchkühe. Der Dauergrünlandanteil betrug im Durchschnitt aller Betriebe dieser Größenklasse auch nur 20% gegenüber 40 bis 50% in den Betrieben unter 50 ha LF.

Auf der einen Seite sind also die Großbetriebe vom Dauergrünlandanteil her, der auch mit der geografischen Lage zusammenhängt (die meisten Großbetriebe liegen im Östlichen Hügelland) nicht so stark auf die Milchkuh-

0 - 4427 Die Rindvieh- und Milchkuhbestandsgrößen in den Naturräumen 1971



In der durchschnittlichen Bestandsgröße liegen die Milchkuhhaltungen der Marsch mit 11 und

Die Verbreitung der Rindvieh- und Milchviehhaltung in den Naturräumen

Naturraum	Landw. Betriebe mit LF insgesamt Anzahl	darunter Betriebe mit		
		Dauergrünland %	Rindvieh %	Milchkühen %
Nördl. Marsch	2 917	92,7	88,3	78,2
Südl. Marsch	3 532	89,0	82,9	67,3
Nördl. Hohe Geest	4 858	90,6	88,5	80,5
Südl. Hohe Geest	9 158	85,8	74,8	65,1
Nördl. Vorgeest	3 683	81,3	88,6	81,5
Südl. Vorgeest	3 131	90,8	80,6	71,9
Nördl. Hügelland	5 512	82,3	81,4	69,0
Südl. Hügelland	9 810	86,3	74,5	63,9

14 Kühen je Betrieb erheblich unter dem Landesdurchschnitt. Auch in der nördlichen Hohen Geest gibt es noch viele kleine Milchkuhhaltungen. In den übrigen Landschaften liegt die durchschnittliche Bestandsgröße zwischen 16 und 19 Kühen. Auch das Hügelland macht hier keine Ausnahme, da hier weniger die Großbetriebe sondern mehr die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe Milchvieh halten.

Dr. Matthias Sievers

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht C/Landwirtschaftszählung 1971 - 2 enthalten. Vergleiche auch: "Viehhaltung in den landwirtschaftlichen Betrieben (Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1971)" in Wirtschaft und Statistik 1972, S. 501 (September)

Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1971

Durch die Tiefbaustatistik werden die Auftragsvergaben der öffentlichen Hand für Tiefbaumaßnahmen ermittelt. Dabei bleiben Aufträge von Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern und solche mit einem Mindestwert von unter 25 000 DM außer Betracht. Trotz dieser Einschränkungen gibt die Tiefbaustatistik einen guten Überblick darüber, in welchem Umfang die Kapazität der Bauwirtschaft durch die öffentliche Hand für Bauvorhaben, die nicht schon durch die Hochbaustatistik erfasst werden, im jahreszeitlichen Ablauf in Anspruch genommen wird.

Die Aufträge werden in der Tiefbaustatistik gegliedert nach Bauherren und nach der Art der Tiefbauten. Bauherr ist diejenige Stelle, die die Baulast trägt, ohne Rücksicht darauf, in wessen Last die Unterhaltung des Bauwerks später einmal übergeht. Die Zuordnung eines Tiefbaus in eine der vorgesehenen Gruppen der Arten von Tiefbauten wird nach den

technischen Merkmalen vorgenommen und nicht nach der verwaltungsmäßigen Zuständigkeit. So ist z. B. der Bau eines Wirtschaftsweges im Zuge einer wasserwirtschaftlichen Maßnahme ein Straßenbau und kein wasserwirtschaftlicher Tiefbau. Wenn ein Auftrag mehrere Arten von Tiefbauten berührt, werden die auf die einzelnen Gruppen der Arten von Tiefbauten entfallenden Auftragsteile getrennt erfasst.

Rückläufige Entwicklung des Tiefbaus

Im Jahre 1971 wurden in Schleswig-Holstein Aufträge im Tiefbau in Höhe von 523 Mill. DM vergeben. Damit hatte der Tiefbau an der schleswig-holsteinischen Bauwirtschaft zwar immer noch einen bedeutenden Anteil, gegenüber dem Jahr davor ist aber ein ganz erheblicher Rückgang festzustellen, denn 1971 lagen die Auftragswerte um 162 Mill. DM oder

Auftragsvergaben im Tiefbau nach Bauherren und Tiefbauarten 1970 und 1971

Mill. DM

Bauherr	Auftragsvergaben im Tiefbau insgesamt		Straßenbauten		Straßenbrückenbauten		Tiefbauten an Bundeswasserstraßen		Wasserwirtschaftliche Tiefbauten		Sonstige Tiefbauten	
	1970	1971	1970	1971	1970	1971	1970	1971	1970	1971	1970	1971
Bund	310,2	182,7	155,9	59,4	44,6	26,1	39,7	56,4	3,4	2,0	66,7	39,0
Land	60,0	48,0	21,5	15,4	0,4	2,3	35,2	16,8	0,9	1,1	2,0	12,4
Gemeinden	213,7	183,6	89,4	85,9	8,6	4,0	10,5	7,9	82,6	66,1	22,7	19,7
Gemeindeverbände	65,3	79,6	23,6	26,2	0,8	1,5	0,1	-	40,3	50,0	0,6	1,9
Sonstige Bauherren	35,6	29,0	22,6	15,8	-	-	-	-	6,7	6,4	6,3	6,8
Insgesamt	684,9	523,0	312,9	202,7	54,4	33,9	85,5	81,1	133,8	125,5	98,3	79,8

24% unter dem Ergebnis von 1970. Damit war der Rückgang in Schleswig-Holstein etwa doppelt so stark wie im gesamten Bundesgebiet, in dem die Auftragswerte gegenüber 1970 um 12% niedriger lagen.

Diese rückläufige Entwicklung wurde vor allem durch die Einschränkung der Vergabetätigkeit des Bundes hervorgerufen, denn die vom Bund vergebenen Tiefbauaufträge lagen wertmäßig 1971 um 127 Mill. DM oder 41% unter den Werten von 1970. Dieser Wert von 1970 war allerdings durch die Aufträge für den Bau der Bundesautobahn außergewöhnlich hoch, so daß ein Vergleich der beiden Jahresergebnisse für 1971 ungünstig ausfallen muß. Daneben spielt auch eine Rolle, daß der Bund 1971 an einer Konjunkturdämpfung interessiert war und sich entsprechend zurückhaltend bei Auftragsvergaben verhielt. Auch das Land und die Gemeinden verhielten sich antizyklisch und trugen ihren Teil zur Konjunkturdämpfung bei. Nur die Gemeindeverbände steigerten ihre Auftragsvergaben im Vergleich zu 1970, und zwar um 18% auf rund 80 Mill. DM.

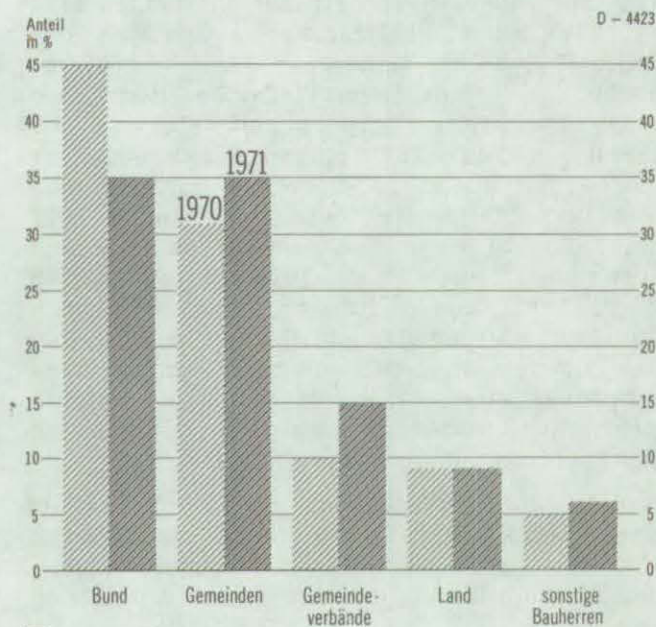
Die Gemeinden waren der größte Auftraggeber

Der größte Bauherr im Jahre 1971 waren in Schleswig-Holstein die Gemeinden mit über 5 000 Einwohnern, die auf ein Auftragsvolumen von rund 184 Mill. DM kamen und damit den Bauherrn Bund geringfügig übertrafen. Diese beiden Bauherren verzeichneten jeweils einen Anteil von 35% an den Auftragsvergaben im Tiefbau insgesamt. Fast die Hälfte der Auftragssumme der Gemeinden entfiel auf Straßenbauten, die heute vor allem deswegen einen solch großen Raum einnehmen, weil neben der üblichen Verbesserung und dem Ausbau des bestehenden Straßennetzes zusätzliche Straßenbauten erheblichen Umfangs erforderlich sind. Dies hängt mit den verstärkten Anstrengungen vieler Gemeindevertretungen zusammen, ihre Gemeinden durch Gewerbe-

gebiete, Wohn- und Siedlungsgebiete und - gerade in Schleswig-Holstein - Erholungszentren attraktiv zu machen. Da die notwendige Folge solcher Maßnahmen die Erweiterung und der Neubau von Ortskanalisationen und Kläranlagen einschließlich der Investitionen für die Wasserversorgung sind, ist es fast selbstverständlich, daß diese wasserwirtschaftlichen Tiefbauten mit einem Anteil von 36% an allen Tiefbauten gerade für die Gemeinden eine ganz erhebliche Bedeutung haben.

Auch beim Bund entfiel 1971 der größte Anteil der Auftragssumme auf Straßenbauten. Nur wenig geringer war die Bedeutung der Tiefbauten an Bundeswasserstraßen. Bei dieser Betrachtungsweise ist aber zu berücksichtigen, daß sich bei den Bauherren die Gewichte der Arten von Tiefbauten von Jahr zu Jahr doch erheblich verlagern können. So hatte beim Bund der Straßenbau 1970 einen Anteil von 50%

Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand nach dem Bauherrn



gegenüber 32% im Jahre 1970 und die Tiefbauten an Bundeswasserstraßen 1970 einen Anteil von 13% gegenüber 31% im Jahre danach. Hierbei kann die Größe der Objekte - man denke nur an den Bau einer Bundesautobahn - doch einen entscheidenden Ausschlag bei den einzelnen Jahresergebnissen bringen. Neben den Straßenbauten haben für den Bauherrn Bund auch die zu den Straßenverkehrsbauten gehörenden Straßenbrückenbauten inzwischen eine beachtliche Bedeutung erlangt. 1971 entfielen immerhin 14% der gesamten Auftragssumme auf diese Tiefbauart. Diese Entwicklung ist zweifellos darauf zurückzuführen, daß aus Gründen der Verkehrssicherheit immer mehr kreuzungsfreie Straßenverläufe geschaffen werden, wodurch häufiger Brückenbauten erforderlich sind.

Die Gemeindeverbände vergeben Aufträge ganz überwiegend für wasserwirtschaftliche Tiefbauten einschließlich Abwasseranlagen; 1971 betrug der Anteil dieser Tiefbauart 63%. Außerdem sind sie fast nur noch Bauherr für Straßenbauten, deren Anteil sich 1971 auf 33% belief. Das Land trat 1971 als Bauherr vorwiegend bei Tiefbauten an Bundeswasserstraßen (35%) und bei Straßenbauten (32%) auf. Insgesamt ist das Land nur mit 9% an allen Tiefbauaufträgen beteiligt. Mit dem Anteil als Bauherr von Tiefbaumaßnahmen ist nicht unbedingt etwas gesagt über den Anteil als Geldgeber für Tiefbaumaßnahmen. So ist das Land an der Finanzierung von Tiefbauten der Gemeinden und Gemeindeverbände in nicht unerheblichem Umfang durch Zuschüsse beteiligt.

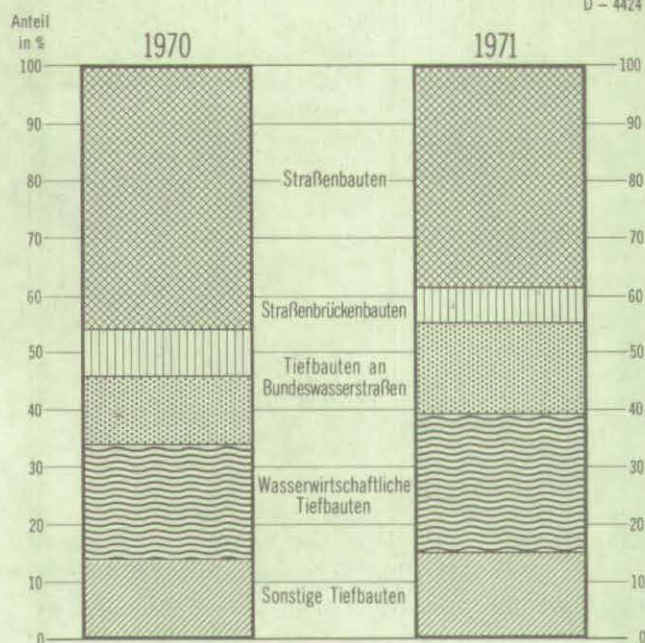
Straßenbaubereich ist vorherrschend

Vom gesamten Auftragsvolumen entfielen 1971 auf Straßenbauten und Straßenbrückenbauten 45%, auf wasserwirtschaftliche Tiefbauten 24%, auf Tiefbauten an Bundeswasserstraßen 16% und auf sonstige Tiefbauten 15%. Der Schwerpunkt des öffentlichen Tiefbaues liegt also ganz eindeutig im Straßenbaubereich. In den Jahren 1969 und 1970 gingen sogar über die Hälfte der Mittel in diesen Sektor. Da der Anteilswert des Straßenbaus im Jahre 1971 um 9 Punkte unter dem des Jahres 1970 und sogar um 12 Punkte unter dem des Jahres 1969 liegt, läßt sich schließen, daß die durch Haushaltskürzungen und Haushaltssperrungen des Bundes und der Länder bedingte Einschränkung der Vergabetätigkeit der öffentlichen Hand somit im wesentlichen zu Lasten des Straßen- und Straßenbrückenbaues ging.

Der größte Auftraggeber für Straßenbauten waren im Jahre 1971 die Gemeinden, die für 42% der Auftragssumme als Bauherr zeichneten. Dahinter folgte mit einem Anteil von

Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand nach der Baumaßnahme

D - 4424



29% der Bund. Bei Straßenbrückenbauten trat der Bund mit einem Anteil von 77% und bei den Tiefbauten an Bundeswasserstraßen mit einem Anteil von 70% an der jeweiligen Gesamtsumme als der eindeutig dominierende Bauherr auf. Die wasserwirtschaftlichen Tiefbauten werden dagegen fast ausschließlich, nämlich zu 93%, von den Gemeinden und Gemeindeverbänden vergeben.

Überwiegend Kleinaufträge

Neben den Merkmalen "Bauherr" und "Art der Tiefbauten" werden die Tiefbauaufträge auch noch nach ihrem Wert und nach der vorgesehenen Ausführungszeit untergliedert. Daraus läßt sich ablesen, daß 1971 fast die Hälfte der öffentlichen Vergaben Kleinaufträge mit einem Auftragswert von weniger als 100 000 DM waren, die wertmäßig nur knapp 11% des Auftragsvolumens ausmachten. Andererseits entfielen auf knapp 3% der Aufträge mit Millionenwerten gut ein Drittel der gesamten Auftragssumme. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Betrachtung der Aufträge nach der vorgesehenen Ausführungszeit. Danach kommen auf die kurzfristigen Aufträge mit einer vorgesehenen Ausführungszeit von unter drei Monaten, die über die Hälfte der Vergaben stellen, wertmäßig nur knapp 19% des Auftragsvolumens.

Daraus folgt wie zu erwarten, daß die langfristigen Aufträge im Durchschnitt wesentlich mehr kosten als die kurzfristigen. So lag der durchschnittliche Wert bei Aufträgen mit einer vorgesehenen Ausführungszeit von höchstens drei Monaten bei 94 000 DM, während

Auftragsvergaben im Tiefbau 1971 nach Wertgrößenklassen und Ausführungszeit

Vorgesehene Ausführungszeit	Auftragsvergaben insgesamt		davon mit einem Auftragswert von ... DM							
			unter 100 000		100 000 – 500 000		500 000 – 1 Mill.		1 Mill. und mehr	
	Anzahl	Mill. DM	Anzahl	Mill. DM	Anzahl	Mill. DM	Anzahl	Mill. DM	Anzahl	Mill. DM
bis 3 Monate	1 042	98	751	39	281	52	10	7	–	–
über 3 bis 6 Monate	651	138	221	14	368	79	56	36	6	8
über 6 bis 12 Monate	281	145	23	2	153	41	76	54	29	48
über 12 Monate	72	142	7	0	29	8	15	11	21	123
Insgesamt	2 046	523	1 002	55	831	181	157	108	56	179

die langfristigen Aufträge mit einer vorgesehenen Ausführungszeit von mehr als einem Jahr durchschnittlich rund 2 Mill. DM kosten. Selbst für die Aufträge mit einer veranschlagten Dauer von mehr als sechs Monaten ergibt sich noch ein Durchschnittswert von rund 810 000 DM.

Weitere Entwicklung im Jahre 1972

In den ersten neun Monaten des Jahres 1972 wurden in Schleswig-Holstein durch die öffentliche Hand Auftragsvergaben im Tiefbau in Höhe von 372,2 Mill. DM vergeben. Damit wurde das gleiche Ergebnis erzielt wie im vergleichbaren Vorjahreszeitraum, in dem das Auftragsvolumen 372,9 Mill. DM betragen hatte. Unter Berücksichtigung der nicht unerheblichen Preissteigerungen ist aber an realen Werten entsprechend weniger gebaut worden.

Während bei den Gemeinden, Gemeindeverbänden und dem Land eine rückläufige Tendenz festzustellen ist, hat der Bund seine Auftrags-

vergaben in den ersten drei Vierteljahren dieses Jahres gegenüber dem entsprechenden Zeitraum 1971 ganz erheblich gesteigert. Dadurch ist der Bund nach dem bisherigen Verlauf der Tiefbauvergaben der größte Auftraggeber mit einem Anteil von 37% am Gesamtvolumen. Nur knapp dahinter folgen die Gemeinden mit einem Anteil von 36%.

Vom gesamten Auftragsvolumen der ersten neun Monate 1972 entfiel die Hälfte auf den Straßenbaubereich, und zwar 41% auf Straßenbauten und 9% auf Straßenbrückenbauten. Nach der Auftragssumme wurde damit im Straßenbaubereich mit 185,6 Millionen das gleiche Ergebnis wie in den ersten neun Monaten des Vorjahres (185,2 Mill. DM) erzielt. Neben dem Straßenbaubereich sind noch die wasserwirtschaftlichen Tiefbauten mit einem Anteil von 26% von wesentlicher Bedeutung.

Peter Möller

Vergleiche auch: "Die Auftragsvergaben der öffentlichen Hand im Tiefbau (1967 – 1969)" in dieser Zeitschrift 1970, S. 225 (Oktober) und "Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1970 und 1971" in Wirtschaft und Statistik 1971, S. 182 (März) und 1972, S. 180 (März)

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1–5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

– = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt

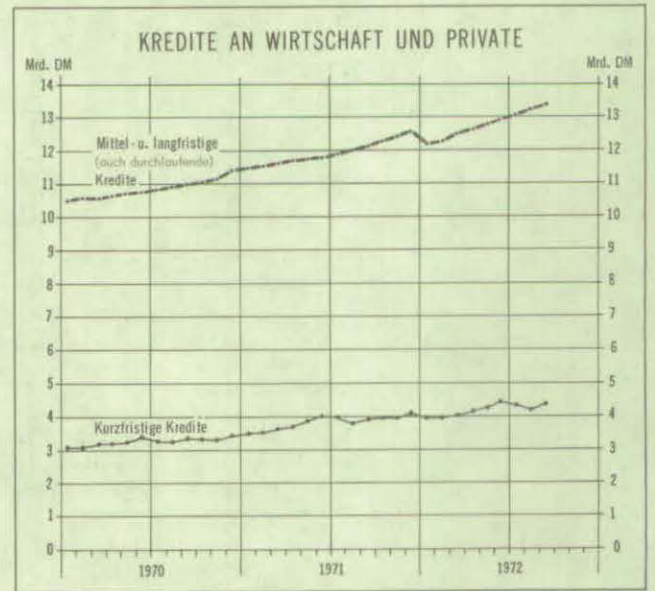
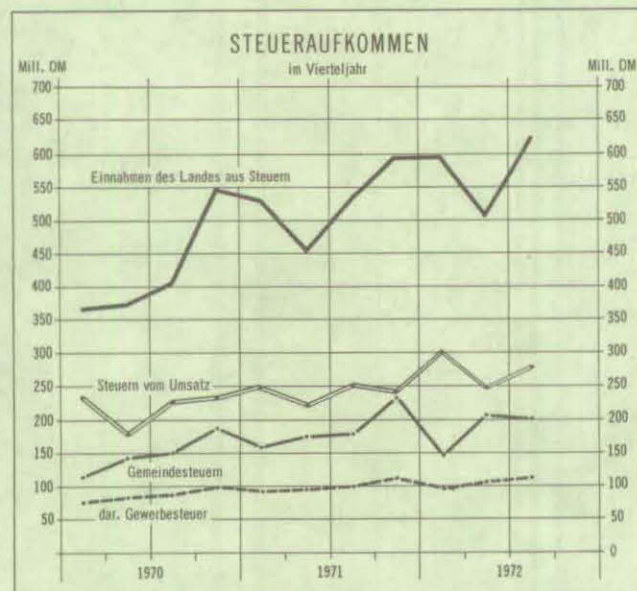
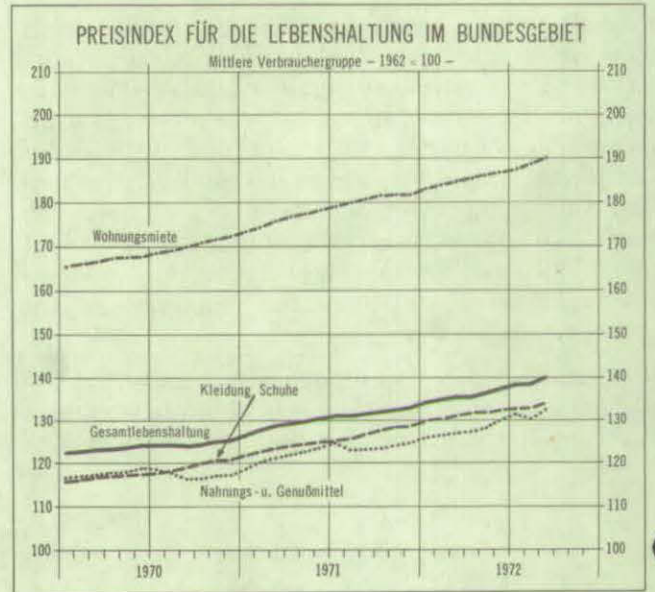
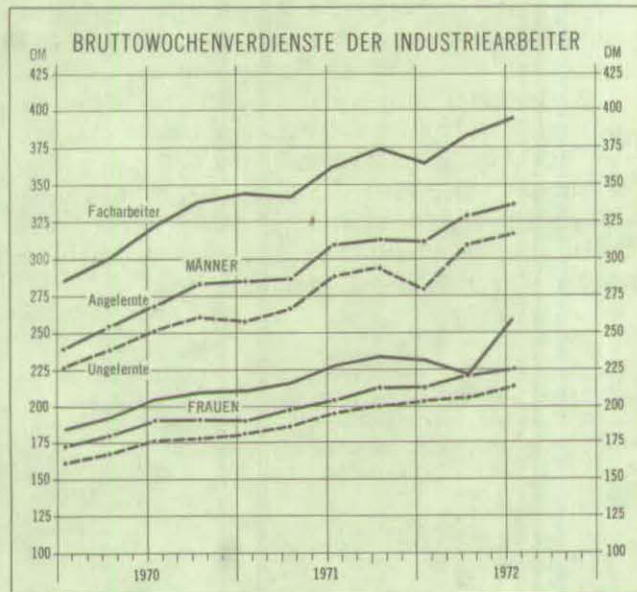
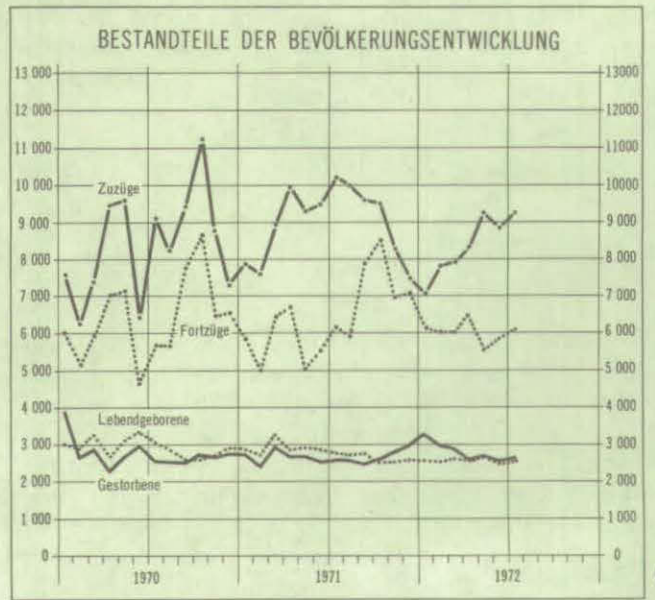
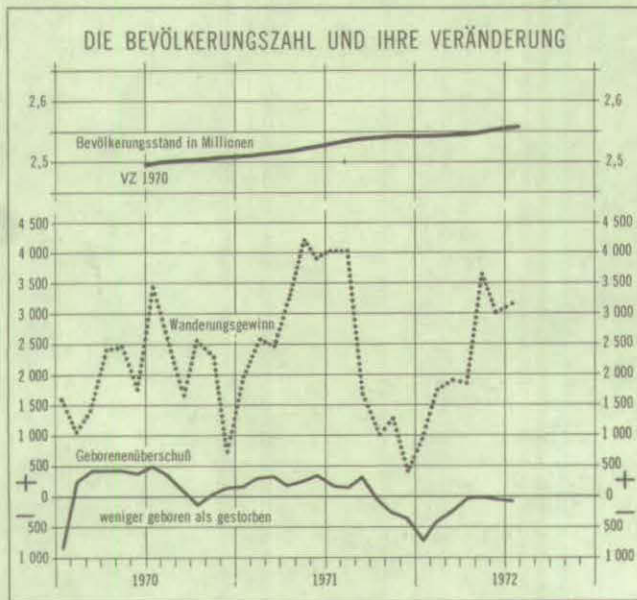
oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

Angabe noch der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.



STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

24. Jahrgang . Heft 11/12 . November/Dezember 1972

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

Diesmal zusätzlich
Erweiterte Kreiszahlen
(Einheitliches Programm
der Statistischen Landesämter)

		1970	1971	1971			1972			
			Monats- durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 494 ^a	2 529	2 535	2 539	2 541	2 555
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 548	1 473	1 966	1 970	1 439	1 520	1 569	1 783	...
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	7,5	7,0	9,1	9,2	6,9	7,2	7,2
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 930	2 794	2 761	2 735	2 773	2 517	2 551	2 433	...
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	14,1	13,3	12,8	12,7	13,3	12,0	11,8
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 749	2 663	2 587	2 573	2 464	2 566	2 625	2 553	...
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	13,2	12,6	12,0	12,0	11,8	12,2	12,1
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	65	57	68	53	53	48	49	49	...
	je 1 000 Lebendgeborene	22,2	20,5	24,6	19,4	19,1	19,1	19,2	20,1	...
* Überschuss der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	+ 181	+ 131	+ 174	+ 162	+ 309	- 49	- 74	- 120	...
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,5	- 0,2	- 0,3
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	8 382	9 013	10 180	9 992	9 579	8 840
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 381	6 425	6 131	5 947	7 868	5 841
* Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 2 001	+ 2 588	+ 4 049	+ 4 045	+ 1 711	+ 2 999
* Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	9 788	10 288	10 479	11 683	10 938	9 340
Wanderungsfälle	Anzahl	24 551	25 726	26 790	27 622	28 385	24 021
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	165	171	173	183	188	159
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	8	9	6	7	7	9	9	9	9
darunter * Männer	1 000	5	5	3	3	3	4	4	5	5
Offene Stellen	1 000	24	22	23	23	21	21	20	20	19
darunter für Männer	1 000	15	13	14	14	14	12	12	12	12
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 407 ^b	1 364 ^b	.	.	.	1 459	.	.	.
darunter * Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	493 ^b	477 ^b	.	.	.	464	.	.	.
* Schweine	1 000	1 774 ^b	1 667 ^b	.	.	1 802	1 732	.	.	1 769
darunter * Zuchtsauen	1 000	183 ^b	169 ^b	.	.	175	171	.	.	169
darunter * trächtig	1 000	112 ^b	106 ^b	.	.	109	110	.	.	102
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	34	35	31	35	49	23	23	30	30
* Kälber	1 000 St.	3	2	1	1	1	2	2	2	1
* Schweine	1 000 St.	200	209	203	210	202	196	200	207	208
darunter * Hausschlachtungen	1 000 St.	9 ^c	9 ^d	3	3	3	3	3	3	3
* Schlachtmengen 5) aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	25,9	25,1	23,6	24,9	27,9	21,8	22,1	24,6	25,2
darunter * Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	8,3	8,5	7,3	7,8	11,2	5,7	5,7	7,4	7,8
* Kälber	1 000 t	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	17,4	16,4	16,2	16,9	16,5	15,8	16,2	16,9	17,2
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	241	243	237	228	232	251	250	248	259
Kälber	kg	61	66	71	78	70	76	73	87	92
Schweine (ab Januar 1971 neue Berechnungsgrundlage, Vergleichbarkeit mit früheren Zahlen eingeschränkt)	kg	91	82	81	82	83	82	82	83	84
Geflügel										
Eingelegte Bruteier 6)	1 000	497	580	509	551	577	470	481	518	440
* für Legehennenküken	1 000	911	825	880	841	898	954	965	907	696
* für Masthühnerküken	1 000	911	825	880	841	898	954	965	907	696
* Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	803	755	894	917	720	910	859	944	900
* Milcherzeugung										
1 000 t	178	174	192	156	115	216	188	156	120	
darunter * an Meiereien geliefert	%	92	92	93	93	91	94	93	91	
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,6	11,8	12,7	10,4	7,9	15,1	12,7	10,5	8,4

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Ergebnis der Volkszählung vom 27. 5. 1970

b) Dezember c) Winterhalbjahr 1970/71 = 16

d) Winterhalbjahr 1971/72 = 12

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1971			1972			
		Monats- durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Industrie und Handwerk										
Industrie⁸⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) darunter *Arbeiter 9)	1 000 1 000	191 145	191 143	191 143	192 144	192 144	188 140	r 188 140	188 140	189 140
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	24 110	23 229	21 060	21 618	23 778	22 862	20 457	20 677	22 557
*Löhne (brutto)	Mill. DM	157,2	173,7	183,9	178,5	176,8	189,5	190,4	193,7	184,8
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	66,6	75,8	78,5	75,9	74,3	85,8	85,6	84,9	83,2
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	33	26	27	20	22	22	17	15	16
*Gasverbrauch ¹¹⁾	Mill. Ncbm	23,9	25,4	21,3	23,4	20,6	24,5	21,1	21,8	24,5
*Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. Ncbm	11,2	8,3	9,2	8,5	5,5	8,2	8,4	7,3	7,9
*Erd- und Erdölgas	Mill. Ncbm	12,7	17,1	12,1	15,0	15,1	16,3	12,7	14,5	16,7
*Heizölverbrauch	1 000 t	94	94	84	81	89	88	r 83	82	91
*Leichtes Heizöl	1 000 t	19	19	14	11	15	15	r 13	13	17
*schweres Heizöl	1 000 t	75	75	70	69	74	72	r 70	69	74
*Stromverbrauch	Mill. kWh	156	160	149	147	162	167	155	157	156
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	37	34	30	30	32	31	31	32	32
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) ¹²⁾	Mill. DM	1 070	1 197	1 151	1 051	1 320	1 303	1 111	1 289	1 306
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	144	165	139	130	250	187	141	310	189
Produktionsindex (arbeitstäglich)										
*Gesamtindustrie	1962=100	163	169	150	144	166	178	156	144	174
*Bergbau	1962=100	118	119	123	118	119	112	107	107	105
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1962=100	201	198	173	158	193	198	171	167	194
*Investitionsgüterindustrie	1962=100	179	183	159	150	176	195	166	147	183
*Verbrauchsgüterindustrie	1962=100	173	191	159	160	194	207	186	164	217
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1962=100	123	131	124	124	129	138	125	117	134
außerdem										
Produktionsindex für die Bauindustrie	1962=100	126	135	138	140	152	148	135	127	151
Handwerk (Meßziffern)¹³⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30.9. 1962=100	96	95	.	.	96	94
*Umsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1962=100	151	171	.	.	177	179
darunter *Handwerksumsatz	Vj. -D 1962=100	155	178	.	.	185	184
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	219	272	211	199	236	256	233	209	237
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	449	488	417	432	460	463	453	476	503
*Gaserzeugung (brutto) ¹¹⁾	Mill. Ncbm	16	18	10	10	13	12	10	11	15
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	62 480	63 049	64 225	64 806	64 392	61 407	61 654	62 026	61 330
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 238	8 713	9 434	9 550	10 288	9 487	8 253	8 517	9 203
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 414	3 766	3 898	4 055	4 581	4 238	3 553	3 652	4 147
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	964	1 258	1 232	1 274	1 364	1 568	1 314	1 363	1 388
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 616	3 484	4 106	3 998	4 103	3 525	3 228	3 317	3 455
*Löhne (brutto)	Mill. DM	66,1	78,2	89,7	89,7	93,7	95,5	84,0	87,2	91,0
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	7,0	8,4	8,4	8,6	8,4	9,3	9,3	9,3	9,6
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	176,7	217,3	236,5	210,4	263,7	241,9	298,2	300,1	261,1

8) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

9) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

10) einschließlich gewerblicher Lehrlinge

11) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

12) umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 kcal/Ncbm

13) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

14) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1971			1972			
				Monats- durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	884	977	1 240	1 197	1 274	1 277	1 154	1 022	1 054
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	787	865	1 145	1 045	1 109	1 102	1 056	893	947
*umbauter Raum	1 000 cbm	911	1 096	1 185	1 284	1 268	1 777	1 174	1 166	1 069
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	115 158	157 576	167 455	183 157	186 895	290 832	183 419	186 356	178 540
*Wohnfläche	1 000 qm	174	209	228	242	237	338	217	218	192
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)										
*umbauter Raum	1 000 cbm	794	898	846	935	625	923	835	1 170	894
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	75 158	72 917	93 147	134 384	73 745	111 843	54 902	150 158	100 384
*Nutzfläche	1 000 qm	142	126	159	173	121	178	138	205	164
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 357	2 880	3 266	3 128	3 001	5 201	2 762	2 797	2 517
Baufertigstellungen										
Wohnungen	Anzahl	1 837	2 356	1 285	1 090	1 176	1 191	1 328	1 052	1 903
Wohnräume ¹⁴⁾	Anzahl	7 782	9 876	5 700	5 019	5 182	5 379	5 777	4 202	7 499
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	180,5	214,6	213,9	177,7	305,9	202,0	357,2	211,9	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	23,8	29,2	20,0	30,6	31,1	22,2	18,2	27,2	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	156,7	185,4	193,9	147,2	274,8	179,8	339,1	184,7	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	3,9	3,7	3,5	3,0	3,8	5,3	2,7	4,4	...
*Halbwaren	Mill. DM	12,8	11,5	11,4	13,0	10,8	10,9	10,4	10,4	...
*Fertigwaren	Mill. DM	140,1	170,2	178,9	131,2	260,1	163,5	325,5	169,9	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	14,3	15,7	15,7	13,8	17,3	19,0	13,6	15,3	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	125,8	154,5	163,2	117,4	242,8	144,6	311,9	154,7	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	54,2	65,4	61,6	52,5	63,0	64,1	52,9	73,5	...
darunter Italien	Mill. DM	14,8	19,9	19,3	20,3	18,3	15,6	14,3	35,3	...
Niederlande	Mill. DM	18,9	21,9	20,8	16,2	23,2	21,8	17,0	18,0	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	55,3	58,6	45,8	41,8	67,7	57,7	163,9	48,4	...
darunter Dänemark	Mill. DM	11,2	17,0	12,6	11,6	24,8	19,9	24,5	13,9	...
Großbritannien	Mill. DM	12,7	12,6	8,4	7,3	6,6	7,2	110,5	8,2	...
Norwegen	Mill. DM	8,5	3,9	3,1	2,8	4,3	3,7	5,3	5,6	...
Schweden	Mill. DM	8,8	8,3	6,1	6,2	7,6	9,4	6,3	5,5	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	32 072	32 015	29 407	29 607	36 359
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	36 673	36 934	31 532	36 154	45 682
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100
*Index der Gastgewerbesumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100
Fremdenverkehr in 135 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	189	190	499	434	210	p 313	p 488	p 402	p 206
darunter *von Auslandsgästen	1 000	20	19	52	37	19	p 26	p 50	p 35	p 20
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 514	1 546	5 204	5 253	1 841	p 2 769	p 5 385	p 4 914	p 1 752
darunter *von Auslandsgästen	1 000	41	40	112	91	42	p 57	p 119	p 92	p 42
Verkehr										
Seeschifffahrt¹⁵⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 090	1 015	1 151	1 071	1 123	1 105
Güterversand	1 000 t	301	283	225	341	307	272
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	259	253	253	267	246	252	229	255	261
*Güterversand	1 000 t	373	387	457	441	452	443	407	462	407
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	7 817	8 001	8 603	5 513	7 542	10 037	7 661	6 449	...
*Personenkraftwagen 16)	Anzahl	24	36	52	34	28	112	110	84	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	6 925	7 126	7 744	4 765	6 554	8 919	6 740	5 665	...
	Anzahl	502	471	447	317	455	622	428	271	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 404	1 436	1 737	1 720	1 547	1 696	1 844	p 1 703	p 1 542
*Getötete Personen	Anzahl	74	76	104	73	71	75	83	p 74	p 69
*Verletzte Personen	Anzahl	1 933	1 972	2 416	2 458	2 111	2 377	2 563	p 2 420	p 2 008

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 15) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge 16) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1971			1972			
			Monats- durchschnitt ^{e)}	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁷⁾										
*Kredite 18) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	16 502	17 984	17 589	17 548	17 749	19 304	19 375	19 447	...
darunter										
*Kredite 18) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	.	17 280	.	.	.	18 574	18 659	18 715	...
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	.	3 933	.	.	.	4 361	4 258	4 132	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	.	3 904	.	.	.	4 327	4 216	4 114	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	.	29	.	.	.	35	42	18	...
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	.	1 432	.	.	.	1 529	1 541	1 541	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	.	1 358	.	.	.	1 442	1 452	1 451	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	.	74	.	.	.	87	90	90	...
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	.	11 915	.	.	.	12 684	12 860	13 041	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	.	10 222	.	.	.	10 841	10 973	11 134	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	.	1 693	.	.	.	1 843	1 887	1 908	...
*Einlagen und aufgenommenen Kredite ¹⁸⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	11 288	14 258	11 924	12 162	12 132	14 921	15 168	15 522	...
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	5 478	7 764	5 910	6 079	6 018	8 135	8 340	8 621	...
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 870	4 487	4 266	4 392	4 361	4 735	4 922	5 032	...
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 608	3 277	1 643	1 686	1 657	3 399	3 418	3 589	...
*Spareinlagen	Mill. DM	5 810	6 495	6 015	6 083	6 115	6 786	6 828	6 901	...
*bei Sparkassen	Mill. DM	3 686	4 049	3 767	3 807	3 821	4 179	4 200	4 243	4 263
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	318	353	392	331	345	329
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	274	296	380	263	314	272
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	12	12	4	12	10	16	4	11	14
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1	0,7	-	-	-	1	1	-	1
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	449	357	394	371	320	446
*Wechselaumme	Mill. DM	1,136	1,064	1,073	0,987	1,122	1,363
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	224 573	266 929	221 807	234 283	351 764	348 389	260 433	265 171	410 745
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	152 308	186 345	138 219	146 724	272 751	264 975	162 849	168 551	326 223
*Lohnsteuer 19)	1 000 DM	97 946	126 774	113 234	136 918	134 225	108 800	134 203	154 895	146 280
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	40 050	45 774	17 715	2 837	108 782	129 026	18 140	8 921	149 608
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 613	1 651	2 879	839	1 307	2 003	3 548	1 035	1 286
*Körperschaftsteuer 19)	1 000 DM	12 899	12 147	4 392	6 130	28 437	25 146	6 958	3 701	29 049
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	72 265	80 583	83 588	87 559	79 012	83 415	97 585	96 620	84 521
*Umsatzsteuer	1 000 DM	52 564	59 882	60 134	65 594	59 444	61 375	72 892	74 836	64 000
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	19 701	20 702	23 455	21 965	19 569	22 040	24 692	21 784	20 522
*Bundessteuern	1 000 DM	84 313	90 364	84 353	79 815	88 663	88 670	87 050	79 763	90 370
*Zölle	1 000 DM	8 419	9 428	8 613	8 410	9 201	11 227	9 219	9 842	11 663
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	70 830	75 362	71 383	67 747	71 612	70 109	74 458	66 399	71 853
*Landessteuern	1 000 DM	24 387	25 763	21 909	33 696	20 519	23 925	25 836	36 869	22 385
*Vermögensteuer	1 000 DM	5 607	5 272	876	13 353	804	1 620	829	13 367	1 492
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	13 205	14 462	15 346	13 470	13 398	16 411	17 928	15 409	14 643
*Biersteuer	1 000 DM	988	1 013	1 187	1 354	1 318	1 150	1 182	1 332	1 261
*Gemeindesteuern im Vierteljahr	1 000 DM	125 325 ⁺	140 471 ⁺	.	.	.	150 740	.	.	.
*Grundsteuer A 20)	1 000 DM	7 232 ⁺	6 949 ⁺	.	.	.	7 658	.	.	.
*Grundsteuer B 21)	1 000 DM	21 027 ⁺	22 200 ⁺	.	.	.	25 380	.	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) 22)	1 000 DM	74 721 ⁺	86 515 ⁺	.	.	.	91 955	.	.	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	10 846 ⁺	12 259 ⁺	.	.	.	13 293	.	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	202 059	227 530	219 492	189 289	260 202	258 729	228 058	208 201	287 750
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	62 305	74 647	59 943	48 182	116 230	115 840	58 195	65 578	142 400
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	50 586	56 408	58 512	61 291	55 309	54 220	63 713	62 859	54 981
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	4 855	6 110	16 685	.	.	.	19 100	.	.
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	140 434	174 664	159 438	183 433	186 117	170 851	190 687	185 649	247 967
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	69 857	86 188	59 943	61 314	116 230	115 840	80 627	78 486	142 400
*Anteil an den Steuern vom Umsatz 23)	1 000 DM	41 334	56 603	60 902	68 424	49 369	31 088	65 124	70 294	83 182
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	4 855	6 110	16 685	.	.	.	19 100	.	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	147 429 ⁺	185 026 ⁺	.	.	.	205 449	.	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 24)	1 000 DM	52 182 ⁺	43 261 ⁺	.	.	.	58 024	.	.	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	44 644 ⁺	87 810 ⁺	.	.	.	88 640	.	.	.

Fußnoten siehe nächste Seite

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1971			1972			
			Monats- durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	107,2	106,7	106,7	105,3	104,2	105,0	104,6	105,6	107,1
Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	1962=100	116,6	121,6	122,1	122,2	121,9	124,1	124,3	124,8	125,2
Grundstoffpreise 25)	1962=100	104,3	105,2	105,7	105,7	105,4	108,3	108,5	109,4	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte 25)	1962=100	107,5	112,5	113,0	113,0	113,1	115,7	116,0	116,3	117,1
landwirtschaftlicher Produkte 25)	1961/63=100	98,1	106,5	99,2	100,2	102,4	112,5	113,1	113,9	115,4
*Preisindex für Wohngebäude,										
Bauleistungen am Gebäude 26)	1962=100	147,4	162,7	.	165,3	.	.	.	175,9	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher										
Betriebsmittel (Ausgabenindex) 25)	1962/63=100	110,8	116,5	113,9	114,0	114,5	120,5	120,2	120,2	121,0
Einzelhandelspreise	1962=100	112,5	118,0	118,5	118,2	118,8	123,3	123,8	123,6	125,0
*Preisindex für die Lebenshaltung 27)										
darunter für	1962=100	123,7	130,4	131,2	131,1	131,7	137,4	138,5	138,5	140,0
*Nahrungs- und Genußmittel										
Kleidung, Schuhe	1962=100	117,4	122,6	124,5	123,1	123,1	130,0	131,5	130,6	132,8
Wohnungsmieten	1962=100	118,0	125,2	125,0	125,5	126,8	132,3	132,7	133,1	134,3
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1962=100	168,5	178,5	179,2	180,0	180,8	187,0	187,9	189,0	190,0
übrige Waren und Dienstleistungen	1962=100	124,4	131,0	129,9	130,1	131,9	137,5	138,3	139,4	140,9
für die Haushaltsführung	1962=100	114,1	120,6	121,1	121,3	122,3	126,1	126,4	126,6	127,4
Löhne und Gehälter 28)										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	297	337	342	.	.	.	374	.	.
darunter *Facharbeiter	DM	318	359	362	.	.	.	395	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	178	198	200	.	.	.	220	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	173	193	196	.	.	.	214	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	6,55	7,48	7,54	.	.	.	8,41	.	.
darunter *Facharbeiter	DM	6,98	7,94	7,97	.	.	.	8,94	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	4,32	4,83	4,90	.	.	.	5,47	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	4,17	4,68	4,76	.	.	.	5,31	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	45,3	45,0	45,3	.	.	.	44,4	.	.
weibliche Arbeiter	Std.	41,2	41,0	40,9	.	.	.	40,2	.	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	41,3	40,0	37,5	.	.	.	36,3	.	.
weibliche Arbeiter	Std.	36,8	35,0	29,7	.	.	.	30,6	.	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 453	1 638	1 651	.	.	.	1 790	.	.
*weiblich	DM	946	1 076	1 090	.	.	.	1 201	.	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 579	1 765	1 785	.	.	.	1 935	.	.
*weiblich	DM	966	1 088	1 099	.	.	.	1 226	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 270	1 412	1 419	.	.	.	1 547	.	.
*weiblich	DM	795	884	896	.	.	.	962	.	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 437	1 598	1 592	.	.	.	1 738	.	.
weiblich	DM	(911)	(991)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 329	1 484	1 491	.	.	.	1 625	.	.
weiblich	DM	839	938	951	.	.	.	1 026	.	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 572	1 755	1 775	.	.	.	1 923	.	.
weiblich	DM	965	1 085	1 097	.	.	.	1 225	.	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

17) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

18) einschließlich durchlaufender Kredite

19) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

20) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

21) einschließlich Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten

22) Gewerbesteuerzuschüsse abgeglichen

23) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28. 8. 1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30. 1. 1970

24) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

25) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

26) nur Neubau

27) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit - 1962 - rund 750 DM monatlicher Lebenshaltungsausgaben

28) Effektivverdienste

e) Bestandszahlen bei Geld und Kredit: Stand 31. 12.

f) Wirtschaftsjahr 1970/71 (Juli-Juni)

g) Wirtschaftsjahr 1971/72 (Juli-Juni)

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen ¹⁾ in 1 000	fertiggestellte Wohnungen ¹⁾		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EWG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau in %						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	Auslandsgäste
	Mill. DM								in 1 000			
1967	25	26	39	847 ^a	1 541	445	525	1 385	2 032	240	14 917	479
1968	24	24	29	845 ^a	1 905	545	667	1 722	2 048	238	15 602	473
1969	28	23	24	868 ^a	2 159	656	707	1 901	2 151	235	16 856	466
1970	27	21	19	889 ^a	2 166	651	664	1 880	2 256	236	18 079	489
1971	33	27	17	916 ^a	2 576	785	703	2 226	2 273	232	18 517	485

Jahr	Kfz-Bestand am 1.7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spareinlagen am 31.12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	in 1 000											
1967	569	12	451	37	14 297	742	19 243	4 158	112,6	40,3	37,5	13,5
1968	596	10	478	38	14 877	769	20 246	4 744	117,8	39,7	34,0	12,7
1969	636	8	516	39	15 153	778	20 619	5 295	124,3	41,4	31,7	11,6
1970	698	7	573	42	16 851	882	23 200	5 810	148,4	49,3	32,7	13,1
1971	754	6	626	44	17 233	915	23 668	6 495	175,7	59,8	...	17,0

Jahr	Steuern								Neuverschuldung ⁵⁾			
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
	Mill. DM											
1967	1 962	1 059	452	686	1 292	616	552	706	321	2 136	1 429	1 074
1968	1 964	1 161	479	586	1 442	701	571	749	340	2 361	1 461	1 089
1969	2 308	1 354	559	805	1 649	869	586	795	409	2 431	1 580	1 100
1970	2 425	1 685	590	867	1 805	1 152	481	850	342	2 641	1 734	1 209
1971	2 730	2 096	740	967	2 060	1 484	549	904	395	2 823	1 992	1 428

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise		für Wohngebäude 1962=100	für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1962=100		Industriearbeiter ⁹⁾		Angestellte in Industrie ⁹⁾ und Handel		öffentlicher Dienst		
	industrieller Produkte ⁷⁾ 1962=100	landwirtschaftlicher Produkte ⁷⁾⁸⁾ 1961/63=100		insgesamt	Nahrungs- und Genussmittel	Männer	Frauen	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾
			kaufmännische Angestellte					techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)		
	DM											
1967	104,9	99,8	115,9	114,4	112,0	223	135	1 048	658	1 248	1 298	922
1968	99,3	102,6	120,8	116,1	111,1	235	143	1 110	705	1 284	1 348	953
1969	101,5	106,2	127,2	119,3	114,2	259	157	1 208	758	1 398	1 449	1 021
1970	107,5	98,1	147,4	123,7	117,4	297	178	1 329	839	1 572	1 589	1 133
1971	112,5	...	162,7	130,4	122,6	337	198	1 484	938	1 755	1 724	1 236

- 1) nur Errichtung neuer Gebäude
 2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres)
 3) einschließlich Kombinationskraftwagen
 4) ohne Postspareinlagen
 5) ohne Kassenkredite
 6) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes
 7) ab 1968 ohne Umsatz(Mehrwert)steuer
 8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni
 9) einschließlich Hoch- und Tiefbau
 10) Endgehalt, Ortsklasse A, Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

a) auf der Grundlage der Wohnungszählung 1968 fortgeschrieben

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. 6. 1972			Bevölkerungsveränderung im Juni 1972			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im September 1972 (vorläufige Zahlen)		
	ins- gesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vor- monat	Vor- jahres- monat 1)						
		in %							
FLENSBURG	94 497	- 0,2	- 0,9	- 33	- 117	- 150	51	2	66
KIEL	269 676	+ 0,1	- 0,5	- 9	369	360	136	2	156
LÜBECK	238 910	- 0,0	- 0,4	- 24	18	- 6	137	5	164
NEUMÜNSTER	86 519	+ 0,1	+ 0,4	28	29	57	43	3	49
Dithmarschen	133 426	+ 0,0	- 0,1	- 15	50	35	92	2	119
Flensburg-Land	74 453	+ 0,0	+ 2,2	- 1	26	25	37	3	46
Hzgt. Lauenburg	146 890	+ 0,1	+ 1,6	- 17	172	155	82	6	98
Nordfriesland	160 975	+ 0,3	+ 0,5	-	547	547	95	7	138
Ostholstein	183 558	+ 0,4	+ 1,5	3	681	684	133	4	194
Pinneberg	248 926	+ 0,1	+ 1,7	12	244	256	156	5	208
Plön	110 286	- 0,1	+ 1,4	1	- 105	- 104	62	3	84
Rendsburg-Eckernförde	229 306	+ 0,1	+ 1,5	7	195	202	144	9	180
Schleswig	101 314	+ 0,1	+ 0,6	3	114	117	55	2	77
Segeberg	178 538	+ 0,3	+ 3,9	3	523	526	125	7	173
Steinburg	133 062	+ 0,0	+ 0,3	- 32	54	22	88	4	121
Stormarn	164 577	+ 0,1	+ 1,9	25	199	224	106	5	135
Schleswig-Holstein	2 554 913	+ 0,1	+ 1,0	- 49	2 999	2 950	1 542	69	2 008

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾				Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1972		
	Betriebe am 31. 8. 1972	Beschäftigte am 31. August 1972		Umsatz ⁴⁾ im August 1972 in Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
		Anzahl	je 1 000 Einwohner			Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	69	8 443	89	49	25 745	23 405	248
KIEL	143	31 935	119	243	73 177	66 398	246
LÜBECK	145	29 657	124	136	59 693	53 403	224
NEUMÜNSTER	75	10 537	122	47	25 150	22 442	259
Dithmarschen	61	6 306	47	83	44 851	34 648	260
Flensburg-Land	31	962	13	7	27 411	21 084	283
Hzgt. Lauenburg	99	9 455	64	44	44 394	37 088	252
Nordfriesland	45	2 605	16	30	55 287	43 594	271
Ostholstein	74	6 029	33	33	56 544	46 199	252
Pinneberg	231	24 169	97	148	75 556	65 787	264
Plön	42	2 611	24	18	37 745	30 495	277
Rendsburg-Eckernförde	126	11 454	50	71	73 916	59 445	259
Schleswig	37	3 433	34	46	33 806	26 388	260
Segeberg	172	13 876	77	93	67 613	56 237	315
Steinburg	94	11 226	84	74	42 178	33 799	254
Stormarn	124	15 499	94	167	53 147	45 687	278
Schleswig-Holstein	1 568	188 197	74	1 289	796 213	666 099	261

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 6. 1972

2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. März 1972			Offene Stellen am 31. 8. 1972 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 30. 6. 1972 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im August 1972			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3. 6. 1972	Rindvieh am 3. 6. 1972	
		VZ 1961	31. 3. 1971							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %									
Schleswig-Holstein	2 546	+ 9,9	+ 1,1	20	36	156	92,9	10,5	1 732	1 459	464
Hamburg	1 778	- 3,0	- 0,8	19	62	1	94,0	9,7	16	17	4
Niedersachsen	7 187	+ 8,2	+ 0,7	52	138	375	90,8	12,2	5 753	2 904	974
Bremen	739	+ 4,6	+ 2,0	8	19	2	78,0	11,4	8	18	5
Nordrhein-Westfalen	17 149	+ 7,8	+ 0,6	164	652	253	93,6	11,6	4 243	1 914	689
Hessen	5 501	+ 14,3	+ 1,1	60	274	119	81,5	11,5	1 323	913	335
Rheinland-Pfalz	3 681	+ 7,7	+ 0,5	30	77	83	85,2	10,7	708	698	252
Baden-Württemberg	9 085	+ 17,1	+ 1,1	110	570	213	78,6	9,6	2 085	1 758	710
Bayern	10 712	+ 12,6	+ 1,1	108	380	618	83,2	10,5	4 128	4 364	1 901
Saarland	1 121	+ 4,5	- 0,0	6	30	10	80,6	12,0	76	75	28
Berlin (West)	2 076	- 5,5	- 1,6	20	81	0	23,8	15,1	.	.	.
Bundesgebiet	61 576	+ 9,6	+ 0,7	596	2 317	1 832	86,4	10,9	20 070	14 121	5 361

Land	Industrie ¹⁾				Produktions- Index ³⁾ 1962=100 im Juli 1972	Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Juni 1972			
	Beschäftigte am 31. 7. 1972		Umsatz ²⁾ im Juli 1972			Beschäftigte am 30. 6. 1972		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Mill. DM	Aus- lands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
	Schleswig-Holstein	189	74	1 111		13	156	61	24	5 201	20,4
Hamburg	198	111	1 646	13	111	45	25	986	5,5	268	1,5
Niedersachsen	781	109	4 544	21	135	178	25	8 010	11,1	4 762	6,6
Bremen	99	134	847	20	.	21	29	520	7,0	327	4,4
Nordrhein-Westfalen	2 592	151	14 006	20	124	384	22	18 357	10,7	9 366	5,5
Hessen	735	134	3 831	22	154	143	26	6 499	11,8	6 296	11,4
Rheinland-Pfalz	403	109	2 716	21	237	90	24	4 292	11,7	1 308	3,6
Baden-Württemberg	1 555	171	8 600	22	177	246	27	12 895	14,2	5 769	6,3
Bayern	1 361	127	7 508	19	171	311	29	16 041	15,0	5 662	5,3
Saarland	168	150	694	28	148	22	20	717	6,4	362	3,2
Berlin (West)	240	116	1 296	10	134	43	21	1 660	8,0	1 104	5,3
Bundesgebiet	8 320	135	46 800	20	152	1 544	25	75 178	12,2	36 435	5,9

Land	Straßenverkehrsunfälle ⁴⁾ mit Personenschaden im Juli 1972				Bestand an Spar- einlagen am 31. 7. 1972 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen			*Bruttoinlandsprodukt 1971 ⁶⁾					
	Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden	im 2. Vierteljahr 1972	Mrd. DM	Anteil des produzie- renden Gewerbes ⁷⁾			
												in DM je Einwohner		in %
												in DM je Einwohner		
Schleswig-Holstein	1 844	83	2 563	143	2 681	222	297	...	25,1	50,6				
Hamburg	1 096	17	1 506	139	5 132	345	1 737	...	36,2	41,1				
Niedersachsen	4 215	302	6 086	152	3 301	221	226	...	76,4	58,2				
Bremen	430	10	523	124	3 797	288	1 113	...	11,8	49,4				
Nordrhein-Westfalen	7 676	337	10 910	147	3 867	236	362	...	212,5	57,6				
Hessen	3 298	155	4 815	151	4 280	269	386	...	69,0	52,3				
Rheinland-Pfalz	2 147	131	3 176	154	3 474	219	279	...	42,8	60,1				
Baden-Württemberg	5 443	290	7 983	152	3 977	267	384	...	115,3	61,7				
Bayern	6 965	412	10 348	154	4 009	251	304	...	128,0	59,3				
Saarland	607	30	867	148	3 153	220	225	...	12,0	58,7				
Berlin (West)	1 177	25	1 548	134	3 247	153	510	...	27,9	53,2				
Bundesgebiet	34 898	1 792	50 325	149	3 808	244	387	...	756,9	56,9				

* An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

5) ohne Postspareinlagen

6) erste vorläufige Ergebnisse

7) einschließlich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei

Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Fläche am 31.12.1971 in qkm	Gemeinden am 31.12.1971	Bevölkerung am 31.12.1971			Eheschließungen 1971		Lebendgeborene 1971	
			insgesamt	männlich	Einwohner je qkm	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLensburg	51,0	1	94 975	44 063	1 863	760	8,0	1 236	13,0
KIEL	110,0	1	269 437	126 968	2 449	2 053	7,6	3 118	11,5
LÜBECK	214,0	1	239 761	111 154	1 121	1 789	7,5	2 948	12,3
NEUMÜNSTER	71,6	1	86 311	40 756	1 206	644	7,5	1 143	13,3
Dithmarschen	1 381,1	135	133 681	63 536	97	947	7,1	1 892	14,1
Flensburg-Land	1 022,5	75	73 826	36 655	72	515	7,1	1 086	14,9
Hzgt. Lauenburg	1 264,3	134	145 468	70 168	115	955	6,6	1 923	13,3
Nordfriesland	2 023,9	162	159 894	77 214	79	1 156	7,2	2 210	13,9
Ostholstein	1 390,1	43	181 757	86 256	131	1 239	6,9	2 420	13,4
Pinneberg	661,8	51	246 536	118 937	373	1 579	6,5	3 221	13,2
Plön	1 081,2	89	109 675	53 442	101	826	7,6	1 459	13,4
Rendsburg-Eckernförde	2 185,6	174	228 225	110 486	104	1 537	6,8	3 089	13,7
Schleswig	1 053,7	91	101 051	49 210	96	685	6,8	1 347	13,4
Segeberg	1 344,3	101	175 884	85 138	131	1 063	6,2	2 715	15,8
Steinburg	1 056,4	117	133 227	63 742	126	904	6,8	1 751	13,2
Stormarn	766,3	87	163 528	78 747	213	1 026	6,4	1 965	12,2
Schleswig-Holstein	15 677,6	1 263	2 543 236	1 216 472	162	17 678	7,0	33 523	13,3

KREISFREIE STADT Kreis	Gestorbene (ohne Totgeborene) 1971		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Über die Kreisgrenze		Wanderungs- gewinn (+) oder -verlust (-)	Gesundheitswesen		
	Anzahl	je 1 000 Einwohner		Zugezogene 1971	Fortgezogene 1971		Ärzte ¹⁾		Zahnärzte, Dentisten und sonstige Zahn- behandler ¹⁾
							insgesamt	darunter ausschl. frei- praktizierende	
FLensburg	1 314	13,8	- 78	7 977	8 279	- 302	217	126	67
KIEL	3 812	14,1	- 694	16 578	17 489	- 911	826	303	261
LÜBECK	3 327	13,9	- 379	12 944	12 759	+ 185	605	271	173
NEUMÜNSTER	1 131	13,1	+ 12	4 592	4 426	+ 166	158	86	44
Dithmarschen	1 806	13,5	+ 86	5 873	6 210	- 337	161	104	66
Flensburg-Land	810	11,1	+ 276	6 027	4 863	+ 1 164	40	33	29
Hzgt. Lauenburg	1 913	13,2	+ 10	9 864	7 674	+ 2 190	155	94	59
Nordfriesland	1 761	11,0	+ 449	12 107	10 085	+ 2 022	204	121	72
Ostholstein	2 362	13,1	+ 58	15 552	11 633	+ 3 919	272	143	95
Pinneberg	2 593	10,6	+ 628	20 537	15 129	+ 5 408	308	197	124
Plön	1 367	12,6	+ 92	9 016	7 146	+ 1 870	100	68	52
Rendsburg-Eckernförde	2 653	11,7	+ 436	15 226	12 513	+ 2 713	224	143	101
Schleswig	1 357	13,5	- 10	6 857	5 928	+ 929	170	84	45
Segeberg	1 972	11,5	+ 743	16 768	9 848	+ 6 920	183	107	71
Steinburg	1 918	14,5	- 167	7 784	6 940	+ 844	149	88	58
Stormarn	1 855	11,5	+ 110	14 020	9 744	+ 4 276	182	115	61
Schleswig-Holstein	31 951	12,6	+ 1 572	181 722	150 666	+ 31 056	3 954	2 083	1 378

1) ohne Bundesgrenzschutz und Landespolizei

noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Viehbestand am 3. Dezember 1971						Milcherzeugung im Jahre 1971		Jahres- milch- leistung 1971 in kg je Kuh
	Rindvieh		Schweine		Legehennen (einschl. Küken)	Schlacht- und Masthühner (einschl. Küken)	1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	
	insgesamt	darunter Milchkühe ¹⁾	insgesamt	darunter Zuchtsauen					
*	*	*	*	*	*	*	*	*	*
FLENSBURG	1 202	329	1 007	39	18 117	65	-	-	-
KIEL	3 195	1 099	1 864	100	26 426	125	-	-	-
LÜBECK	5 515	2 076	11 397	1 577	58 269	1 543	-	-	-
NEUMÜNSTER	3 187	1 277	4 470	357	15 597	259	-	-	-
Dithmarschen	159 337	41 359	135 933	16 760	341 400	259 353	158	92,2	3 762
Flensburg-Land	116 471	41 757	147 523	10 664	127 348	32 561	193	92,5	4 523
Hzgt. Lauenburg	60 933	22 764	129 213	13 708	334 364	22 906	94	95,6	4 047
Nordfriesland	217 812	69 739	149 583	17 914	155 200	1 884	289	92,9	4 154
Ostholstein	66 796	26 043	121 601	12 834	487 745	60 304	141	89,9	4 771
Pinneberg	62 133	21 137	55 729	5 668	219 052	51 462	92	95,3	4 380
Plön	71 151	28 039	91 278	10 905	362 888	163 068	147	86,7	4 633
Rendsburg-Eckernförde	196 526	73 117	216 585	22 006	410 317	75 814	315	91,5	4 239
Schleswig	109 975	40 597	164 589	13 755	129 099	9 962	175	93,6	4 221
Segeberg	111 145	43 070	186 515	17 441	631 809	235 047	204	92,1	4 622
Steinburg	128 003	43 466	148 326	13 085	268 746	134 804	183	88,3	4 199
Stormarn	50 434	21 372	101 610	12 617	240 322	23 259	94	96,0	4 282
Schleswig-Holstein	1 363 815	477 241	1 667 223	169 430	3 826 699	1 072 416	2 085	91,9	4 297

KREISFREIE STADT Kreis	Wirtschaftsfläche 1971			Landwirtschaftliche genutzte Fläche 1971			Getreide- ernte (ohne Körnermais) 1971 1 000 t	Kartoffel- ernte 1971 1 000 t	
	insgesamt in ha	darunter in %		insgesamt in ha	darunter in %				
		landwirt- schaftlich genutzte Fläche	Waldfläche		Getreidebau	Hackfrucht- bau 2)			Futterbau ³⁾
*	*	*	*	*	*	*	*	*	
FLENSBURG	5 737	30,1	8,3	1 726	27,6	4,3	50,9	2	.
KIEL	11 543	34,9	6,2	4 024	32,7	4,2	35,6	6	1
LÜBECK	21 487	34,4	11,2	7 384	40,8	12,8	34,3	12	6
NEUMÜNSTER	7 195	57,2	7,3	4 112	35,5	7,6	38,6	5	3
Dithmarschen	138 801	81,4	2,8	113 050	29,6	9,2	58,1	141	16
Flensburg-Land	102 623	79,4	5,3	81 447	43,7	7,3	45,8	128	25
Hzgt. Lauenburg	126 167	60,8	23,8	76 719	45,4	8,4	33,1	134	53
Nordfriesland	203 092	81,1	3,1	164 644	27,8	3,4	66,2	183	17
Ostholstein	139 343	75,7	8,2	105 531	47,4	4,2	27,5	239	13
Pinneberg	66 504	67,9	5,1	45 153	22,4	4,7	57,4	35	12
Plön	109 808	68,7	10,1	75 409	46,0	4,3	36,1	153	9
Rendsburg-Eckernförde	216 187	74,6	9,7	161 230	38,7	6,9	48,8	235	55
Schleswig	106 414	78,7	4,7	83 710	41,2	6,3	49,8	126	21
Segeberg	134 751	71,3	13,9	96 052	39,1	7,0	47,9	134	38
Steinburg	105 265	73,7	7,8	77 598	23,9	6,1	65,8	69	35
Stormarn	75 502	72,3	10,6	54 592	44,0	6,4	39,3	95	18
Schleswig-Holstein	1 570 419	73,4	8,7	1 152 381	37,1	6,2	49,0	1 698	322

1) ohne Ammen- und Mutterkühe

2) einschließlich Gemüse und anderer Gartengewächse; ohne Rüben zur Samengewinnung

3) Dauergrünland, Futterpflanzen auf dem Acker

noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

Betriebsgrößenstruktur 1971								
KREISFREIE STADT								
Kreis	landwirtschaftliche Betriebe ¹⁾ mit ... bis unter ... ha landw. genutzter Fläche							
	2 - 5	5 - 10	10 - 15	15 - 20	20 - 30	30 - 50	50 und mehr	zusammen
FLENSBURG	14	5	2	2	10	6	5	44
KIEL	25	18	9	7	11	21	20	111
LÜBECK	57	47	18	13	31	28	51	245
NEUMÜNSTER	12	19	7	11	15	23	26	113
Dithmarschen	445	393	336	427	902	1 033	463	3 999
Flensburg-Land	272	255	232	288	725	763	307	2 842
Hzgt. Lauenburg	235	160	139	225	404	621	352	2 136
Nordfriesland	755	692	519	601	1 331	1 507	592	5 997
Ostholstein	307	167	138	178	394	561	668	2 413
Pinneberg	441	312	220	217	421	396	94	2 101
Plön	296	158	150	230	544	481	279	2 138
Rendsburg-Eckernförde	451	409	406	542	1 148	1 245	707	4 908
Schleswig	349	324	275	336	657	765	334	3 040
Segeberg	320	254	235	293	711	784	420	3 017
Steinburg	290	241	249	319	725	794	246	2 864
Stormarn	197	154	102	164	347	412	256	1 632
Schleswig-Holstein	4 466	3 608	3 037	3 853	8 376	9 440	4 820	37 600

Industrie ²⁾ 1971									
KREISFREIE STADT									
Kreis	Betriebe ²⁾	Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber und Lehrlinge)			geleistete Arbeiter- stunden in 1 000	Löhne und Gehälter (brutto)		Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	
		insgesamt	Angestellte	Arbeiter		insgesamt	darunter Löhne	insgesamt	darunter Auslands- umsatz
	im Durchschnitt des Jahres				1 000 DM				
FLENSBURG	72	8 479	1 782	6 697	12 991	120 655	88 947	683 584	135 095
KIEL	146	32 265	8 841	23 424	43 304	503 322	337 083	1 591 646	496 778
LÜBECK	146	31 981	7 540	24 441	48 353	503 482	359 653	1 932 319	336 450
NEUMÜNSTER	68	10 933	2 445	8 488	15 364	155 840	112 851	454 052	53 982
Dithmarschen	59	6 008	1 186	4 822	9 799	93 849	70 671	970 066	106 805
Flensburg-Land	32	971	220	751	1 686	14 320	10 480	90 013	18 839
Hzgt. Lauenburg	96	9 326	2 062	7 264	14 877	144 305	106 709	560 608	69 097
Nordfriesland	46	2 597	480	2 117	4 153	37 398	28 432	354 659	25 993
Ostholstein	74	5 721	1 502	4 219	7 791	75 295	50 491	454 903	49 468
Pinneberg	225	24 898	7 755	17 143	33 722	409 779	254 673	1 885 961	251 132
Plön	51	2 806	738	2 068	4 021	39 541	25 926	262 008	4 955
Rendsburg-Eckernförde	125	11 868	2 469	9 399	19 371	178 548	134 253	778 987	95 598
Schleswig	38	3 499	555	2 944	6 172	50 863	39 820	545 541	12 031
Segeberg	171	13 533	3 657	9 876	19 786	227 086	152 763	1 114 343	99 491
Steinburg	90	11 009	2 144	8 865	16 452	177 782	133 811	885 364	63 876
Stormarn	118	14 761	4 077	10 684	20 903	261 746	177 933	1 801 357	155 535
Schleswig-Holstein	1 557	190 655	47 453	143 202	278 745	2 993 811	2 084 496	14 365 411	1 975 125

1) Betriebe, bei denen das Schwergewicht der Produktion auf landwirtschaftlichen Erzeugnissen liegt

2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr tätigen Personen

noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	noch: Industrie ¹⁾ 1971					Wohnungsbestand am 31. 12. 1971		Fertiggestellte Wohngebäude 1971	
	Kohle- verbrauch in t SKE ²⁾	Heizölverbrauch		Gas- verbrauch ³⁾ in 1 000 cbm	Strom- verbrauch in 1 000 kWh	Wohn- gebäude	Wohnungen in Wohn- und Nichtwohn- gebäuden	insgesamt	darunter Gebäude mit 1 und 2 Wohnungen
		insgesamt	darunter schweres Heizöl						
t									
FLENSBURG	265	34 593	28 835	544	90 010	10 339	37 279	201	131
KIEL	3 545	30 080	10 507	4 383	135 662	25 675	103 724	284	219
LÜBECK	.	65 743	34 681	199 809	316 140	33 019	95 148	375	289
NEUMÜNSTER	.	14 269	4 261	1 450	87 844	13 176	32 382	296	249
Dithmarschen	4 454	288 808	277 043	.	263 029	32 971	46 940	505	468
Flensburg-Land	-	3 891	2 293	-	7 474	16 079	23 664	452	441
Hzgt. Lauenburg	1 022	25 887	11 547	1 024	55 596	28 801	52 093	776	723
Nordfriesland	.	5 060	883	15	13 242	38 114	58 410	899	765
Ostholstein	6 510	18 334	12 247	901	32 706	35 669	67 726	794	673
Pinneberg	3 393	104 707	66 123	22 499	277 625	41 749	87 343	1 434	1 266
Plön	18	7 146	3 001	.	25 134	22 166	37 673	572	511
Rendsburg-Eckernförde	10 838	41 348	23 510	1 429	73 241	45 383	77 864	1 097	1 007
Schleswig	21 058	30 904	17 437	72	36 882	20 155	33 247	402	371
Segeberg	277	25 074	6 705	.	88 591	32 622	58 327	1 091	972
Steinburg	1 571	392 653	377 795	754	310 780	27 033	47 671	504	464
Stormarn	1 829	35 803	18 441	.	105 711	31 028	56 694	993	889
Schleswig-Holstein	311 905	1 124 300	895 309	304 745	1 919 666	453 979	916 185	10 675	9 438

KREISFREIE STADT Kreis	Fertiggestellte Wohnungen ⁴⁾ 1971								Fertig- gestellte Wohnräume 4)5) 1971
	insgesamt	und zwar		von den Wohnungen hatten ... Wohnräume mit 6 oder mehr qm einschließlich Küchen					
		in Gebäuden mit 1 und 2 Wohnungen	öffentlich voll- und teilgefördert	1 und 2	3	4	5	6 und mehr	
FLENSBURG	918	146	357	126	148	344	201	99	3 733
KIEL	1 081	241	353	97	170	369	271	174	4 743
LÜBECK	1 447	349	540	206	196	507	321	157	5 842
NEUMÜNSTER	882	281	149	98	138	287	226	133	3 705
Dithmarschen	923	496	204	109	154	256	196	208	4 171
Flensburg-Land	697	491	139	40	87	160	197	213	3 500
Hzgt. Lauenburg	1 453	820	330	78	236	405	373	361	6 858
Nordfriesland	2 330	882	112	783	380	343	452	372	8 917
Ostholstein	3 393	796	230	1 610	519	576	321	367	10 273
Pinneberg	3 808	1 376	354	657	427	1 138	999	587	15 904
Plön	1 503	578	228	308	204	413	288	290	6 246
Rendsburg-Eckernförde	2 367	1 113	359	119	256	673	710	609	11 338
Schleswig	742	409	181	31	86	201	194	230	3 605
Segeberg	3 430	1 037	478	339	457	1 453	698	483	14 698
Steinburg	978	517	288	33	154	301	266	224	4 538
Stormarn	2 324	1 017	288	225	342	736	550	471	10 442
Schleswig-Holstein	28 276	10 549	4 590	4 859	3 954	8 222	6 263	4 978	118 513

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr tätigen Personen

2) 1 t Steinkohle-Einheit (SKE) = 1 t Steinkohle = 1 t Steinkohlenbriketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

3) Stadt-, Kokerei- und Ferngas sowie Erdgas (einschließlich Erdölgas), umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 4 300 kcal/Nebm

4) in Wohn- und Nichtwohngebäuden

5) mit 6 oder mehr qm einschließlich Küchen

noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Bauüberhang am 31.12.1971		Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1972				
	Wohnungen		insgesamt	darunter			Personen- kraftwagen 2) je 1 000 Einwohner
	unter Dach und noch nicht unter Dach 1)	noch nicht begonnen		Personen- kraftwagen 2)	Lastkraftwagen	Zugmaschinen 3)	
FLENSBURG	763	127	25 745	23 405	1 681	149	248
KIEL	3 186	281	73 177	66 398	4 509	483	246
LÜBECK	1 983	517	59 693	53 403	4 115	752	224
NEUMÜNSTER	1 070	247	25 150	22 442	1 757	430	259
Dithmarschen	1 231	161	44 851	34 648	2 311	7 085	260
Flensburg-Land	831	309	27 411	21 084	1 130	4 688	283
Hzgt. Lauenburg	2 859	452	44 394	37 088	1 926	4 496	252
Nordfriesland	2 619	417	55 287	43 594	2 955	7 698	271
Ostholstein	2 461	762	56 544	46 199	2 977	5 995	252
Pinneberg	3 674	900	75 556	65 787	4 656	4 003	264
Plön	1 649	681	37 745	30 495	1 759	4 784	277
Rendsburg-Eckernförde	4 900	613	73 916	59 445	3 691	9 445	259
Schleswig	1 016	93	33 806	26 388	1 537	5 208	260
Segeberg	4 307	931	67 613	56 237	3 854	6 454	315
Steinburg	1 189	427	42 178	33 799	2 350	5 112	254
Stormarn	2 664	852	53 147	45 687	3 052	3 523	278
Schleswig-Holstein	36 402	7 770	796 213	666 099	44 260	70 305	261

KREISFREIE STADT Kreis	Bruttoausgaben der Sozialhilfe 1971			Empfänger ⁴⁾ von Sozialhilfe 1971			
	Hilfe zum Lebens- unterhalt	Hilfe in besonderen Lebenslagen	insgesamt	DM je Einwohner	im Laufe des Jahres	Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten am 31. Dezember 1971	
	1 000 DM					insgesamt	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	4 091	3 453	7 544	79,43	3 637	1 645	17,3
KIEL	9 293	10 085	19 378	71,92	10 929	4 231	15,7
LÜBECK	9 330	10 235	19 565	81,60	10 138	3 938	16,4
NEUMÜNSTER	2 578	2 677	5 255	60,88	3 251	1 276	14,8
Dithmarschen	2 716	2 534	5 250	39,27	2 937	1 236	9,2
Flensburg-Land	1 430	1 754	3 184	43,13	2 102	701	9,5
Hzgt. Lauenburg	2 811	3 763	6 573	45,19	4 256	1 374	9,4
Nordfriesland	2 776	2 195	4 971	31,09	3 701	1 317	8,2
Ostholstein	4 328	5 188	9 516	52,35	5 122	1 660	9,1
Pinneberg	3 937	6 439	10 376	42,09	5 453	1 805	7,3
Plön	1 804	2 597	4 401	40,13	2 763	882	8,0
Rendsburg-Eckernförde	4 730	5 704	10 434	45,72	6 347	2 230	9,8
Schleswig	1 900	2 337	4 237	41,93	2 481	924	9,1
Segeberg	2 452	3 712	6 164	35,04	3 589	1 178	6,7
Steinburg	3 145	3 954	7 099	53,29	3 931	1 310	9,8
Stormarn	2 466	3 216	5 681	34,74	3 235	956	5,8
Landesbehörden	24	40 869	40 893	.	468	-	-
Schleswig-Holstein	59 810	110 712	175 713	69,09	74 340	26 653	10,5

1) einschließlich bezogener Wohnungen in noch nicht fertiggestellten Gebäuden

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) zulassungspflichtige

4) ohne Nichtseßhafte und ohne solche, die nur einmalige Hilfe zum Lebensunterhalt bekamen

Schluß: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände											
Steuereinnahmen ¹⁾ 1971											
KREISFREIE STADT Kreis	Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden								
	insgesamt (netto)		zusammen (netto)		Grundsteuer A ²⁾	Grundsteuer B ³⁾	Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital ⁴⁾			Lohnsummensteuer	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ¹⁾
							Bruttoeinnahmen	Gewerbsteuerumlage ¹⁾	Nettoeinnahmen		
1 000 DM	DM je Einw. a)	1 000 DM	DM je Einw. a)	1 000 DM	DM je Einw. a)	1 000 DM	DM je Einw. a)	1 000 DM	DM je Einw. a)	1 000 DM	DM je Einw. a)
FLENSBURG	31 707	333	31 707	333	32	3 911	18 439	9 780	8 659	-	16 897
KIEL	111 663	412	111 663	412	104	12 845	47 673	23 802	23 871	18 839	49 901
LÜBECK	101 773	424	101 773	424	266	12 943	42 593	22 799	19 793	20 791	41 655
NEUMÜNSTER	30 778	357	30 778	357	- 392	3 957	13 361	6 534	6 828	4 783	13 790
Dithmarschen	32 268	242	30 595	229	3 046	4 224	15 559	7 520	8 040	-	14 899
Flensburg-Land	12 795	176	12 141	167	1 739	1 220	5 424	2 574	2 849	-	6 157
Hzgt. Lauenburg	36 103	250	34 297	237	1 889	4 298	15 313	7 608	7 705	917	19 024
Nordfriesland	37 300	233	34 330	214	3 621	4 975	16 274	8 181	8 093	-	16 813
Ostholstein	44 940	249	42 392	234	3 187	5 629	19 426	9 732	9 694	-	22 662
Pinneberg	77 261	316	74 754	305	1 474	9 205	39 049	19 118	19 933	2 383	37 555
Plön	23 629	217	22 294	205	2 341	2 661	7 326	3 626	3 700	632	12 472
Rendsburg-Eckernförde	53 072	235	49 803	220	3 649	6 522	24 332	12 088	12 244	-	26 704
Schleswig	23 289	231	21 909	217	1 701	2 887	10 770	4 921	5 849	-	10 994
Segeberg	41 760	243	39 778	231	1 882	4 219	25 515	12 640	12 875	-	20 329
Steinburg	35 331	266	34 071	257	1 961	4 348	18 734	9 342	9 392	571	17 482
Stormarn	46 436	288	44 194	274	1 297	4 955	26 272	12 753	13 519	121	23 909
Schleswig-Holstein	740 106	292	716 477	283	27 796	88 802	346 061	173 017	173 043	49 037	351 241

Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände												
Realsteueraufbringungskraft ⁵⁾ 1971												
KREISFREIE STADT Kreis	Realsteueraufbringungskraft ⁵⁾ 1971				Steuereinnahmekraft der Gemeinden ⁷⁾ 1971		allgemeine Finanzaufweisungen ¹⁾ 1971					
	insgesamt		aus Gewerbesteuer ⁶⁾		1 000 DM		DM je Einw. a)		Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden einschl. Ämter	
									1 000 DM	DM je Einw. a)	1 000 DM	DM je Einw. a)
FLENSBURG	22 065	231	18 698	196	28 588	300	12 932	136	12 932	136	136	
KIEL	77 843	287	67 154	248	101 438	374	22 267	82	22 267	82	82	
LÜBECK	71 446	298	60 522	252	88 332	368	32 110	134	32 110	134	134	
NEUMÜNSTER	21 139	245	18 276	212	27 933	317	12 313	143	12 313	143	143	
Dithmarschen	22 896	171	15 216	114	29 781	223	23 333	175	16 296	122	122	
Flensburg-Land	8 470	116	5 465	75	11 785	162	14 589	200	10 352	142	142	
Hzgt. Lauenburg	23 086	160	16 566	115	33 629	233	22 467	155	16 109	111	111	
Nordfriesland	25 372	158	16 154	101	33 379	208	31 991	200	21 672	135	135	
Ostholstein	29 118	161	19 339	107	40 931	226	30 891	171	22 161	123	123	
Pinneberg	52 863	216	41 331	169	68 076	278	36 310	148	25 294	103	103	
Plön	12 834	118	7 578	70	21 034	193	17 496	161	11 582	107	107	
Rendsburg-Eckernförde	34 683	153	24 125	107	48 670	215	39 904	177	28 458	126	126	
Schleswig	15 377	153	10 592	105	20 887	207	18 629	185	13 233	131	131	
Segeberg	32 278	188	25 543	149	39 118	228	27 641	161	19 435	113	113	
Steinburg	26 012	196	19 097	144	33 255	251	21 183	160	15 153	114	114	
Stormarn	32 278	200	25 457	158	41 911	260	22 545	140	15 371	95	95	
Schleswig-Holstein	507 761	201	391 112	155	668 150	264	386 601	153	294 739	116	116	

1) kassenmäßige Einnahmen gemäß vierteljährlicher Finanzstatistik

2) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

3) einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten

4) Gewerbesteuerausgleichszuschüsse abgeglichen

5) Summe der Meßbeträge (Grundsteuer A und B) bzw. der Grundbeträge (Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital einschließlich Lohnsummensteuer) vervielfältigt mit dem landesdurchschnittlichen Hebesatz. Die Grundbeträge der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und der Lohnsumme ergeben sich, indem man je Gemeinde die kassenmäßigen Einnahmen durch den jeweiligen Hebesatz dividiert und diesen Quotienten mit 100 multipliziert

6) nach Ertrag und Kapital einschließlich Lohnsummensteuer

7) Realsteueraufbringungskraft abzüglich Gewerbesteuerumlage und zuzüglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nach der Endabrechnung

a) Bevölkerungsstand 30. 6. 1971

Heft 6 / 1972

Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten 1970
Bruttoinlandsprodukt 1960—71
Außenhandel
Rechtspflegestatistiken

Heft 7/1972

Unternehmen 1970
Sozialer Wohnungsbau 1971
Körperschaften 1968
Ernten 1971
Telefon zu Hause

Heft 8 / 1972

Investitionen
Bautätigkeit
Urlaubsreisen
Ausländer

Heft 9 / 10 — 1972

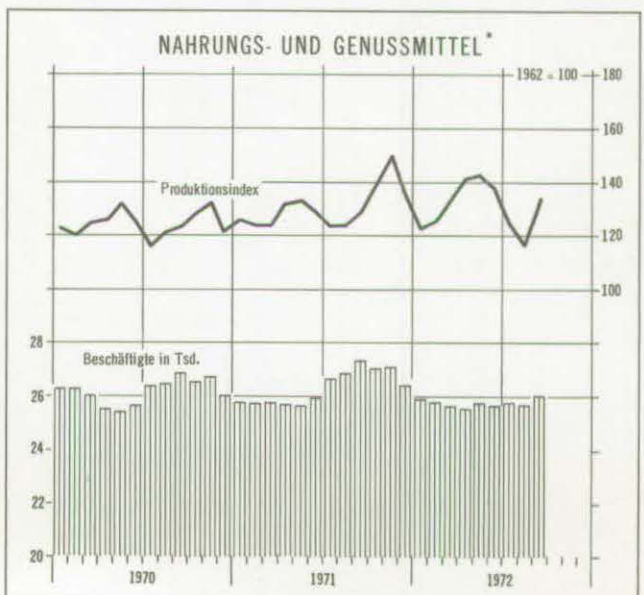
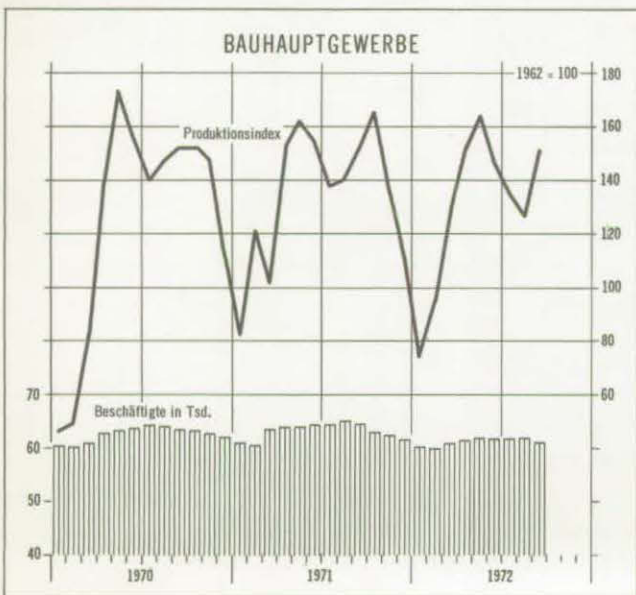
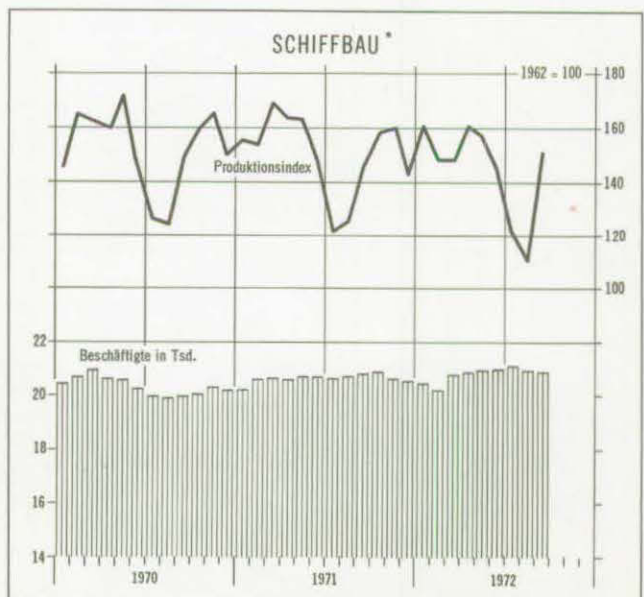
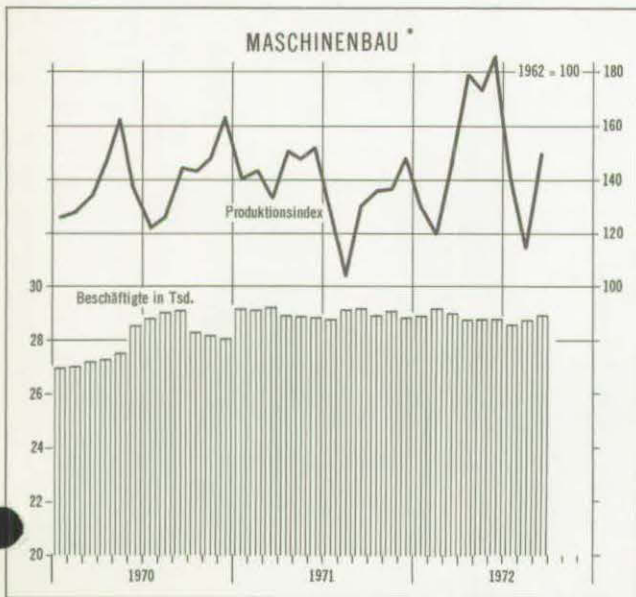
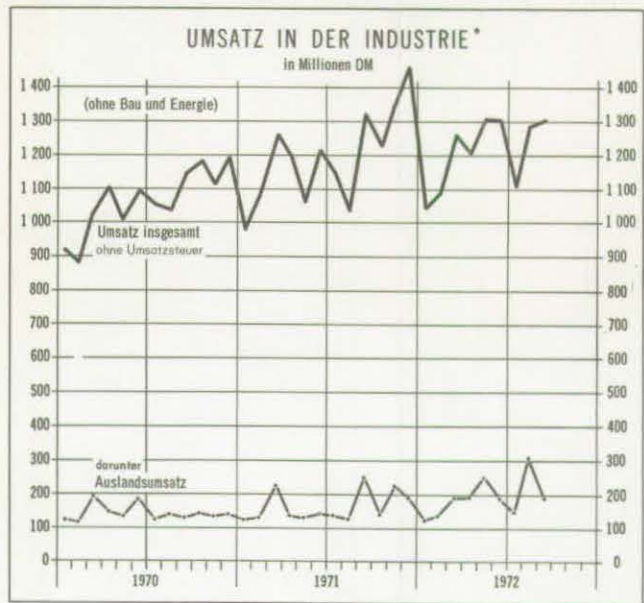
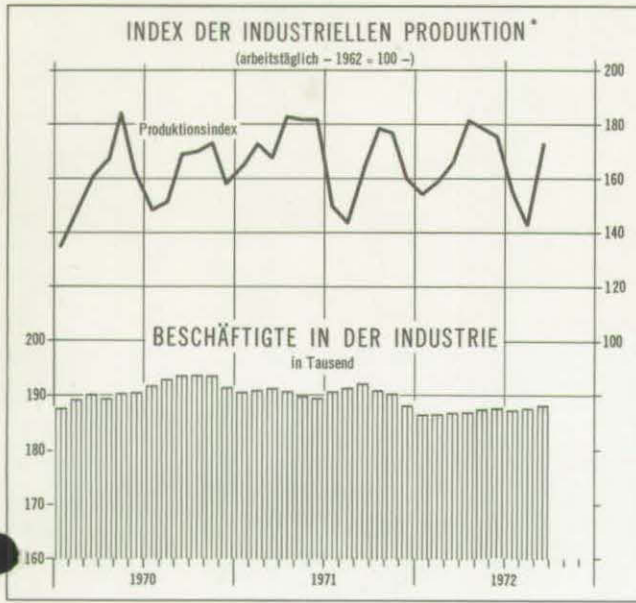
Pendelwanderung
Geschlechtskrankheiten
Betriebe mit Waldflächen
Die Frau als Verdiener

Heft 11 / 12 — 1972

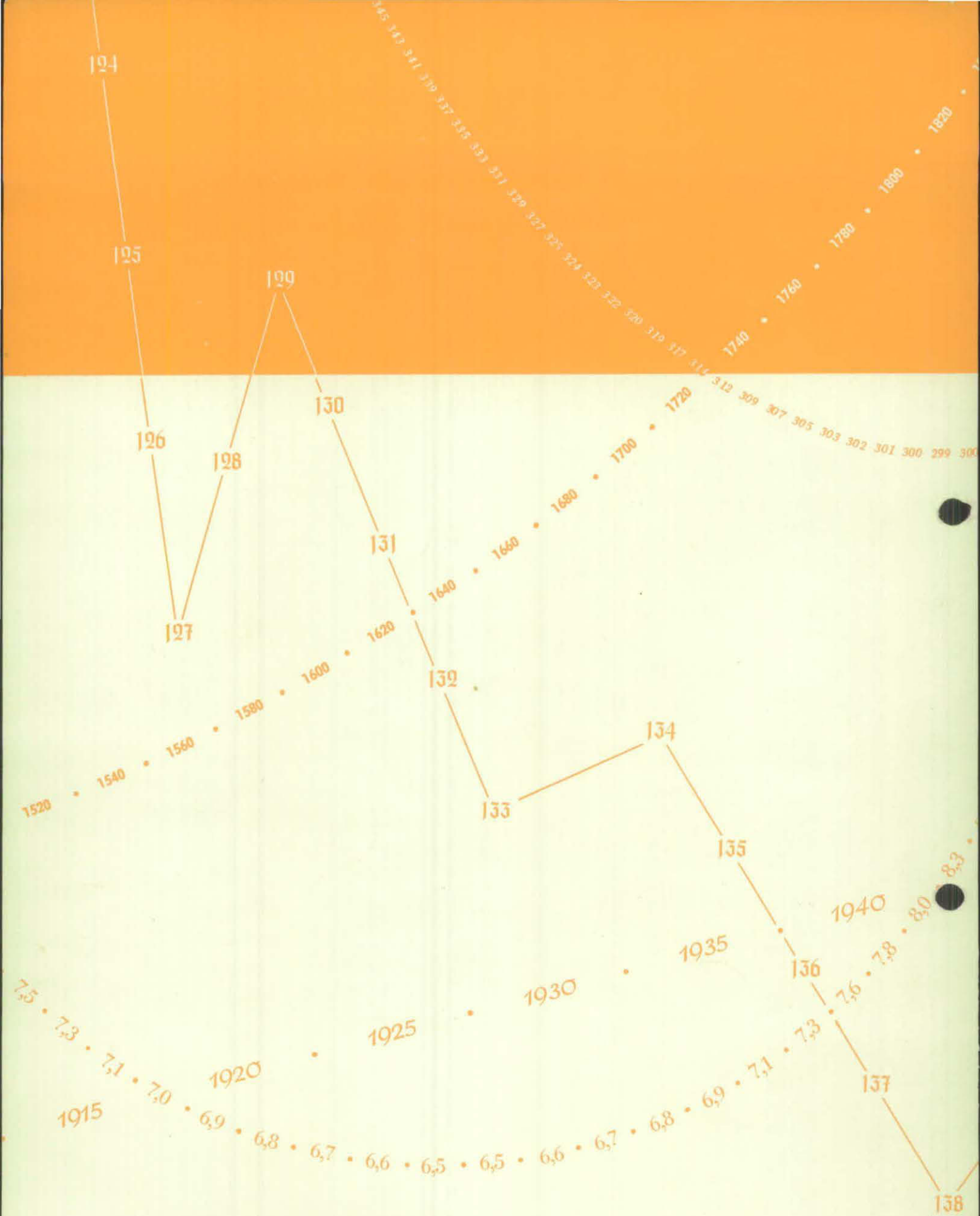
Bundestagswahl
Erwerbstätigkeit (Teil 1)
Krankenhäuser
Investitionen Industrie, Handwerk, Bau
Entwicklungen Landwirtschaft
Rindviehhaltung
Tiefbau der öffentlichen Hand

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschey

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM. Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen